

### III

## TAGEBUCHAUFZEICHNUNGEN STEINS WÄHREND DES WIENER KONGRESSES

SEPTEMBER 1814 BIS MAI 1815<sup>1)</sup>

Organisation des Geschäftsganges bei dem Kongresse. Aufsatz für Nesselrode wegen Entfernung der Franzosen von der Theilnahme an den Deutschen Angelegenheiten<sup>2)</sup>. Annahme dieser Meinung von den alliierten Ministern. Deklaration von Gentz, entworfen nach dem Konferenzprotokoll der Minister und dem unverständlichen Nachtrag von Humboldt<sup>3)</sup>. Erscheinung von Talleyrand und Dalberg<sup>4)</sup>. Mündliche Aeusserungen der Franzosen wegen Nichtanerkennung von Murat, wegen Gleichheit der Theilnahme an den Geschäften des Kongresses gleich den übrigen Verbündeten, welches letztere besonders Lord Castlereagh begünstigt, und wegen Sachsen. Verachtung des Publikums gegen Dalberg. Nach den Berichten Pozzos<sup>5)</sup> sind die Gesinnungen des Königs von Frankreich friedlich. Sein Privatschreiben.

<sup>1)</sup> Die ursprüngliche Niederschrift dieses Tagebuchs ist verloren, alle Nachforschungen nach dem Original in den Beständen des Stein-Archivs und an andern Stellen sind erfolglos geblieben. Erhalten ist nur eine Abschrift in den Papieren von Pertz (Geh. Staatsarchiv Berlin, Rep. 92. Pertz), die Max Lehmann dort gefunden und zuerst in der Historischen Zeitschrift (N. F. Bd. XXIV. S. 385 ff.) veröffentlicht hat. Unsere Wiedergabe deckt sich, von einigen Kleinigkeiten abgesehen, mit der Max Lehmanns, die sich in allen Punkten als zuverlässig erwiesen hat. Auch ein grosser Teil der Anmerkungen fusst auf seiner Vorarbeit, insbesondere auf seiner scharfsichtigen Quellenbeobachtung. Vgl. dazu die quellenkritischen Ausführungen Lehmanns a. a. O. S. 453 ff. Aus ihnen ist hier besonders hervorzuheben die Feststellung, dass nach dem Inhalt wie nach der sprachlichen Form dieser Aufzeichnungen kein Zweifel über ihren Verfasser möglich ist.

<sup>2)</sup> S. die Denkschrift Steins vom 17. September, oben S. 56f.

<sup>3)</sup> Gedr. bei Angeberg a. a. O. I. S. 249. Vgl. Gentz, Tagebücher S. 289.

<sup>4)</sup> Emmerich Joseph Herzog von Dalberg, französischer Staatsminister, zweiter Vertreter Frankreichs auf dem Wiener Kongress, ein Neffe des Fürst-Primas. Er war von 1803—10 mit kurzer Unterbrechung Gesandter Badens in Paris gewesen und musste dieses Amt aufgeben, als ein kaiserliches Dekret vom Jahre 1810 alle im damaligen Empire Geborenen als französische Staatsbürger reklamierte und ihnen verbot, auswärtige Dienste zu nehmen (s. Bd. IV, S. 250, Anm. 1). Dalberg wurde von Napoleon in den Staatsrat berufen, gehörte aber innerlich nicht zu den Anhängern des Kaisers, da er wie Talleyrand den Sturz des napoleonischen Systems voraussah. Durch seine Hand gingen viele der Fäden, durch welche Talleyrand und die Royalisten im Frühjahr 1814 den Sturz Napoleons in direkter Verbindung mit seinen schärfsten Gegnern im Hauptquartier der Verbündeten vorbereiteten.

<sup>5)</sup> Damals Gesandter in Paris, s. Bd. IV, S. 55, Anm. 2.

Deutsche Angelegenheiten. Mediatisirte.

Die Oesterreicher nehmen mehr Interesse an den Deutschen Angelegenheiten, weil der Kaiser Franz die erhaltenen Beweise von Anhänglichkeit der Deutschen bei seiner Durchreise durch das südliche Deutschland rühmte, weil bei ihnen Besorgnisse von Unruhen in Deutschland und ihren nachtheiligen Einfluss auf sie entstehen, die Beschwerden über Sultanism immer lebhafter werden und sich durch verminderten Druck der Pressfreiheit freier verbreiten. Die Fürsten selbst werden geschmeidiger. Der Grossherzog von Baden entschuldigt sich gegen mich über seine schlechte Regierung (13. Juli)<sup>1)</sup>. Nassau macht eine Konstitution<sup>2)</sup>. Vorgänge mit Württemberg. Dem Kronprinzen von Württemberg hatte ich den Entwurf der Deutschen Verfassung von Frankfurt<sup>3)</sup> und den der Territorialverfassung d. d. — —<sup>4)</sup> mitgetheilt. Er hatte sich von der Zweckmässigkeit überzeugt und liess den Minister von Linden<sup>5)</sup> zu sich kommen, eröffnete ihm bestimmt seinen Entschluss, diese Grundsätze anzunehmen, und beauftragte ihn, dieses seinem Herrn Vater zu erklären, mit dem Zusatze, wie er entschieden sei, sie mit Nachdruck durchzusetzen. Der König wurde durch diese ernsthafteste Aeusserung bewogen, mit dem Fürst Metternich sich über die Absichten der verbündeten Mächte zu unterreden und ihn zu fragen, ob die zukünftige Territorienverfassung die Garantie des Bundes habe und den Landständen ein Rekurs an den Bundestag freistehen solle. Dieser bejahte es. In demselben Sinn war seine Unterredung mit dem Staatskanzler Hardenberg, und nun entschloss er sich, seinem Ministerium den Auftrag zu geben, eine Konstitution zu entwerfen und sie ihm zuzuschicken. Die fortdauernden Bewegungen in Sachsen veranlassten mich, bei dem Kaiser Alexander dringend auf Uebertragung der Verwaltung (29. <sup>6)</sup> September) von Sachsen an Preussen anzutragen. Er genehmigte es, und es erfolgte in einer zwischen Graf Nesselrode, dem Staatskanzler, Herrn v. Humboldt und mir gehaltenen Konferenz die Erklärung namens des K[aisers]. Man vereinigte sich aber, nicht eher die Verwaltung anzutreten, bis man sich erst deshalb gegen Oesterreich erklärt.

28. 29. September. Die verbündeten Mächte vereinigen sich zu einer Deklaration, wonach die Diskussion der grössern Europäischen Angelegenheiten vor die Versammlung der an dem Pariser Frieden theilnehmenden Mächte gebracht werden solle (Russland, Oesterreich, Eng-

<sup>1)</sup> Während des Aufenthalts des Zaren und Steins in Bruchsal s. oben S. 11f.

<sup>2)</sup> S. oben S. 29f.

<sup>3)</sup> Vom 16. Juli 1814. S. oben S. 57.

<sup>4)</sup> Lücke in der Vorlage. Gemeint ist wohl der von Stein am 24. September an Hardenberg und Münster übersandte Entwurf. S. oben S. 57f.

<sup>5)</sup> Franz Joseph Ignaz Freiherr von Linden, württembergischer Staatsminister und Bevollmächtigter beim Wiener Kongress.

<sup>6)</sup> Genauer am 28. September. Vgl. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie, VII. S. 158.

land, Frankreich, Spanien, Preussen, Portugal, Schweden), die Deutschen Angelegenheiten aber vor eine besondere Abtheilung der Deutschen Mächte, nämlich: Oesterreich, Preussen, Bayern, Hannover, Württemberg <sup>1)</sup>. Dieser Entschluss sollte den sämtlichen bei dem Kongresse Erschienenen durch eine Deklaration bekannt gemacht werden. Man theilte das Projekt dieser Deklaration den 2. Oktober <sup>2)</sup> an Talleyrand mit, der sie verwarf, und antrug, dass sämtliche Theilnehmer des Kongresses versammelt und den Beschluss fassen sollten, welcher die Bildung der beiden Geschäftsabtheilungen betreffe <sup>3)</sup>. In einer Unterredung mit dem Kaiser Alexander äusserte ich mich zugleich über die Bestimmung von Sachsen. Der Kaiser lehnte die Unterredung <sup>4)</sup> über diesen Gegenstand ab und äusserte, nach dem Pariser Frieden hätten die verbündeten Mächte sich die Disposition über die eroberten Länder vorbehalten. Talleyrand antwortete: er glaube, „qu'il n'y avait plus de puissances alliées.“ „Oui, toutes les fois qu'il s'agira de soutenir le traité de Paris“, sagte der Kaiser. Der Staatskanzler, Metternich, Nesselrode und Castlereagh sahen die Nothwendigkeit ein, sich eng und fest zu verbinden gegen Talleyrands Einwirkungen. Hardenberg drang von neuem auf Zustimmung von Oesterreich zur Ueberlassung von Sachsen (2. Okt.). Metternich versprach sie, setzte aber noch immer die Abneigung des Kaiser Franz entgegen, die dieser wiederholt gegen Mehrere äusserte. Nach den Berichten des Herrn von Alopaeus in Berlin <sup>5)</sup> soll der König von Sachsen eine bedeutende Summe Geldes an Talleyrand haben auszahlen lassen. Seine Käuflichkeit ist bekannt.

Der Kaiser äusserte, es bleibe nichts anderes übrig, wenn der König von Sachsen nicht freiwillig entsage, als ihn ferner nach dem Eroberungsrecht zu behandeln und ihn nach Riga zu senden.

In der Konferenz zwischen den Ministern der verbündeten Mächte beschloss man, in einer mit Talleyrand heute <sup>6)</sup> abzuhaltenden Konferenz ihm seine Note zurückzugeben und auf Annahme der von den verbündeten Mächten ihm vorgelegten zu bestehen.

Die Kaiserin Elisabeth <sup>7)</sup> theilte mir in einer Unterredung ihre Zufriedenheit mit über meine gegen den Grossherzog von Baden in Bruchsal (im Juli) geäusserte Meinung und ihren Wunsch, ihn über sein ferneres Be-

---

<sup>1)</sup> Gedr. bei Angeberg a. a. O. I. S. 252 f.

<sup>2)</sup> Nach Pallain-Bailleu, Briefwechsel Talleyrands mit Ludwig XVIII., S. 8, wäre das schon am 30. September geschehen. Talleyrand spricht aber in seiner sogleich von Stein erwähnten Antwort ebenfalls von der Zustellung des Projekts am 3. Oktober.

<sup>3)</sup> Talleyrands Antwort gedr. bei Angeberg a. a. O. I. S. 270 ff. (an Castlereagh gerichtet).

<sup>4)</sup> Mit Talleyrand.

<sup>5)</sup> S. oben Bd. IV. S. 259, Anm. 4. (Dort ist natürlich David statt Daid zu lesen.)

<sup>6)</sup> D. h. am 5. Oktober, s. den übernächsten Absatz.

<sup>7)</sup> S. oben S. 97.

tragen zu berathen. Ich wiederholte meine Missbilligung seiner Willkür und seiner Nachlässigkeit, rieth zur Annahme eines ersten Ministers, zur Bildung einer ständischen Verfassung, stellte ihr den Zustand von Auflösung vor, in dem Baden sich befände und der mit dem gesetzlichen, ordentlichen, den sie sich aus ihrer früheren Jugend erinnern müsste, den grössten Abstand mache. Die Erscheinung des Königs und der Königin von Bayern unterbrach diese Unterredung.

Die Einigkeit der Minister in der Konferenz mit Talleyrand und den alliirten Ministern den 5. Oktober machte ihn geneigt, seinen Antrag zurückzunehmen<sup>1)</sup>, jedoch nicht die von ihm übergebene Note, wie es die Minister verlangten. Man beschloss, ihm eine Note, welche seine Anträge widerlegte, zuzustellen. Fürst Metternich sprach mit vieler Festigkeit, und Kaiser Alexander äusserte am Abend beim Kammerball gegen ihn seine Zufriedenheit in Gegenwart des Kaisers Franz und versicherte diesem, er werde bei dem Bündnisse festhalten und sei täglich bereit, an der Spitze seiner Armee sich jeder Anmassung entgegenzusetzen.

Der undeutsche Montgelas äusserte sich gegen den Preussischen Minister in München, wie es genug zu sein scheine, in Deutschland die Fürsten einzeln, unverbunden, wie in Italien nebeneinander bestehen zu lassen und, wenn ja eine Verfassung, sei sie nur als Bund gegen die Fremden, nicht in das Innere der Länder eingreifende, zu bilden. Zu gleicher Zeit unterstützte er die Bemühungen der Sachsen um Wiedererlangung ihres Königs.

Es scheint, das Betragen Talleyrands sei mehr eine Wirkung seines Hanges zur Intrigue, zum Verwirren, seiner Anmassung, seiner Menschenverachtung, als der Wille Ludwigs XVIII., der nach den wiederholten Berichten Pozzos Frieden und Einigkeit zu erhalten wünscht. Talleyrands Aeusserungen sind sehr anmassend und schneidend, bisher hat er aber nichts bewirkt, als das höchste Misstrauen zu erregen und bei den Alliirten den Entschluss, fest zusammenzuhaltend, zu verstärken.

Kaiser Alexander suchte, die Polnischen Angelegenheiten zu beendigen. Er erklärte sich gegen General Knesebeck hierüber auf eine sehr merkwürdige Art: „Russlands Macht ist für Europa beunruhigend, dennoch erfordert die Ehre der Nation eine Vergrösserung als Belohnung ihrer Opfer, ihrer Anstrengung, ihrer Siege. Sie kann aber nicht unschädlich gemacht werden, als indem man das russische Polen vereinigt, ihm eine Staatsverfassung, ein eigenes Militair giebt, das russische zurückzieht und es in eine hierdurch gemässigte Abhängigkeit von Russland setzt.“ (Meine Bemerkung hierüber.<sup>2)</sup>) Er sprach dieses mit einer Rührung, die seinem Herzen und seinen edlen Gesinnungen Ehre machte.

<sup>1)</sup> S. Pallain a. a. O. S. 24.

<sup>2)</sup> Gemeint sind wohl seine Denkschriften zur polnischen Frage. S. oben S. 60 ff.

Talleyrands Betragen beschleunigte eine Vereinigung der Mächte über Polen und Deutschland und scheint im Widerspruche zu sein mit den Absichten des Königs; er scheint dazu bestimmt zu werden durch seine Herrschsucht, seine Neigung zu verwirren.

7. O k t o b e r. Er übergab ein Projekt zu einer Zirkularnote, worin er das von Castlereagh Entworfenene mit dem Zusatze annahm, dass bei dem Kongresse alle diejenigen angenommen werden sollten, die im Besitz der Souveränität gewesen und ihr noch nicht entsagt hätten. Hierdurch wird die Frage wegen Admission Sachsens entschieden, und man wird daher in der Konferenz den 8. die Sache debattiren und ablehnen <sup>1)</sup>).

Den 9. O k t o b e r. Nach den Aeusserungen des Kronprinzen von Württemberg ist der feste Entschluss des Königs von Württemberg, gemeinschaftlich mit Bayern sich jeder Verbindung in Deutschland zu widersetzen und nur in ein Bündniss für den Fall des Krieges einzulassen. Wrede ist derselben Meinung. Der König von Württemberg ist abgeschreckt worden, sich an Frankreich zu wenden durch die Erklärung des Kaisers Alexanders, dass er es nicht zulassen werde, dass Frankreich gegen den Pariser Frieden sich in die Deutschen Angelegenheiten mischen würde, und durch den Schutz, den der Herzog von Dalberg den Mediatisirten zu ertheilen scheint. Der Kronprinz glaubt, dass Einigkeit und Festigkeit der verbündeten Mächte diese Hindernisse heben werden, und ich rieth ihm, mit dem Kaiser von Russland selbst über die Nothwendigkeit zu sprechen, Deutschland fest zusammenzuknüpfen, damit das südliche Deutschland sich nicht von dem übrigen trenne und sich ganz in die Arme von Frankreich werfe.

12. O k t o b e r. Die Minister der verbündeten Mächte rathen Graf Münster, Hannover als Königreich zu erklären, um zu verhindern, dass nicht neue Ansprüche entstehen auf Theilnahme an dem vorbereitenden Deutschen Comité. Er entschliesst sich hierzu und erlässt ein Zirkular an die verbündeten Mächte <sup>2)</sup>. Ein grosser Titel auf ein kleines und armes Land. Die erste Zusammenkunft des Deutschen Ausschusses versammelt sich am 14. Oktober <sup>3)</sup>.

Pozzo kam am 13. von Paris an, bestätigte alles, was er vorher behauptet hatte. Zunehmende Festigkeit der Regierung; friedliche Gesinnung des Königs; allgemeiner Wunsch der Nation, Ruhe zu geniessen; Turbulenz der Armee; Bemühung der Faktionisten, um Gährung zu erhalten. Sie hoffen auf ein Zerschlagen des Kongresses und neue Kriege.

<sup>1)</sup> S. Angeberg a. a. O. I. S. 272 f.

<sup>2)</sup> S. oben S. 65, Anm. 1.

<sup>3)</sup> Protokoll der Sitzung bei Angeberg a. a. O. I. S. 289 f.

Der König befiehlt Vandamme, sich aus den Tuilerien zu entfernen, und da er sich auf einen Stuhl im Vorzimmer setzt, so bedeutet ihm ein Huissier, er werde ihn durch zwei Unteroffiziere wegführen lassen; er entfernt sich <sup>1)</sup>). Davout ward auf das Land verwiesen <sup>2)</sup>); die Marschälle fordern sein rechtliches Urteil; der König antwortet ihnen: er werde nach dem Gesetze handeln, kenne aber kein Korps der Marschälle. Die Finanzen sind in gutem Stand, der rückständige Sold der Armee ist berichtet. Der Finanzminister zahlte im Monate Juni bis September inklusive an den Kriegsminister 45 Millionen, von da 17½ Million monatlich; die Zahl der Offiziere ist 35 000, der entlassenen Offizianten 14 000.

13. O k t o b e r. Lord Castlereagh hat gestern ein Memoire über die Polnischen Angelegenheiten dem Kaiser übergeben <sup>3)</sup> und eine lebhaftere Unterredung gehabt; er <sup>4)</sup> ist bei seiner Meinung beharrt. Der Artikel des Traktats vom 27. Juni 1813 scheint ihn frappirt zu haben <sup>5)</sup>); er schwieg einige Zeit und sagte: „Je remplirai exactement ce traité . . . Je donnerai à l'Autriche les salines de Wieliczka.“ Er blieb bei seinem Konstitutionsplane. Der Kaiser gab dieses Memoire nicht an Nesselrode. Lord Castlereagh übergab ein zweites Memoire, worin er vorschlug, einen Mittelweg einzuschlagen, den Polen gewisse Vortheile einer Verfassung einzuräumen <sup>6)</sup>).

16. O k t o b e r <sup>7)</sup>). Manche glauben, der Kaiser wolle nur den Schein haben, die Polen in ihren Entwürfen zu unterstützen, weil er ihnen Versprechungen gegeben, Hoffnungen gemacht; er erwarte aber heftige und beharrliche Widersprüche seiner Bundesgenossen und werde sich

<sup>1)</sup> Vandamme kehrte im September 1814 aus der Kriegsgefangenschaft zurück, in die er durch seine Niederlage bei Kulm und Nollendorf geraten war (s. Bd. IV. S. 412, Anm. 2). Er wurde von den Bourbonen sehr schlecht aufgenommen und sogleich aufs Land verwiesen. Während der 100 Tage kämpfte er tapfer bei Ligny und Waterloo. Unter der zweiten Restauration wurde er exiliert und ging nach Amerika. Von dort kehrte er 1819 nach Frankreich zurück, wurde aber nicht mehr reaktiviert und ist 1824 gestorben.

<sup>2)</sup> Davout hatte Hamburg gehalten, bis ihn ein ausdrücklicher Befehl Ludwigs XVIII. zur Übergabe ermächtigte. Er wurde bei seiner Rückkehr nach Frankreich von den Bourbonen so schlecht empfangen wie Vandamme und ebenfalls aufs Land verwiesen. Napoleon machte ihn nach der Rückkehr von Elba zum Kriegsminister, und Davout hat dem Kaiser während der 100 Tage treu und aufrecht gedient. Nach der Wiederherstellung der Bourbonen wurde er wieder aufs Land verbannt und seiner Würden für verlustig erklärt, erhielt sie jedoch 1817 zurück. 1819 wurde er sogar Mitglied der Pairskammer. Gest. 1823.

<sup>3)</sup> Gedr. bei Angeberg a. a. O. I. S. 280 ff.

<sup>4)</sup> Der Kaiser.

<sup>5)</sup> S. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie, II. S. 107. — Vgl. dazu unten S. 185.

<sup>6)</sup> Am 14. Oktober. Gedr. bei Angeberg a. a. O. I. S. 291 ff.

<sup>7)</sup> Dieses oder das folgende Datum ist wohl verschrieben.

hiermit gegen Polen rechtfertigen, wenn er seine Zusage nicht erfülle, deren Bedenklichkeit er einsehe. Diese Meinung äusserte der Herzog von Serra Capriola <sup>1)</sup> bei seiner Ankunft von Petersburg, auch Fürst Peter Wolkonsky <sup>2)</sup>. Der Kaiser hat das erste Memoire von Castlereagh dem Fürsten Czartoryski zur Beantwortung übergeben und nicht an Nesselrode, mit ihm auch vom Inhalte meines Briefes <sup>3)</sup> gesprochen. Czartoryski konnte seinen Unmut gegen mich nicht verbergen, als er mir im Konzerte begegnete, und sagte an Anstatt: „On attaque l'Empereur de toute part, il faut le fortifier et nous défendre.“

15. O k t o b e r. Metternich willigte endlich in die Besitznahme Sachsens ein <sup>4)</sup>. Meinen Vorschlag, den Prinz Wilhelm gleich nach Dresden zu schicken, lehnte Hardenberg ab und nahm den an, den Minister Reck <sup>5)</sup> unterdessen hinzusenden. Noch hat der Kaiser das Protokoll vom 28. September <sup>6)</sup> nicht genehmigt.

18. O k t o b e r. Diese Genehmigung erfolgte heute, kurz vor dem militärischen Fest. Es war sehr glänzend, die Truppen schön, die Anordnung des Ganzen vortrefflich, der Eindruck, welchen das Ganze, von dem Balkon des Lusthauses herab gesehen, machte, gross und schön. Der Kronprinz von Württemberg, welcher den Kaiser beobachtete, glaubte, er sei von diesem allen auf eine unangenehme Art bewegt worden; er habe in der Haltung der Truppen, in der lebendigen Theilnahme der Zuschauer, in dem Ueberfluss, der sich im Ganzen gezeigt, etwas, was seine Meinung von der Schwäche Oesterreichs widerlegte, gefunden, was ihn in seinen hohen Ideen von Unwiderstehlichkeit gestört. Ich fand ihn den

19. O k t o b e r berechnend und verschlossen, sowie er überhaupt seit der Eroberung von Paris weniger Freundlichkeit, Offenheit, Mittheilung in seinem Betragen äussert. Ich frug ihn: was er befehle, dem Fürst Repnin zu eröffnen, der nun Sachsen bald verlassen werde; ob er allenfalls herkommen solle. Er bejahte es und sprach mit Zufriedenheit von Repnins Geschäftsführung. Auf meine Bemerkung, dass er verdiene, in Thätigkeit gesetzt zu werden und dass sich hierzu jetzt vielleicht eine Gelegenheit fände in Esthland, da der Prinz August von Oldenburg <sup>7)</sup> abzugehen die Absicht habe, antwortete er, seine Absicht sei, den Fürst Repnin im Innern Russlands zu gebrauchen, da er mit Geschäftsformen und Einrichtungen sich bekannt gemacht, die man

<sup>1)</sup> S. Bd. IV. S. 150, Anm. 1.

<sup>2)</sup> S. Bd. IV. S. 209, Anm. 1.

<sup>3)</sup> Gemeint ist wohl der Brief vom 6. Oktober, s. oben S. 60f.

<sup>4)</sup> S. oben S. 64.

<sup>5)</sup> S. oben S. 73.

<sup>6)</sup> S. oben S. 174.

<sup>7)</sup> S. Bd. IV. S. 16, Anm. 2.

zum Theil dort anwenden könne. Ich bat ihn, dem König vorzuschlagen, den Prinzen Wilhelm gleich als Statthalter nach Sachsen zu schicken, welches er mir versprach. Nach einer kurzen Pause sagte er: „Vous m'avez écrit sur la Pologne <sup>1)</sup>); pourquoi vous, qui montrez des idées si libérales dans toutes occasions, en avez-vous proposé de si différentes dans celle-ci?“

„Il m'a paru, Sire, qu'il faut modifier les principes dans l'application selon la nature de l'objet, auquel on les applique; et je crains que cette Pologne ne sera pour vous qu'une source de désagrément et de contrariétés; un tiers état lui manque, qui est dans tous les pays civilisés le dépositaire des lumières, des moeurs, des richesses d'une nation <sup>2)</sup>); le leur ne se compose que d'une petite noblesse ignorante et turbulente et de juifs, et c'est ce manque d'un tiers état qui vous arrête dans vos plans d'organisation en Russie.“

„C'est vrai, mais dans l'ancien Duché de Varsovie les affaires allaient assez bien.“

„Très parfaitement, et Napoléon les comprimait et les forçait de marcher sur une ligne.“

„Je saurai les soumettre à une discipline, et, d'ailleurs, je ne me suis point encore expliqué sur le mode dont je me propose d'exécuter le plan de rendre des institutions à ce peuple, qui a tant fait pour conserver sa nationalité.“ Er fuhr darauf fort und sagte, alles vereinige sich hierin gegen ihn; auch Talleyrand intriguire, der aber seinen Zweck verfehlt habe, indem er alle Bundesgenossen aufreizt, die Preussen wegen Sachsen, ihn wegen Polen, die Oesterreicher wegen Italien; dieses habe aber gegen ihn nur allgemeines Misstrauen erregt. Ich versicherte ihn, dass gewiss keiner der alliirten Minister mit Talleyrand intriguir habe, welchem er beitrug, nur wegen Metternich zweifelhaft war, über den er sich mit Bitterkeit äusserte, seinen Vorsatz, Einigkeit und Frieden zu erhalten, wiederholte und mich ganz freundlich entliess.

Der Kronprinz von Württemberg unterredet sich mit mir über die Deutschen Angelegenheiten; er äusserte, sein Vater habe eine Konferenz über dieselben in seiner Gegenwart abgehalten und sei über die Anträge von Oesterreich und Preussen nicht zufrieden; er äusserte sich, es sei eine unförmliche Kompilation ohne Zusammenhang, und sie werde niemand zufriedenstellen. Er empfahl festeres Bestehen, Beharren auf den Grundsätzen. Nur sei er wegen Metternich besorgt, wegen seiner Frivolität, seiner falschen Ansicht, Bayern durch Nachgiebigkeit zu gewinnen und vermittelst Bayern das südliche Deutschland zu beherrschen; er erzählte zugleich, dass die Polen ihm hätten Anträge machen lassen, sich an ihre Spitze zu setzen; er habe ihnen geantwortet: „qu'il n'était point un aventurier illustre, que sa position était très agréable, qu'il

<sup>1)</sup> S. oben S. 60f.

<sup>2)</sup> S. Bd. I. S. 57.

aimait l'indépendance et ne voulait point la perdre pour dépendre d'une femme, de ses voisins et d'une nation turbulente.“

Der Kaiser sprach vor einiger Zeit über seine Polnischen Absichten mit Graf Capodistria und erzählte ihm, dass er dem Lande eine Konstitution geben und die Russische Armee zurückziehen und hierdurch vermeiden wolle, die Eifersucht seiner Nachbarn zu reizen. Er frug Capodistria um seine Meinung, weil dieser als Begleiter des Admirals Tschitschagoff <sup>1)</sup> Gelegenheit gehabt habe, Polen kennen zu lernen. Schon damals hatte der Kaiser dem Admiral befohlen (September, Oktober, November 1812), den Polen ihre Freiheit zu versprechen und sie aufzufordern, die Franzosen zu verlassen, der aber Bedenken trug, Proklamationen zu erlassen, weil er den Unwillen seiner Landsleute, der Russen, besorgte. Capodistria antwortete ihm: er halte Polen, dem der Mittelstand fehle, für unfähig zu einer Freiheit, und der Kaiser werde, indem er diese in Polen proklamirte, bei allen seinen Nachbarn Besorgnisse für innere Unruhen erregen.

20. O k t o b e r. In der Konferenz<sup>2)</sup> überreichten Bayern und Württemberg eine Erklärung über den Plan. Sie wollen keine Fürstenbank, keine Stände, keine Garantie im Innern durch den Bund, Ausdehnung der Rechte des Kreisoberst.

21. O k t o b e r. Graf Münster übergab einen Vortrag<sup>3)</sup> gegen die Behauptung von B[ayern] und W[ürttemberg] im Sinn meines Schreibens vom 20. Oktober<sup>4)</sup>. Ich rieth Graf Keller<sup>5)</sup> und Herrn von Marschall<sup>6)</sup>, sich nicht irreleiten zu lassen durch Phantome und durch Gagern<sup>7)</sup>, sondern sich fest an Oesterreich, Preussen und Hannover zu halten, von denen sie allein Schutz und Hülfe erwarten könnten.

23. O k t o b e r. Fürst Metternich erklärte sich schriftlich gegen

1) S. Bd. IV. S. 107, Anm. 2.

2) Des deutschen Ausschusses. S. Angeberg, a. a. O. I. S. 303.

3) Vom selben Tage. Gedr. Angeberg a. a. O. I. S. 327 ff.

4) S. oben S. 67.

5) Dorotheus Ludwig Christoph Graf von Keller (1757—1827) trat 1777 als Legationsrat in den diplomatischen Dienst Preussens, wurde 1779 Gesandter in Kopenhagen, wo er bis 1786 verblieb, kam dann nach Petersburg (bis 1789), von dort in den Haag und war von 1797—1805 preussischer Gesandter in Wien. Durch den Frieden von Tilsit wurde er westfälischer Untertan, blieb aber ohne Staatsamt bis 1811. In diesem Jahr übernahm er den Posten eines Gesandten des Grossherzogtums Frankfurt in Paris, den er bis 1813 bekleidete. Dann trat er in den Dienst des Kurfürsten von Hessen, dessen Interessen er bei den verbündeten Monarchen und auf dem Wiener Kongress vertrat. Nach dem Krieg ging er in die preussische Verwaltung über und war von 1815—1817 Regierungspräsident in Erfurt.

6) Ludwig von Marschall, der nassauische Staatsminister und Bevollmächtigte beim Wiener Kongress.

7) S. oben S. 80, Anm. 1.

Preussen wegen Ueberlassung von Sachsen <sup>1)</sup>; er willigte ein unter der Bedingung erstlich einer näheren Bestimmung der Grenzen, zweitens dass Mainz zu dem südlichen Deutschen Defensionssystem gehöre, drittens die Mosel die Grenze mache zwischen den Preussischen Besitzungen und zwischen denen der übrigen Deutschen Fürsten. — Mainz gehört zum Verteidigungssystem von ganz Deutschland, nicht von einem Teile desselben; will Bayern einen Waffenplatz haben, so benutze es hierzu Mannheim oder Philippsburg. Es ist ohnehin nicht imstande, allein das linke Rheinufer gegen Frankreich zu verteidigen. Oesterreich sucht so eifrig Mainz, weil Bayern hieran die Herausgabe des Innviertels und Salzburgs bindet.

Es ist ein militärisches Comité für Deutsche Militärangelegenheiten angeordnet, das aus dem Kronprinzen von Württemberg, Wrede, Radetzky, Knesebeck und einem Hannoveraner besteht. Hier wird auch die Frage wegen Mainz behandelt werden. Wrede trug darauf an, sie auszusetzen, bis das Verhältnis Deutschlands gegen die Schweiz und die Niederlande bestimmt sei <sup>2)</sup>.

Der Kaiser liess Anstett am 20. <sup>3)</sup> kommen und gab ihm eine von Czar-toryski verfasste Widerlegung des Memoires von Lord Castlereagh <sup>4)</sup>, der viele eigenhändige, zum Teil sehr heftige Marginalien beigefügt waren, und befahl ihm, daraus ein Ganzes zu machen. Er äusserte seinen Unwillen für Nesselrodes Abneigung, die Polnischen Ideen in seinem Sinne zu behandeln und zu unterstützen; er erklärte ihm, er werde sich nicht in die Deutschen Angelegenheiten mischen, ward sehr heftig, indem er erwähnte, wie er die Vergrösserung anderer zugelassen, seinen billigen Forderungen aber jeder sich entgegensezte. Russland hat 168 Millionen neues Papiergeld gemacht, annis 1812, 13 und 14, zur Bestreitung der Kriegskosten.

2 5. O k t o b e r. Vorbereitende Unterredung mit Castlereagh wegen der Schweiz <sup>5)</sup>. Capodistria <sup>6)</sup> theilt ihm sein Memoire mit.

2 4. O k t o b e r <sup>7)</sup>. Unterredung des Kronprinzen von Württemberg mit dem Staatskanzler und mir; er äusserte, es sei ihm gelungen, den König zu überzeugen, sein Interesse sei es, sich an Deutschland anzuschliessen und sich von Bayern, das ihn früh oder spät unterdrücken werde, zu entfernen. Der König hat sich dazu geneigt erklärt, und den 25. Oktober

<sup>1)</sup> In der Note vom 22. Oktober 1814. Gedr. Angeberg a. a. O. I. S. 316 ff. Vgl. oben S. 179.

<sup>2)</sup> Vgl. das Protokoll der Sitzung des deutschen Ausschusses vom 22. Oktober bei Angeberg a. a. O. I. S. 320 ff.

<sup>3)</sup> Dabei von Pertz' Hand: „22.?“

<sup>4)</sup> S. S. 74, 178 u. 185, Anm. 1.

<sup>5)</sup> S. oben S. 89, Anm. 1.

<sup>6)</sup> S. Bd. IV. S. 498, Anm. 2.

<sup>7)</sup> Dieses Datum ist von Pertz nachträglich eingeschaltet worden.

sagte er an seinen Leibmedikus: „Lieber Hardegg, man wird sich alles gefallen lassen müssen, man wird sich bald schämen, ein Württemberger zu sein, aber Gott wird mir beistehen.“ — Wrede äusserte gegen Herrn von Linden, man müsse sich vereinigen und gemeinschaftlich handeln; der beiderseitige natürliche Alliirte sei dennoch Frankreich; dieses werde sich schon wieder heben.

Kaiser Alexander hatte mit Fürst Metternich eine sehr heftige Unterredung über Polen <sup>1)</sup>; er warf ihm vor, dass er allein ihm in seinen Absichten zuwider sei; er werde vom hiesigen Publikum getadelt. Metternich antwortete, er wisse nicht, was er ihm antworten solle, da er die beiden Eigenschaften des Souveräns und des Ministers in sich vereinige.

Der Kaiser Alexander äusserte ohne alle Rücksicht gegen viele Weiber der hiesigen Gesellschaft seine Abneigung gegen Metternich, seinen Vorgesetzten, Polen wieder herzustellen. Der alten Fürstin Metternich <sup>2)</sup> sagte er: „Je méprise tout homme, qui ne porte point l'uniforme“; einer andern Dame sagte er: „Il ne faut point que vous soyez liée avec un scribe.“ Die Herzogin von Sagan <sup>3)</sup> bewog er, mit Fürst Metternich ihre Verbindung gänzlich zu brechen.

Gentz zeigte dem Kronprinzen eine Denkschrift, worin er ausführte, dass Oesterreich sich mit dem südlichen Deutschland und Frankreich zur Erhaltung des Gleichgewichts gegen Russland verbinden müsse, da dieses immer Preussen und das nördliche Deutschland in sein Interesse verwickeln werde. Hieraus folgert er, dass Mainz in Bayrische Hände kommen müsse. Der Kronprinz widersprach ihm. Ich machte diesem das Verderbliche eines Systems bekannt, welches die Einigkeit in Deutschland, nach welcher wir strebten, vernichten, das südliche Deutschland dem Einfluss Frankreichs, das nördliche dem Einfluss Russlands preisgebe und einen unseligen Zwiespalt zwischen Preussen und Oesterreich erhalte. Frankreich wird hierdurch neue Mittel erhalten, um seine Absichten auf Belgien und das linke Rheinufer auszuführen.

Der König von Württemberg ist in seinen Besorgnissen gegen Bayern bestätigt. Er wird nicht gemeinschaftliche Sache mit ihm machen und wünscht daher, dass Mainz ihm anvertraut werde. Bayern steht nun isolirt, wenn Oesterreich fest an Deutschland hält, und man kann, wenn es sich nicht zu guten Bedingungen verstehn will, es ganz aus dem Bund lassen.

Die Grafen Hochberg wollen ihr Successionsrecht geltend machen, das auf dem Ehekontrakt ihrer Mutter und Hausverträgen beruht, welche sämtliche Agnaten vollzogen <sup>4)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. dazu „Aus Metternichs nachgelassenen Papieren“, II. S. 483.

<sup>2)</sup> Der Mutter Metternichs. Vgl. über sie H. Ritter von Srbik, Metternich, I. S. 58 f.

<sup>3)</sup> S. Bd. IV. S. 639, Anm. 2. Über ihre Rolle auf dem Wiener Kongress siehe auch Fournier, Die Geheimpolizei auf dem Wiener Kongress, S. 21 f., 35 ff., 46, 86, 164.

<sup>4)</sup> S. oben S. 134.

Die Besitznahme von Sachsen durch Preussen macht in Wien einen grossen Eindruck; man tadelte sie laut und erwägt nicht, dass sie die Wirkung ist einer Anwendung des Eroberungsrechtes, nach Maassgabe der gegenwärtigen Lage der Europäischen Angelegenheiten. Sachsen ward erobert durch einen gerechten Krieg; es konnte nach dem vernünftigen Urtheile der Eroberer darüber bestimmt werden. Bei dieser Bestimmung ward man geleitet durch die mit Preussen im Kalischer Frieden übernommene Verpflichtung, es in den Zustand des Jahres 1806 wiederherzustellen. Sie konnte nicht anders erfüllt werden als durch Ueberlassung von Sachsen, da Russland den grössten Teil der Preussischen Provinzen <sup>1)</sup> behalten wollte, die Deutschen Fürsten durch die einzelnen Verträge ihrer Besitzungen versichert waren, also die Markgrafthümer an Bayern blieben, den Uebrigen <sup>2)</sup> nicht zum Vortheil Preussens entzogen werden konnten und diesem selbst ein Theil seiner Länder durch England zum Vortheile von Hannover abgedrungen wurde.

29. O k t o b e r. Ueber den Punkt des Krieges und Friedens, die Mehrzahl der Stimmen von Oesterreich und Preussen und die Mediatisirten kann man sich nicht mit Bayern vereinigen <sup>3)</sup>.

Der Kaiser hatte dem Herzog von Oldenburg <sup>4)</sup> in Petersburg 1812 Holland oder Hannover versprochen; dieses ging nicht wegen des Widerspruchs von England, jenes schlug wegen der Revolution in Holland fehl (Nov. 1813), und er war daher dem Hause Oranien sehr abgeneigt. Die Herzogin von Oldenburg näherte ihn demselben wieder, und er war mit der Familie und dem Betragen des Prinzen, den er während seines Aufenthaltes in Holland kennen lernte, sehr zufrieden. Er suchte ihn von England zu trennen, mit seiner Schwester Anna den Erbprinzen von Oranien zu vermählen, für den sein Vater aber eine Erzherzogin bestimmte <sup>5)</sup>.

29. O k t o b e r b i s 7. N o v e m b e r. Polnische Sache. Während des Aufenthalts der Monarchen in Ofen <sup>6)</sup> suchte der Kaiser von Russland, den von Oesterreich für seinen Plan zu gewinnen; er sprach ihm von den Schwierigkeiten, die ihm Metternich in den Polnischen Angelegenheiten machte, seinem Wunsche, sich unmittelbar mit ihm zu vereinigen, um alle Möglichkeiten eines Krieges zu entfernen. Kaiser Franz versicherte ihn, die Aeusserungen seines Ministers seien seinen Entschlüssen voll-

<sup>1)</sup> Gemeint sind natürlich nur die ehemals polnischen Provinzen Preussens.

<sup>2)</sup> Zu ergänzen: „ihre Besitzungen“.

<sup>3)</sup> S. das Protokoll der Sitzung des deutschen Ausschusses vom 29. Oktober 1814 bei Angeberg a. a. O. I. S. 344.

<sup>4)</sup> S. Bd. IV. S. 16, Anm. 2.

<sup>5)</sup> Die Ehe zwischen der Grossfürstin Anna Pawlowna (gest. 1865) und dem Erbprinzen, späteren König Wilhelm II. der Niederlande ist 1816 doch zustande gekommen.

<sup>6)</sup> S. oben S. 71, Anm. 3.

kommen gemäss; im Fall es Krieg werden solle, so wolle er ihn lieber jetzt gleich haben als im Fall zu sein, d'être réveillé dans son premier sommeil. Auf der Rückreise fuhr der Kaiser mit dem Könige in demselben Wagen. Der erstere suchte den letzteren zu überreden, seiner Meinung in den Polnischen Angelegenheiten beizutreten, der ihn lange anhörte, zuletzt aber nichts antwortete als, er hoffe, der Kaiser werde seine Meinung ändern. Castlereagh hatte ein Memoire mit einem Schreiben begleitet <sup>1)</sup>, worin er dem Kaiser das Traktatenwidrige — 27. Juni und 5. September <sup>2)</sup> — seiner Forderungen darstellte. Diese waren nach Wiederherstellung des Königreichs abgegrenzt durch eine Linie, die Thorn, Kalisch, Czenstochau, Krakau in sich fasst, bestehend aus dem Herzogtum Warschau und den altrussischen Polnischen Provinzen. Der Kaiser liess beides durch Czartoryski und Anstett beantworten, stellte aber seine Antwort erst nach seiner Zurückkunft nach Wien Castle-reagh zu <sup>3)</sup>. Unterdessen hatten sich Metternich und Hardenberg vereinigt, die Mediation in dieser Angelegenheit Lord Castlereagh zu übertragen und ihm eine Anweisung zu geben, wie er sich zu verhalten habe bei den Unterhandlungen. Man wollte ihm <sup>4)</sup> entweder die Herstellung Polens, wie es anno 1791 war, anbieten oder auf eine neue billige Theilung dringen, wo Russland Thorn und Krakau bis an [die] Nida einräumte.

Nach der Zurückkunft der Monarchen von Ofen forderte Metternich, den die zunehmende Unzufriedenheit des inländischen Publikums über seine Geschäftsführung beunruhigte, dass die Polnische Angelegenheit in einem Rathe verhandelt werde. Der Kaiser <sup>5)</sup> bestellte ihn aus Metternich, Schwarzenberg und Stadion, und nach seinem Beschlusse ward Preussen befragt, ob es mit Oesterreich gemeinschaftliche Sache machen wolle <sup>6)</sup>, und zugleich aufgefordert, eine Erklärung abzugeben, welche die Einwilligung in die Konstitution von 1772 oder von 1791 enthielt und die Weichsel zur Grenze begehrte. Oesterreich hatte die Absicht, Preussen mit dem linken Weichselufer zu entschädigen und Sachsen zu retten. Der Kaiser <sup>7)</sup> suchte, durch die Herzogin von Sagan wieder in

<sup>1)</sup> Eigentlich sind es zwei Schreiben, eines vom 12. Oktober und eines vom 14. Oktober, welche die Denkschrift Castlereaghs vom 12. Oktober begleiteten. S. Angeberg a. a. O. I. S. 280 ff. und S. 291 f. Die russische Antwort vom 30. Oktober bezieht sich vorwiegend auf das zweite.

<sup>2)</sup> Gemeint sind die Verträge von Reichenbach (27. Juni 1813) und Teplitz (9., nicht 5. September 1813). Im ersten (Gedr. Martens, Recueil des traités conclus par la Russie III. S. 107) war die Aufteilung des Herzogtums Warschau zwischen Preussen, Russland und Oesterreich zugestanden, im zweiten noch einmal eine freundschaftliche Übereinkunft zwischen den drei Höfen über das künftige Schicksal des Herzogtums Warschau vorgesehen (Martens a. a. O. VII. S. 110).

<sup>3)</sup> Dat. 30. Oktober 1814. Gedr. Angeberg a. a. O. I. S. 350 ff. Vgl. oben S. 74.

<sup>4)</sup> Dem Zaren.

<sup>5)</sup> Von Oesterreich.

<sup>6)</sup> Am 2. November. S. Angeberg a. a. O. I. S. 379 f.

<sup>7)</sup> Alexander.

ein gutes Verhältnis zu Metternich zu treten und ward über das Zusammenhalten von Oesterreich, Preussen und England beunruhigt. Es suchte, mit Einzelnen zu unterhandeln, fing mit Preussen an, veranlasste eine Zusammenkunft mit dem König und dem Staatskanzler (6. November), beschwerte sich über die Schwierigkeiten, die man seinen billigen Forderungen entgegensetze, über die Bemühungen, Russland und Preussen zu trennen; er <sup>1)</sup> habe insgeheim anbieten lassen, in der Polnischen Sache nachzugeben, wenn der Kaiser die Wiederherstellung von Sachsen zulassen wolle; die von ihm geforderte Grenze sei nicht aggressiv u. s. w. Der König stimmte ihm meist bei, vergeblich widersprach ihm der Kanzler, und er verbot ihm, ferner die Sache gemeinschaftlich mit Oesterreich und England zu unterhandeln. Der Kanzler war über dies schwache und unverständige Betragen des Königs sehr gekränkt und theilte den Vorgang Lord Castlereagh mit und suchte ihn zu bewegen, seine Replik <sup>2)</sup>, die in einer trockenen Widerlegung bestand, zurückzubehalten, der sie aber dennoch am 6. November übergeben liess. Das Betragen des Königs erregte ein grosses Missvergnügen. England scheint nun in der sächsischen Angelegenheit Preussen verlassen zu wollen; man wirft diesem vor, es gebe die Sache der Europäischen Unabhängigkeit auf, um Sachsen zu erhalten; es müssten sich Oesterreich, Frankreich, England als ein Gegengewicht der Uebermacht von Russland um so enger vereinigen, als gegenwärtig Preussen sich ihm ganz hingebe. Der Kanzler suchte, Metternich und Castlereagh zu gemässigten Gesinnungen zu bringen. Er legte mir die Frage vor, ob es rathsam sei, jetzt zu einem Kriege zu rathen. Ich antwortete verneinend, weil Russland mit einem schlagfertigen Heer von 250 000 Russen und 38 000 Polen zwischen Weichsel und Warthe stehe, während die Preussischen und Oesterreichischen Heere in Deutschland, Italien u. s. w. zerstreut wären<sup>3)</sup>. Die in Holstein stehende Russische Armee bedrohe das nördliche Deutschland. Alle Staaten seien erschöpft, überall herrsche Missvergnügen, Erbitterung in Deutschland und Italien. In Frankreich würden die Missvergnügten ihr Haupt erheben, in Italien würden sie Unterstützung finden an Murat, man bedürfe Frieden, um alles zu beruhigen und zu befestigen. Russland werde unterdessen mit seinen Polnischen Angelegenheiten zu thun bekommen, seine Armee demobilisiren und Mühe haben, sie nach einigen Jahren wieder aufzustellen, dieweil ihm die Mittel, womit es gegenwärtig Krieg führe, nicht mehr zu Gebote stehen würden, nämlich Vermehrung des Papiergeldes, Englische Kreditpapiere, Requisitionen; sein Land sei sehr angegriffen, indem es seit 1805 1 763 000 Rekruten ausgehoben.

Der Kaiser sprach mich den 5. November. Ich übergab ihm mein

<sup>1)</sup> Dabei die Notiz von Pertz: „Mett.“ Vgl. unten S. 187.

<sup>2)</sup> Vom 4. November. Gedr. Angeberg a. a. O. I. S. 393.

<sup>3)</sup> S. oben S. 82f.

Schreiben vom 4. November <sup>1)</sup> wegen der Deutschen Angelegenheiten, den Fortgang der Konferenzen nebst dem Entwurfe einer konfidentiellen Note an die Preussischen und Oesterreichischen Minister. Er las es mit Aufmerksamkeit und äusserte, sie durch Nesselrode übergeben zu lassen; er fand sie mit Recht zu weitläufig und zu bitter, und sagte den 6. November Graf Nesselrode, er solle sie mildern, abkürzen und übergeben. Ich änderte sie also ab den 7. N o v e m b e r <sup>2)</sup>. Nesselrode hatte Metternich und Gentz konsultirt. Ersterer versicherte ihm, es gehe alles sehr gut in den Deutschen Angelegenheiten, und er wolle daher die Note zurückhalten. Ich drang aber sehr nachdrücklich in ihn, sie abzugeben (den 9. N o v e m b e r), welches auch geschah. Bei dieser Unterredung (d. 5.) begann der Kaiser aus eigener Bewegung über die Polnischen Angelegenheiten zu sprechen. Er wusste, dass ich gegen die Herzogin von Oldenburg (3. Nov.) missbilligend über sein Benehmen gesprochen und sagte: „Vous vous êtes aussi rangé du côté de mes ennemis, à quoi je ne m'attendait pas.“ Ich antwortete, seine Nachbarn hätten Ursache, beunruhigt zu sein über den königlichen Titel, über seine Konstitution und über die Grenze. Er antwortete hierauf mit der Erzählung, was er für Europa gethan, einen gefährlichen Krieg fortgeführt, sein Leben ausgesetzt, die Vergrößerung Oesterreichs in Italien zugelassen, Sachsen an Preussen überlassen; auf ein solches uneigennütziges, vertrauensvolles Verfahren habe er die Festigkeit der Alliance gebaut; nunmehr sehe er sich aber einen Gegenstand des Misstrauens, der Eifersucht, und bestreite man ihm die billigsten Forderungen. Er bedürfe Krakaus und Thorn, um seine Polnischen Besitzungen auf dem linken Weichselufer zu decken. Alles vereinige sich gegen ihn; England trete auf, das die Sache gar nichts angehe; ich sollte meinen Einfluss anwenden, um Hardenberg zu bewegen, die Sache allein mit Russland zu behandeln und nicht mit Oesterreich gegen ihn gemeinschaftliche Sache zu machen. Ohnehin habe ihm Oesterreich anbieten lassen, es wolle in allen Polnischen Angelegenheiten nachgeben, wenn er Sachsen Preussen entziehe. Man wolle überhaupt eine Koalition gegen ihn bilden, er habe dieses schon in Paris bemerkt und müsse seine Maasregeln danach nehmen.

Durch diese Polnische Angelegenheit ist der Geschäftsgang auf dem Kongress zerrüttet und gelähmt und der Same der Eifersucht zwischen den Mächten ausgestreut worden, der seine verderblichen Folgen auf alle Verhältnisse verbreitet, besonders zwischen Oesterreich, Preussen und Russland eine Kälte verursacht, die ein nachdrückliches Eingreifen in die Deutschen Angelegenheiten verhindert und Bayern und Württemberg gestattet, ihre selbstsüchtigen Absichten zu befördern. Der Kaiser erscheint in dem Licht, das Vertrauen, welches ihm seine Bundesgenossen geschenkt, missbraucht zu haben, um die Entscheidung der Polnischen

---

<sup>1)</sup> S. oben S. 77 ff.

<sup>2)</sup> S. oben S. 80 ff.

Angelegenheiten bis zu einer Zeit auszusetzen, wo er alles zu seinem Vortheil vorbereitet und eine drohende und entscheidende Stellung angenommen habe. Er erregt Misstrauen in Europa, zieht den König von Preussen von dem allgemeinen Europäischen Interesse ab und kränkt sein eigenes Volk, indem er Polen Vorrechte einräumt und die Einheit der Verwaltung zerrüttet.

Am 9. November<sup>1)</sup>. Der Kaiser blieb unerschütterlich bei seiner Meinung, er will selbst seine Schwester, die Grossfürstin Katharina<sup>2)</sup> nicht anhören und antwortet ihr nur, que son honneur y était engagé. Er lässt den Grossfürsten Konstantin — 9. November<sup>3)</sup> — nach Warschau abreisen mit dem Auftrage, die Polnische Armee auf 70 000 Mann zu bringen. Die Vermählung des Kronprinzen von Württemberg mit der Grossfürstin Katharina ist entschieden, die Einwilligung der Kaiserin Mutter durch die Vermittlung des Kaisers erhalten worden. Sie<sup>4)</sup> hat dem Kronprinzen, der ihre Zuneigung bei dem Aufenthalte in London sich erwarb, die Verbindung mit dem Erzherzog Karl und ihr Etablissement in Russland aufgeopfert. Der Kaiser hat vieles Vertrauen und Liebe zu ihr; es war durch einen Vorgang in Russland 1812 vermindert worden. Als nämlich die Franzosen vordrangen, so entstand gegen den Kaiser eine leidenschaftliche Erbitterung; das Volk schrieb ihm das Unglück des Landes zu, und der Adel im Gouvernement Jaroslaw, Twer u. s. w. forderte die Grossfürstin, die in Jaroslaw ihre Wochen hielt, auf, sich an ihre Spitze zu setzen und die Regierung zu ergreifen. Das Abspringen des Königs von der verabredeten Linie<sup>5)</sup> befestigte den Kaiser in seinem Entschlusse, erbitterte England und Oesterreich und veranlasste neues Schwanken in der Sächsischen Angelegenheit. Hardenberg suchte, Castlereagh in einem Memoire<sup>6)</sup> zu überzeugen, dass es gegenwärtig nicht rathsam sei, Krieg zu beginnen. Castlereagh äusserte die Meinung, dass Preussen die Mediation übernehmen solle mit Russland, da der Kaiser gegen ihn erbittert sei. Hiermit stimmte auch Münster insgeheim überein. Stewart und Pozzo sprachen aber von einer Trennung von Europa, auf einer Seite Russland und Preussen, auf der andern das übrige Europa. Eine ähnliche Sprache führte Metternich gegen den Kronprinzen von Württemberg den 11. November, sagte ihm, Oesterreich werde freilich vieles aufs Spiel setzen; der ihm antwortete: ein Staatsmann müsse nicht spielen. Schwarzenberg ist gegen den Krieg und gegen die Ueberlassung von Mainz an Bayern.

1) „19“ in der Vorlage, was aber, wie sich aus dem Zusammenhang ergibt, offenbar verschrieben ist.

2) S. Bd. IV. S. 66, Anm. 2.

3) Ursprünglich „19.“

4) Die Grossfürstin Katharina.

5) In der sächsischen Frage, s. oben S. 186.

6) Vom 7. November; im Auszug gedr. bei Angeberg a. a. O. I. S. 406 ff.

Fürst Metternich und Hardenberg hatten den 11. N o v e m b e r eine Unterredung mit — <sup>1)</sup> über die gegenwärtige Lage. Dieser frug jenen <sup>2)</sup> über seine Absichten mit Sachsen und Mainz. Er <sup>3)</sup> äusserte, er könne unmöglich, ohne sich der Ahndung des Publikums auszusetzen, die Sächsische und Polnische Sache aufgeben. Er habe Mainz an Bayern versprochen und wünsche, dass es wenigstens mit Oesterreichischen und Bayrischen Truppen besetzt werde, dass ferner von Sachsen dem Könige wenigstens 500 000 Seelen nebst Dresden abgetreten würden. Hardenberg lehnte beides ab und übernahm die angetragene Mediation mit Russland.

14. N o v e m b e r. Fürst Metternich forderte durch ein offizielles Schreiben <sup>4)</sup> den Staatskanzler Hardenberg auf, von Russland eine bestimmte Erklärung zu erhalten über die Grenzen, auf denen es bestehe, und über die Bürgschaft, die es gebe für die Erhaltung der Ruhe in den Oesterreichisch Polnischen Provinzen und für das übrige Europa, wenn es in seinem Theile eine Konstitution errichte. Das Schreiben erhält zugleich einen Tadel, dass Preussen nicht gemeinschaftliche Sprache führen wolle. Der Staatskanzler will nunmehr eine Unterredung mit dem Kaiser haben über diesen Gegenstand. Fürst Wrede suchte den Kanzler zu bewegen, sich mit einem Theile von Sachsen zu begnügen, der aber die Diskussion ganz ablehnte. Auch Graf Münster empfahl und stützte diese Idee, aber als ein Auskunftsmittel, nicht um Preussen in seiner Konsolidation zu hindern (17. N o v e m b e r). Ein Artikel im Merkur vom 31. Oktober über die Lage des Kongresses machte einen lebhaften Eindruck. Fürst Wrede und der Württembergische Gesandte beschwerten sich laut darüber <sup>5)</sup>.

Der Kronprinz hatte den 16. N o v e m b e r eine Unterredung mit dem Kaiser, der mit ihm über die in den Angelegenheiten Deutschlands übergebene Note sprach <sup>6)</sup>, ihm versprach, ferner in diesem Sinne zu handeln, auch in die Uebergabe von Mainz an Bayern nicht zu willigen. Der Kronprinz lenkte die Unterredung auf die Lage der allgemeinen Angelegenheiten, drückte seine Besorgnis aus über die Spannung, die zwischen den Verbündeten bestehe, über die Einnischung Frankreichs, über die Gefahr, so daraus für Deutschland entstehe, über die Verwicklungen, in die Russland sich setze, wenn es sich mit allen Europäischen Mächten brouillire; besonders gefährlich werde ihm England sein. Der Kaiser rechtfertigte sein Verfahren mit den Ansprüchen, so er auf die Dank-

<sup>1)</sup> Lücke in Steins Niederschrift. Pertz ergänzt hier „Castlereagh“.

<sup>2)</sup> Metternich.

<sup>3)</sup> Metternich.

<sup>4)</sup> Vom 12. November; im Auszug gedr. bei Angeberg a. a. O. I. S. 418 f.

<sup>5)</sup> Es handelt sich dabei um einen von Stein inspirierten Artikel mit scharfen Spitzen gegen die Haltung Bayerns und Württembergs in der Verfassungsfrage. Vgl. darüber Klüber a. a. O. II. S. 191, sowie Pertz, Stein, IV. S. 152 f. und Schmidt a. a. O. S. 255 ff.

<sup>6)</sup> Die von Stein entworfene Note Russlands an Oesterreich und Preussen, s. oben S. 80ff.

barkeit Europas habe, mit der Bereitwilligkeit, womit er den Vortheil seiner Verbündeten befördert, der Nothwendigkeit, in der er sei, für die Sicherheit seines Reichs durch eine feste Grenze zu sorgen, die Unmöglichkeit, seine in Petersburg gegebene Zusage an seine Unterthanen zurückzunehmen. Er wisse, Metternich suche, alles gegen ihn aufzuhetzen und ihn von Preussen zu trennen; er habe Mittel, sich mit England zu vertragen, indem er ihm Handelsvortheile anbiete u. s. w. Der Kronprinz empfahl ihm die Anwendung dieser Mittel, da sowohl England gewonnen, als die Wünsche seines Volkes erfüllt werden würden. Er verliess aber den Kaiser mit der Ueberzeugung von seinem festen Beharren auf dem gefassten Beschluss.

Der Kaiser war hauptsächlich besorgt, sich Preussens zu versichern; er fuhr fort sich zu bemühen, das Misstrauen zwischen Preussen und Oesterreich zu erhalten. Er äusserte gegen den König von Preussen: Talleyrand habe ihm in einer mit ihm habten Unterredung am 15. November namens des Fürsten Metternich gesagt, Oesterreich werde in Ansehung Polens nachgeben, wenn Russland sich von Preussen trenne. Er autorisirte sogar den König, dieses laut zu äussern. Metternich leugnete es, und es gab Gelegenheit zu besonderen Erklärungen. Talleyrands Unterredung war merkwürdig.

18. — 23. November. Der Kaiser entzog sein Vertrauen gänzlich Nesselrode wegen dessen Verbindung mit Metternich und Gentz; er übertrug die ganze Geschäftsleitung an Czartoryski, der, da Anstatt seinen Abschied genommen hatte, sich an Capodistria wandte und diesen zuzog. Capodistria ist ein Mann, der Scharfsinn, Feinheit, Mässigung und Ruhe besitzt; sein Geist ist gebildet, sein Charakter sittlich, sein Aeusseres angenehm.

In der Unterredung, so er mit dem Kaiser hatte, machte er ihm bemerklich, dass Polen alle Elemente zu einer Konstitution mangelten, dass er gegen seine Verbündeten eine zu schwankende Sprache führte, dass er diejenigen, so ihm treu gedient, von sich entfernt halte und daher betrübe, auch erbittere. Der Kaiser trug ihm die Antwort an Castlereagh auf <sup>1)</sup>, die in einem gemässigten Ton gefasst war. Czartoryski hatte nun mehrere Unterredungen mit Staatskanzler Hardenberg, auch späterhin mit mir. Er forderte mich auf, dem Kaiser mich zu nähern, diesem sei mein Betragen empfindlich und meine Entfernung von ihm. Ich antwortete, der Kaiser sei theils beschäftigt, theils zerstreut, und ohne bestimmte Geschäfte könne ich ihm seine Zeit nicht rauben. Ich meldete mich daher den 20. bei ihm, und er liess mich des Abends zu sich kommen. Er war unpässlich seit dem 16. an einem Rothlauf am Fuss, hatte einige Fieberanfalle gehabt, und ich fand ihn auf dem Sofa liegend, etwas leidend und ermattet. Er empfing mich sehr freundlich und fing an,

<sup>1)</sup> Vom 21. November. Gedr. Angeberg a. a. O. I. S. 450 ff.

über die Lage der allgemeinen Angelegenheiten zu sprechen. Er sagte, Metternich wolle alles verwirren, auch schiene dieses die Absicht der Engländer zu sein; der Kaiser Franz bezeuge ihm Vertrauen und freundschaftliche Gesinnung. Ich bemerkte dagegen, ich glaubte nicht, dass die Engländer den Krieg wünschten, da die Lasten des Volkes gross seien und Verminderung erforderten; die Punkte, worauf es jetzt noch ankomme, schienen mir mehr ein Gegenstand der Eigenliebe als wichtig für Russland oder Oesterreich; Krakau sei diesem zwar wichtig, aber doch nicht in dem Grad, dass es einen Krieg unter den gegenwärtigen Umständen rechtfertige; für Russland schiene es mir sehr entbehrlich; Preussen werde sich wohl wegen Thorn arrangiren. Er antwortete, Krakau zu räumen, sei für ihn unrühmlich, er habe es einmal besetzt. Da es aber nur ein Opfer sei, um den Völkern Frieden zu verschaffen, den sie so sehr bedürften, erwiderte ich, da er an der Spitze von 400 000 Mann stehe, so könne man diese Räumung nur als einen Beweis seines Edelmonds ansehen, nicht als eine Wirkung der Schwäche, der gegenwärtige gespannte Zustand der Bewaffnung und Unterhandlung könne nicht dauern. Er widersprach und sagte, der gewöhnliche Zustand der Russischen Armee sei, konzentriert zu stehen; wegen der Grösse des Reichs könne man sie nicht in die Regimentskantons vertheilt auseinander legen, er habe daher, um die fremden Mächte zu beruhigen, vorgeschlagen, Polen zu konstituiren, die Russische Armee nach Russland selbst zurückzuziehen; dieses sei aber Hebräisch für die Oesterreicher, sie könnten es nicht begreifen; er wünsche Frieden und hoffe dazu zu gelangen, und er hoffe, alsdann allein für Verbreitung und Unterstützung liberaler Ideen leben zu können, welches dem Leben allein einigen Werth gebe. Er äusserte seine Zufriedenheit mit den Gesinnungen, die ihm Kaiser Franz zeige. Ich empfahl ihm Deutschland. Er versprach, alles zu thun, um hier einen gesetzlichen Zustand hervorzu bringen. Da ich ihn auf die Trägheit und Willkür seines Schwagers, des Grossherzogs von Baden, aufmerksam machte, so befahl er mir, meine Vorschläge abzugeben über die Art, ihn zurecht zu bringen. Er sagte noch, dass er wünsche, Hardenberg möge bald sich seines Auftrags entledigen, um die Dinge zu endigen, und billigte es, als ich ihm sagte, es sei nöthig, alle drei streitigen Punkte, Polen, Sachsen, Mainz zur Entscheidung auf einmal und in einer Verhandlung zu bringen, um alles abzukürzen und nicht Gelegenheit zu neuer Verwicklung zu geben. Er sprach bei dieser Gelegenheit über Sachsen, hielt die Trennung für das Land, für Preussen und für Oesterreich für ganz unnütz, da ein kleiner Fürst dessen <sup>1)</sup> Grenze nicht schützen werde. Er schloss die Unterredung, versichernd, dass er die Aufrechterhaltung der liberalen Grundsätze zur Hauptangelegenheit seines Lebens machen werde.

---

<sup>1)</sup> Oesterreichs.

Capodistria und Czartoryski besuchten mich den folgenden Tag (21. N o - v e m b e r), jeder besonders. Die Unterredung betraf Polen, Sachsen, Mainz. Ich sprach ihnen meine Meinung ausführlich aus, und sie traten ihr bei; so wie wir auch über die Notwendigkeit überein kamen, sämtliche streitige Punkte in einer Verhandlung zusammenzufassen und zu verhindern, dass nicht über jeden einzelnen Gegenstand eine eigene Unterhandlung angefangen werde. Capodistria bemerkte, dass man Frankreich befriedigen werde, wenn man in Murats Entsetzung einwilligte, welches überhaupt nöthig sein würde, um in Italien ein Gleichgewicht gegen Oesterreich zu erhalten; die Engländer schienen grosse Neigung zu haben, den überwiegenden Einfluss in Sicilien <sup>1)</sup> und den Besitz von den Sieben Inseln zu behalten; beidem müsse man entgegen sein.

Der Staatskanzler hatte endlich den 23. November abends 7 Uhr eine Zusammenkunft mit dem Kaiser. Er las ihm einen Aufsatz vor, worin er ihm die Anträge Oesterreichs vorlegte und die Folgen des Krieges für Europa lebhaft und vertrauensvoll auf den Edelmuth des Kaisers darstellte; die erster[en] betraf[en] die Konstitution von Polen, in die sie <sup>2)</sup> einwilligten, Ueberlassung von Krakau, die sie forderten.

Den 25. N o v e m b e r war eine Zusammenkunft des Fürst Czartoryski, Hardenberg und mir <sup>3)</sup>. Hier beehrte Czartoryski die letzte Erklärung der Oesterreicher. Fürst Hardenberg äusserte aber, man müsse nach der gegenwärtigen Lage der Sache jetzt vielmehr eine Aeusserung des Kaisers erwarten, und man vereinigte sich endlich dahin, dass man ihm die Fragen vorlegen sollte, so in ein kurzes Protokoll aufgefasst wären: „Soll Krakau ein Gegenstand der Unterhandlung sein? Soll es als Fürstenthum, als Municipalstadt konstituirt werden? Will man nicht alle streitigen Fragen wegen Sachsen, Mainz und Polen <sup>4)</sup> in eine Verhandlung fassen?“ Czartoryski übergab dieses Protokoll dem Kaiser; sein Inhalt machte einen unangenehmen Eindruck auf ihn, unterdessen verwarf er ihn nicht.

Der Kaiser berief mich am 25. November zu sich. Er war mild und ruhig, äusserte seine Bereitwilligkeit zur Verträglichkeit, seine Besorgniss, dass Oesterreich fortfahren werde, neue Forderungen und Prätensionen aufzustellen. Ich sprach sehr nachdrücklich für den Frieden; er sei Bedürfnis nicht nur zur Wiederherstellung des allgemeinen Wohlstandes, sondern auch zur Wiederherstellung der allgemeinen Sittlichkeit, die durch den bisherigen, langwierigen Druck und Kriegszustand

<sup>1)</sup> S. Bd. IV. S. 141 u. 148.

<sup>2)</sup> Die Oesterreicher.

<sup>3)</sup> Der Satz steht in der Vorlage doppelt, jedoch mit verschiedenem Datum, einmal 24. und einmal 25. November. Nach Hardenbergs Tagebuch (Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92, Hardenberg) fand die Zusammenkunft am 25. November statt.

<sup>4)</sup> „Neapel“ in der Vorlage.

auf eine fürchterliche Art gelitten habe. Er antwortete mir, wie er bereit sei, alles zur allgemeinen Ruhe beizutragen, und überhaupt fest entschlossen sei, jede kräftige und wohltätige Idee zu unterstützen und zu befördern. Ich übergab ihm einen Aufsatz wegen des Grossherzogtums von Baden<sup>1)</sup>, und bat ihn, den Inhalt zu erwägen. Er versprach es und sagte, er werde seinen Entschluss den folgenden Tag durch Czartoryski den Staatskanzler wissen lassen.

Der 26. November blieb wegen Unpässlichkeit des Staatskanzlers ohne Geschäfte, ohngeachtet der Kaiser seine Erklärung abgegeben hatte.

Den 27. November war eine Zusammenkunft, in der dem Fürsten Hardenberg die Erklärung des Kaisers (vide Anlage<sup>2)</sup>) abgegeben wurde. Er war missvergnügt, dass den Oesterreichern nicht Krakau eingeräumt worden war, klagte über Unbilligkeit und behielt sich vor, alles Metternich mitzutheilen, welches erst den 28. geschah<sup>3)</sup> in einer mündlichen Note, die in dem Sinne des protokollarischen Entwurfes abgefasst war, worin er auf der Untheilbarkeit von Sachsen bestand und Oesterreich eine Zession in Oberschlesien von 132 000 Seelen bei Leobschütz und Ratibor anbot. In einer zufälligen Unterredung, welche Czartoryski, Graf Münster und ich bei mir hatten, war dieser sehr beharrlich in seiner Meinung, dass ein Theil von Sachsen müsse zurückgegeben werden. Die Unpässlichkeit des Fürsten Metternich und die Rücksprache mit dem Kaiser Franz verzögerte die Antwort. Unterdessen äusserte Stewart, man werde sich nun bei der Polnischen Sache beruhigen, aber desto nachdrücklicher auf der Sächsischen Frage bestehen. Man suchte nunmehr in England selbst zu negoziären. Es wurden Instruktionen nach dem Inhalt meines Memoires vom 3. Dezember<sup>4)</sup> nach England gesandt, über das ich den 7. Dezember an den Grafen Capodistria zu schreiben Veranlassung fand<sup>5)</sup>.

Unterdessen waren mancherlei Dinge vorgegangen in den Deutschen Angelegenheiten, besonders in der Mainzer Sache, und den innern Badenschen. Ich hatte dem Kaiser d. 29. einen Aufsatz vorgelegt<sup>6)</sup> über den Zustand des Badenschen, über die Nachlässigkeit, Unentschlossenheit, Willkür und das Misstrauen des Grossherzogs. Zugleich hatte ich ihm Vorschläge mitgetheilt wegen Bildung der Landstände und Ernennung eines Cabinetsministers mit sehr ausgedehnten Vollmachten. Er ver-

<sup>1)</sup> S. oben S. 93 f.

<sup>2)</sup> Fehlt in der Vorlage. Gemeint ist die von Stein entworfene Erklärung vom 27. November 1814, s. oben S. 95 f.

<sup>3)</sup> Vielmehr am 2. Dezember. S. Angeberg a. a. O. II. S. 1941 ff.

<sup>4)</sup> S. oben S. 98 ff.

<sup>5)</sup> S. oben S. 162 ff.

<sup>6)</sup> Eigentlich der Kaiserin. S. oben S. 97 f.

sprach zu helfen. Die Kaiserin berief mich d. 31. N o v e m b e r <sup>1)</sup> zu sich und sprach mir in Gegenwart ihres Herrn Bruders über die Lage des Landes. Ich sprach meine Ansicht ganz freimütig und unbefangen über seine Regierungsart aus und bestand auf der Nothwendigkeit der Stände. Er entschloss sich endlich, das Schreiben d. d. — <sup>2)</sup> an den Fürsten Metternich und Hardenberg zu erlassen. Die Kaiserin gab ihm die Vorschläge wegen Errichtung eines Kabinettsministerii, empfahl ihm ihre Annahme, beauftragte den Herzog von Koburg <sup>3)</sup>, mit ihm sich darüber zu besprechen. Ohnerachtet nun das Schreiben erlassen war, so konnte er sich doch nicht entscheiden, eine Instruktion für die Kommission abgehen zu lassen, welche einen Entwurf über die ständische Verfassung ausarbeiten sollte <sup>4)</sup>. Sie war selbst den 24. Dezember nicht abgegangen, sondern der träge, misstrauische, unentschlossene Mann konnte es nicht über sich bringen, einen Kourier abzufertigen. Mit Recht sagte Napoleon von ihm: „Ce prince est indécrottable“.

Unterdessen beobachteten die Oesterreicher ein tiefes Stillschweigen, fingen aber unter der Hand an zu unterhandeln. Metternich äusserte gegen Czartoryski in seiner Unterredung, wie man im Ganzen zufrieden sei mit der Erklärung Russlands über Polen; man müsse aber darauf bestehen, dass der König von Sachsen mit einem Theil seines Landes abgefunden werde. Dieses werde die Widersprüche von Frankreich beseitigen, die öffentliche Meinung befriedigen, die sich laut ausgesprochen habe gegen die Entsetzung des Königs von Sachsen, auch über die Nähe von Preussen auf diesem Punkt beunruhigt bleibe. Der Kaiser Franz sprach mit der Grossfürstin Katharina (6. Dezember) über seinen Wunsch, Frieden zu erhalten, aber sein Gewissen fordere, dass er den König von Sachsen mit einem Theile seines Landes abfinde; ganz Europa habe die Augen darauf gerichtet; er wünsche, mit Preussen in gutem Vernehmen zu leben, aber es werde ihm gefährlich. Er sei übrigens bereit, Mainz zur Bundesfestung zu erklären. Fürst Hardenberg selbst sei geneigt zu einer Abfindung des Königs in Sachsen; Fürst Repnin habe ihm gesagt, die Sachsen wünschten alle ihren König zurück.

Beides war falsch. Fürst Repnin hatte geäussert: nach der Schlacht von Leipzig sei alles gegen den König gewesen, den man für den Urheber des allgemeinen Unglücks angesehen, nachher hätten sich die Gesinnungen gemildert; die Anhänger des Herzogs von Weimar hätten sich mit den königlich Gesinnten verbunden, nachdem sie ihre Erwartungen unerfüllt gesehen <sup>5)</sup>. Die Unzufriedenheit nach dem Frieden

<sup>1)</sup> Dabei von Pertz' Hand: „28.“. Pertz kommt zu dieser Korrektur auf Grund der Denkschrift Steins für die Kaiserin vom 29. Dezember. Vielleicht haben aber zwei Unterredungen stattgefunden, eine in Abwesenheit des Grossherzogs, die andere, von Stein hier erwähnte, mit ihm zusammen.

<sup>2)</sup> Lücke in der Vorlage. Gemeint ist das Schreiben vom 1. Dezember, s. oben S. 98.

<sup>3)</sup> S. oben S. 98.

<sup>4)</sup> S. oben S. 120, Anm. 4.

<sup>5)</sup> Vgl. Bd. IV. S. 478 f. und S. 582 f., sowie oben S. 2 f.

von Paris habe die Gährung begünstigt und die königlich Gesinnten seien thätiger geworden. Nunmehr seien die Meinungen geteilt; Kaufleute und der Gewerbestand seien für Preussen, der Landadel und Landmann im Ganzen ruhig, die Dresdener Beamten im Ganzen für den König entschieden.

Die Absicht des Kaisers Franz bei der Abfindung des Königs von Sachsen mit seinem alten Lande ergab sich am deutlichsten aus seiner Unterredung mit dem Herzog von Weimar. Dieser äusserte, er halte die Theilung von Sachsen für nachtheilig in administrativer Hinsicht und weil die Gährung in den Gemüthern erhalten werde. „Das ist schon recht“, antwortete er, „dann kommen die beiden Theile umso eher wieder zusammen“. Er will also im Land seines Bundesgenossen einen Samen der Zwietracht und Gährung unterhalten, um ihm das blutig Errungene wieder zu entreissen.

Auch der Neid Hannovers gegen Preussen zeigte sich in dieser Sächsischen Angelegenheit. Graf Münster hasste und beneidete Preussen von jeher <sup>1)</sup>, theils aus persönlichen Ursachen, theils wegen des feindseligen Benehmens Preussens gegen Hannover anno 1806. Er schlug daher im Winter 1812 dem Brittischen und Russischen Cabinet in einer ausführlichen Denkschrift vor, Russland bis an die Weichsel zu vergrössern, ihm also Ostpreussen zu geben, Preussen zwischen Weichsel und Elbe zu legen, das Land zwischen Elbe und Schelde unter dem Namen eines Königreichs Austrasien, also den Erbtheil von Preussen, Sachsen, Hessen, Oranien, Braunschweig, Nassau, an das Haus Hannover zu geben und auf diese Fürstenhäuser das Eroberungsrecht anzuwenden. Dieses Projekt sollte durch eine Schwedisch-Englisch-Hannöverische Armee ausgeführt werden unter dem Kronprinz von Schweden, und einer der Englischen Prinzen sollte auf den Thron kommen. Die Seifenblase zerplatzte von selbst durch die Ereignisse des Dezember 1812, die Konvention von Yorck, den Beitritt von Preussen u.s.w. Während des Krieges fühlte Graf Münster die Unentbehrlichkeit von Preussen und äusserte ihm gute Gesinnungen, erwarb sich auch das Vertrauen vom Staatskanzler. In dieser Sächsischen Angelegenheit aber zeigte er die grösste Thätigkeit. Er befestigte die Engländer und Oesterreicher in dem Begehren einer Theilung von Sachsen; er äusserte an Oberst Miltitz <sup>2)</sup>, da ihm dieser die übeln Folgen einer Theilung für das Land darstellte, dieses sei gleichgültig, man werde, wenn Preussen nicht nachgebe, gegen die Besitznahme protestiren, eine Gelegenheit abwarten und einen Krieg anfangen, der mit dem Untergang Preussens endigen würde. Den 8. D e z e m b e r besuchte Miltitz den Gr. Schulenburg <sup>3)</sup> zu Klosterode und

<sup>1)</sup> S. Bd. IV. S. 169 und S. 192 ff.

<sup>2)</sup> S. Bd. IV. S. 268, Anm. 2.

<sup>3)</sup> Friedrich Albrecht Graf von der Schulenburg-Klosterode (nicht Osterode, wie die Vorlage angibt), sächsischer Diplomat, 1810—1830 Gesandter in Wien. Eine besondere Bedeutung hatte diese Stellung natürlich in der Zeit, in der das Schicksal Sachsens un-

sprach mit ihm über die Nachteile einer Theilung von Sachsen und das Unwürdige, wenn der König sich mit einem kleinen Theile abfinden lasse. Er äusserte hierauf, es könne nur die Rede sein, an Preussen einen kleinen Theil zu überlassen, allenfalls die Niederlausitz, das Amt Zörbig; er werde nie dem König zu etwas anderem rathen, da es eine unwürdige Handlung sei. Die Kräfte, die Preussen zwingen, einen Theil herauszugeben, würden es auch zwingen, sich mit einem kleinen Theil zu begnügen. Man werde sonst nach einiger Zeit mit ihm einen Krieg anfangen, der es vernichten werde; Hannover werde unterdessen einen Einfluss und ein Ansehen erhalten durch seine Rechtlichkeit, seine administrative Weisheit, wodurch es der Anlehnungspunkt des nördlichen Deutschlands würde. — Graf Schulenburg will also einen Staat, der bereits existirt, einen militärisch-politischen Namen errungen hat, eine Masse von Kenntnissen, von Staatseinrichtungen besitzt, umwerfen und an dessen Stelle einen andern setzen, der nur durch Rechtlichkeit und — — bekannt <sup>1)</sup> ist und uns eine Generation unbedeutender Prinzen zu Regenten verspricht. Welche Verblendung! Aus dieser und einer frühern ähnlichen Aeusserung des Grafen Schulenburg gegen mich ergab sich, dass der König eine geringe Abfindung abweisen werde.

Endlich erschien die Oesterreichische Erklärung den 10. Dezember <sup>2)</sup> und ward den 11. übergeben. Sie wollte Preussen im westlichen Deutschland abfinden und ihm von Sachsen nur 400 000 Seelen auf der Niederlausitz und Thüringen anweisen; wegen Polen forderte es Krakau. Metternich nahm also eine Negotiationsbasis an, die der vom 22. Oktober ganz entgegengesetzt war. Er verhüllte sie in eine Menge Phrasen von Dankbarkeit für Preussens Anstrengungen, der Nothwendigkeit einer Einigkeit zwischen Preussen und Oesterreich u. s. w., so dass der vollkommenste Kontrast zwischen den Freundschaftsversicherungen und dem verwerfenden Antrag den Schein einer Mystifikation gab. Fürst Hardenberg legte die Korrespondenz seit dem 4. Oktober dem Fürsten Czartoryski und mir vor und übergab sie dem Kaiser Alexander. In dieser Korrespondenz war besonders merkwürdig ein Billet vom 7. November <sup>3)</sup>, worin die bestimmte Versicherung enthalten war der Einwilligung des Kaisers <sup>4)</sup> in die Uebergabe von Sachsen. Der Kaiser Alexander liess dem Staatskanzler durch Fürst Czartoryski schreiben <sup>5)</sup>, er möge sich nun über das Interesse Preussens bestimmen, und er werde ihn

entschieden und Schulenburg in Wien als „Privatmann“ im Interesse seines Königs tätig war. Von 1828—1830 sächsischer Konferenzminister, hatte er einen starken Einfluss auf die reaktionäre Politik seines Schwagers Einsiedel (s. Bd. IV. S. 305, Anm. 8) und ging mit diesem in den politischen Wirren des Jahres 1830 ab. Den Rest seines Lebens widmete er familiengeschichtlichen Arbeiten. Gest. 1853.

<sup>1)</sup> Unklarheit in der Vorlage.

<sup>2)</sup> Cedr. Angeberg a. a. O. I. S. 505 ff.

<sup>3)</sup> Liegt nicht vor. Vgl. S. 198.

<sup>4)</sup> Von Oesterreich.

<sup>5)</sup> Dieses Schreiben liegt nicht vor.

mit allen Kräften und allen seinen Truppen unterstützen. Dasselbe trug er mir den 12. Dezember Abends auf. Er sagte, er habe dem Kaiser Franz die Papiere vorgelegt, der habe dem Fürst Metternich die bittersten Vorwürfe gemacht, aus dieser Korrespondenz gehe die Absicht Metternichs hervor, Russland und Preussen zu trennen; es sei nöthig, die Sache zu beschleunigen und nun ein Ultimatum zu geben; er werde es mit allen Kräften unterstützen; man müsse diese Sache unter den drei Mächten endigen ohne Beimischung Frankreichs und Englands, dann die Deutsche, dann die Englische Angelegenheit. Ich antwortete ihm mit Betrachtungen über das Verderbliche und Verwerfliche der Oesterreichischen Vorschläge, über die Nothwendigkeit, den Entschluss und die Bereitschaft zu zeigen, ernsthafte Maasregeln zu ergreifen und hierzu Vorbereitungen zu machen durch Reiseanstalten, Truppenbewegungen, [über] die Nothwendigkeit, diese ganze Angelegenheit aus den Händen Nesselrodes zu bringen, der Metternich blindlings ergeben sei, und sie Czartoryski oder Rasumowsky anzuvertrauen und ihnen Capodistria beizuordnen, dem das Verhältnis gleichgültig sei. Er frug mich nach Gentz; ich sagte ihm, er sei ein Mensch von vertrocknetem Gehirn und verfaultem Herzen; ferner nach Starhemberg<sup>1)</sup>, den ich nur höchst oberflächlich kannte. Ich endigte mit dem Antrag auf eine Konferenz mit Hardenberg auf heute, den 13.

Fürst Metternich ward nun über den Gang der Dinge sehr verlegen. Er schickte noch denselben Abend Herrn von Wessenberg an den Staatskanzler, um sich mit Herrn Staatsrath Hoffmann<sup>2)</sup> wegen der statistischen Tabelle, so eine Anlage zu seinem Schreiben vom 10. Dezember war, zu besprechen, der ihm einen Irrtum von 1 200 000 Seelen, die er Preussen zu wenig angerechnet hatte, nachwies. Zugleich kam er selbst den 13. früh zum Staatskanzler, um ihm zu beweisen, dass das

<sup>1)</sup> Ludwig Fürst von Starhemberg (1762—1833), österreichischer Diplomat, der wie Metternich die Anfänge diplomatischer Bildung und Schulung schon im Elternhause (sein Vater war der kaiserlich österreichische Gesandte in Paris und spätere bevollmächtigte Minister in Brüssel Georg Adam Fürst von Starhemberg) erhalten hatte. Nachdem er kurze Zeit ausserordentlicher Gesandter im Haag gewesen war, kam Starhemberg 1794 nach London, wo er bis 1807 an der Festigung der englisch-österreichischen Beziehungen im gemeinsamen Kampf beider Staaten gegen Frankreich arbeitete. Als Oesterreich im Jahre 1807 nach dem Scheitern seines Versuchs einer Vermittlung zwischen England und Frankreich (s. Fournier, Napoleon, 4. Aufl., S. 229 f.) seine diplomatischen Beziehungen zu England abbrach, wurde Starhemberg abberufen. Er kehrte jedoch im Jahre 1809 auf seinen Posten zurück, als Oesterreich wiederum auf die Seite Englands im Kampfe gegen Napoleon trat. Napoleon, der vergebens versucht hatte, Starhembergs auf der Reise habhaft zu werden, liess seine Güter im Feldzug von 1809 ganz besonders brandschatzen. Der neue Kurs der österreichischen Politik nach dem Pressburger Frieden führte wiederum zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit England und zur Abberufung Starhembergs, der als erklärter Gegner Frankreichs zunächst keine diplomatische Verwendung mehr fand. 1815 wurde er Gesandter in Turin und blieb dort bis 1820. Dann schied er aus dem Staatsdienst aus.

<sup>2)</sup> S. Bd. III. S. 54, Anm. 4.

Schreiben nicht offiziell, sondern konfidentiell gewesen, dass man ja noch mehr von Sachsen und Polen habe fordern können.

In dieser Konferenz <sup>1)</sup> waren Czartoryski, Capodistria, Humboldt und ich gegenwärtig. Der erstere erklärte, der Kaiser wolle noch den Tarnopoler Kreis von 400 000 Seelen an Oesterreich überlassen, bestehe aber auf den bisherigen Bedingungen wegen Krakau und Thorn. Man beschloss daher, dass Preussen und Russland Erklärungen an Oesterreich abgeben und ersteres England auffordern solle, ihm beizustehen, um seine traktatenmässigen Besitzungen zu erhalten und den 14. Dezember ferner zusammenzukommen,

Fürst Hardenberg gab die Korrespondenz, so mit Metternich war geführt worden, mit der Oesterreichischen Note vom 10. Dezember an den Kaiser ab. Das Merkwürdigste war die Oesterreichische Note vom 22. Oktober, ein Schreiben Metternichs an Castlereagh <sup>2)</sup>, ein Billet desselben vom 7. November <sup>3)</sup>, worin er leugnete, dem Kaiser angetragen zu haben, auf Polen nachzugeben, wenn er der Sächsischen Sache seine Unterstützung versage. Metternich ging den 14. D e z e m b e r zum Kaiser, um sich zu rechtfertigen, und stellte ihm ein Memoire des Staatskanzlers vom . . . November <sup>4)</sup> zu, worin ihm dieser ausführlich die Nothwendigkeit bewies, gegen Russland keine feindseligen Maasregeln jetzt zu nehmen, und ihm die Ursachen entwickelte, warum es rathsamer sei, gegenwärtig nachzugeben und für die Zukunft lieber sich vorzubereiten und in Stand zu setzen, den Unternehmungen Russlands gegen Europa zu widerstehn. Er übergab dieses mit der Bemerkung, wie er noch mehrere Schreiben des Staatskanzlers habe, von denen er keinen Gebrauch machen dürfe, da es die Geheimnisse eines Dritten seien.

Kaiser Alexander legte sämtliche Papiere dem Kaiser Franz vor (14. D e z e m b e r), erklärte, er wolle mit einem so unzuverlässigen Mann wie Metternich nicht mehr unterhandeln. Der Kaiser Franz soll erklärt haben, dass verschiedene dieser Papiere, namentlich das Schreiben an Lord Castlereagh, ihm ganz unbekannt seien. Er drang auf eine Unterredung mit der Grossfürstin Katharina, die sie nur nach dem Befehl ihres Bruders annahm. Hier missbilligte er das Benehmen Metternichs, behauptete, das Schreiben an Castlereagh sei ihm ganz unbekannt, die Grossfürstin erklärte ihm Namens des Kaisers, er wolle nicht mehr mit Metternich unterhandeln.

Der Kaiser hatte noch mehrere Unterredungen mit dem Palatin <sup>5)</sup>. Er wollte nunmehr die Unterhandlungen mit Oesterreich unmittelbar

<sup>1)</sup> Knüpft unmittelbar an den vorletzten Absatz an, der dazwischenliegende Abschnitt wird von Stein wohl nachträglich eingefügt worden sein.

<sup>2)</sup> Nicht ermittelt.

<sup>3)</sup> S. oben S. 196, Anm. 3.

<sup>4)</sup> Lücke in der Vorlage. Gemeint ist die Denkschrift vom 7. November 1814, vgl. oben S. 188.

<sup>5)</sup> Erzherzog Joseph Anton Johann (1776—1847), seit 1795 Reichsstatthalter von Ungarn,

mit dem Kaiser Franz führen und beschloss in einer Konferenz (15. Dezember) mit Czartoryski, Capodistria und mir, dass Preussen ein Memoire an Oesterreich durch ihn übergeben lassen sollte, worin es seine Bedingungen wegen Sachsen erkläre; dieses Memoire wolle er an sich nehmen und mit dem Kaiser Franz unmittelbar unterhandeln. Man solle zugleich ein Projekt zu einem Präliminarvertrag entwerfen, welchen die beiden Monarchen unterzeichnen würden; käme es zu formellen Unterhandlungen, so würden alsdann den ostensiblen Auftrag Rasumowsky oder Stackelberg erhalten. Ich rieth zu ersterem. Diese Konferenz ward den Abend um  $\frac{1}{2}$  7 Uhr. Um 3 Uhr war eine vorbereitende von Capodistria, Czartoryski und mir bei Hardenberg. Hier las dieser einen Entwurf einer Note vor, die Russland gegeben werden sollte<sup>1)</sup>, worin man eine Alternative vorschlug einer Ansiedlung des Königs von Sachsen auf dem linken Rheinufer oder in der Oberlausitz. In der um 7 Uhr gehaltenen Konferenz des Kaisers mit dem Staatskanzler ward verabredet, dass man auf der Unzertrennbarkeit von Sachsen bestehe und dem König von Sachsen ein 6—700 000 Seelen grosses Land auf dem linken Rheinufer anweisen wolle. Hiernach ward also das Memoire, so dem Kaiser zugestellt werden sollte, abgeändert und in einer Konferenz (16. Dezember) zwischen Hardenberg, Czartoryski, Capodistria und mir verabredet.

Czartoryski schickte den 17. Dezember an Capodistria den Entwurf des Präliminartraktats des Inhalts, dass das Herzogthum Warschau und sämtliche Russisch-Polnischen Provinzen in ein mit Russland unirtes Reich verwandelt werden sollten. Capodistria verwarf diese Artikel und bekämpfte von neuem diese Idee der Trennung des Russischen Reiches in zwei Theile, einen despotischen und einen konstitutionellen. Unterdessen suchten die Franzosen und Bayern die Gemüther zu erbittern. Wrede forderte den König von Württemberg auf zur Allianz gegen Russland und Preussen. Die Köpfe der Wiener wurden immer erhitzter und ausgesprochener zum Krieg.

Der Kaiser Franz liess Kaiser Alexander vorschlagen, er möge einen Negociateur ernennen zum Unterhandeln über die Frage. Man war unschlüssig, ob man Rasumowsky oder Stackelberg wählen solle. Kaiser Alexander schien zwischen dem Wunsch zum Frieden und dem Gefühl, so er für Pflicht gegen seine Verbündeten und Ehre hatte, zu schwanken. Seine Lage war um so peinlicher, da er die Unterhandlung mit Oesterreich zu führen, selbst übernommen hatte.

---

der auf dem ungarischen Reichstag von 1796 zum Palatin von Ungarn ausgerufen worden war, ein Amt, das er 51 Jahre lang bis kurz vor seinem Tode verwaltete. Er war in erster Ehe vermählt mit Alexanders Schwester Alexandrina Pawlowna (gest. 1801).

<sup>1)</sup> Dat. vom 16. Dezember, übergeben am 20. Dezember. Gedr. bei Angeberg, a. a. O. I. S. 531 ff.

Die Kaiserin<sup>1)</sup> sprach mit mir den 19. Dezember über die allgemeine Lage der öffentlichen Angelegenheiten. Sie vertheidigte sich gegen den Vorwurf, Preussen abgeneigt zu sein und durch die Königin von Bayern verleitet zu werden, unvortheilhaft in der Sächsischen Sache zu urtheilen. Ich stellte ihr diese in ihrer wahren Lage dar, und sie versicherte mich, sie nehme meine Ansicht darüber an.

Der Kronprinz<sup>2)</sup> erzählte mir den 20. Dezember, der Kaiser, durch religiöse Gefühle bestimmt, habe die Absicht, sich mit seiner Gemahlin gänzlich zu versöhnen.

In einer Konferenz den 19. Dezember mit dem Staatskanzler, Czartoryski und mir<sup>3)</sup> las der erstere eine rechtliche Ausführung über die Sächsische Angelegenheit vor; er äusserte sich zugleich äusserst empfindlich über die Treulosigkeit Metternichs und dass man sich nun gänzlich müsse in die Hände von Russland werfen und eine Gelegenheit zum Krieg abwarten.

Diese ganze Sächsische Angelegenheit war sehr verschoben. Sie war nunmehr mit der Polnischen Frage verbunden, und da Oesterreich, von England unterstützt, Krakau und Zamosc nicht erhielt, so suchte es, von seinen Grenzen gegen Sachsen Preussen zu entfernen, ohne zu erwägen, dass Krakau und Zamosc keine Punkte waren von so entschiedner, überwiegender Wichtigkeit, dass ferner das verminderte und geschwächte Sachsen nicht weniger von Preussen abhängig sein werde, als es das ehemalige Kurfürstenthum war, dass ferner es durch seine Wortbrüchigkeit gegen Preussen in diesem ein tiefes Gefühl des Unwillens zurücklassen werde, dessen Folge sein werde eine enge Verbindung mit Russland, ein Misstrauen gegen Oesterreich. Hätte man eine Polnische Grenze hinter der Weichsel und den Morästen des Narew erreichen können, so wäre dieses ein wichtiger Zweck. Die Grenze an der oberen Warthe hat aber wegen der Unbedeutendheit des Flusses gar keinen militärischen Werth, und ihre Abänderung gegen eine Grenze an der Prosna ist ganz unbedeutend, und dennoch diente dieses und dass man nicht Krakau erhalte, zum Vorwande der Zurücknahme der den 24. Oktober geschehenen Aeusserungen<sup>4)</sup>.

Lord Castlereagh unterstützte das Betragen des Oesterreichischen Kabinetts. In einer mit dem Staatskanzler, Czartoryski, Humboldt und mir gehaltenen Zusammenkunft, den 20. D e z e m b e r , legte ihm der Staatskanzler das Memoire und die Berechnungen vor, so er den . . .<sup>5)</sup> dem Kaiser zugestellt hatte als Widerlegung der Note vom 10. Dezember.

<sup>1)</sup> Von Russland.

<sup>2)</sup> Von Württemberg.

<sup>3)</sup> Vgl. dazu Hardenbergs Tagebuch (Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92, Hardenberg): „19 [décembre]. Conférence avec Castlereagh; puis Stein, Czartoryski et Humboldt. — 20. [décembre]. Stein, Capodistria, Czartoryski.“

<sup>4)</sup> Gemeint ist wohl die Note vom 22. Oktober, s. oben S. 182, Anm. 1.

<sup>5)</sup> Lücke in der Vorlage. Gemeint ist die Note vom 16. Dezember, s. oben S. 199.

Er las es, suchte nachher in einer langen Rede zu beweisen, dass es bei dieser Angelegenheit weniger ankomme auf den Grundsatz als auf die Nothwendigkeit, der allgemeinen Stimmung der Kabinette und in Europa nachzugeben, die gegen die Vereinigung Sachsens mit Preussen sei. Sein Thema war, es sei besser, mit dem Strom als gegen den Strom zu schwimmen, und dieses war freilich immer der bisher von ihm gewählte und seiner eigenen Mittelmässigkeit angemessene Gang.

Der Kaiser ernannte den Grafen Rasumowsky und Capodistria zur Unterhandlung über die entworfenen Präliminarartikel <sup>1)</sup>, die zur Basis der Unterhandlungen dienen sollten. Auf Verlangen der Engländer <sup>2)</sup> ward eine Kommission niedergesetzt zur Untersuchung der statistischen Tabellen und Uebersichten, die man den verschiedenen Denkschriften beigefügt hatte. In den Präliminarartikeln war enthalten die Ueberlassung der halben Wieliczkaer Salzbergwerke und Tarnopols an Oesterreich, die Verwandlung von Krakau und Thorn in freie Städte, die Abgrenzung mit Preussen, die Verbindung des Herzogthums Warschau mit Russland als einen unirten, konstitutionellen Staat, die Vereinigung Sachsens mit Preussen. Deutschland sollte ein föderativer Staat sein, der stark und innig verbunden, Rechte und Verfassungen der einzelnen Staaten und Bürgerklassen schütze; Mainz wird zur Befestigung erklärt. Diese Artikel sollten nun zum Anhalt bei den Unterhandlungen dienen. Es schien übrigens nicht, als seien die Oesterreicher zum Kriege bereit; sie hatten die Preussische Note vom 21. Dezember <sup>3)</sup> durch den Kaiser Alexander erhalten, der sie dem Kaiser Franz zugestellt hatte. Dieser sprach fortwährend mit vielem Ernst gegen die Verbindung von Sachsen mit Preussen.

Alle diese Verhandlungen geschahen ohne Zuziehung von Nesselrode, der es nun tief fühlte, allen Einfluss verloren zu haben. Er hatte ihn verloren wegen seiner Unfähigkeit und seiner blinden Ergebung gegen Metternich, wodurch er oft im Fall war, gegen die Absichten des Kaisers Alexander zu handeln oder sie nur mit Lauigkeit zu unterstützen. Dieses geschah besonders, als er die Friedensideen Metternichs in Frankreich sich aneignete, in den Schweizer Angelegenheiten ganz im Sinne Metternichs handelte, die Sächsische Sache missbilligte und zuletzt in der Polnischen Sache geradezu widersprach. Der Kaiser ward daher in Freiburg misstrauisch gegen ihn. Diese Stimmung vermehrte sich in Chaumont und Troyes und entschied sich hier gänzlich, als die Abneigung des Kaisers gegen Metternich sich auf das lebhafteste aussprach. Nesselrodes Mittelmässigkeit, Unwissenheit und Engherzigkeit in Ansichten und Gefühlen, seine Muthlosigkeit in schwierigen Lagen liessen es nie zu, lange sich auf

<sup>1)</sup> Gedr. Angeberg a. a. O. II. S. 1869 (Annexe 7) ff.

<sup>2)</sup> Vorgetragen am 22. Dezember, s. Angeberg a. a. O. I. S. 561 f.

<sup>3)</sup> Gemeint ist die Note vom 16. Dezember, s. oben S. 199, Anm. 1.

einer gewissen Höhe zu erhalten. Er musste fallen, so bald er etwas anders zu sein versuchte, als ein Werkzeug seines Herren, sobald er sich eine Art von Selbständigkeit anmaaste; er musste fallen, da er selbst diese nicht aus sich selbst schöpfte, sondern durch den Einfluss eines dem Kaiser verhassten fremden Ministers gelenkt wurde.

Metternichs Frivolität zeigte sich ohnerachtet der Krisis der grossen Angelegenheiten unvermindert. Er beschäftigte sich mit Anordnung der Hof-Fêten, Tableaux u. s. w. bis ins kleinste Detail, sah dem Tanz seiner Tochter <sup>1)</sup> zu, während Castlereagh und Humboldt zu einer Konferenz auf ihn warteten, legte den Damen, die bei den Tableaux erscheinen mussten, Roth auf. Metternich hat Verstand, Gewandtheit, Liebenswürdigkeit; es fehlt ihm an Tiefe, an Kenntnissen, an Arbeitsamkeit, an Wahrhaftigkeit. Er liebt Verwicklungen, weil sie ihn beschäftigen und es ihm an Kraft, Tiefe und Ernst fehlt zur Geschäftsbehandlung im grossen und einfachen Stil. Er bringt auch oft durch seinen Leichtsinn, seine Geschäftsabneigung, seine Unwahrheit welche hervor, ohne es zu wollen. Er ist kalt und daher abgeneigt, die edleren Gefühle im Menschen anzusprechen. Daher kam es, dass dem Oesterreichischen Heer alle Begeisterung fehlte, die allein zur Selbstaufopferung und zur Ausdauer im Unglück führt. Seine Fehler verhindern, dass er nicht den grossen Einfluss, die feste Stellung gegen seinen Herrn und gegen das Publikum erlangt hat und behauptet, den er brauchen würde, um die Schwäche, das Vorurtheil des Ersteren unschädlich zu machen, die mannigfaltigen, geheimen Einwirkungen zu vernichten und um das Letztere kräftig zu beherrschen. Er muss mit dem Einen und dem Andern unterhandeln und Mittelwege einschlagen, die äusserst verderblich sind.

Fürst Metternich theilte seine Note vom 10. Dezember offiziell an Talleyrand mit <sup>2)</sup>, der die Befehle seines Königs einholte und sie erhielt, die Sächsische Sache zu unterstützen. Er erklärte also in einer Note vom 19. Dezember <sup>3)</sup>, Frankreich habe keine Forderungen bei dem Kongress aufzustellen gehabt, es sei ihm nichts zu wünschen übrig geblieben, als dass die Morgenröthe der Wiederherstellung sich über ganz Europa verbreite, dass jedes begründete Recht anerkannt werde und jedes Unrecht seine Verdammnis erhalte, damit auf diese Art die Revolution ein vollkommenes Ende erreiche. Dieses allein könne der Gegenstand der Arbeiten des Kongresses sein, und solle hier ein dauerhaftes und wahres Gleichgewicht hergestellt werden, so dürfen diesem nicht Rechte aufgeopfert werden, die es ihnen obliege zu verbürgen. Er solle nicht alle Völker zusammenwerfen in ein Ganzes und dieses nicht willkürlich ver-

<sup>1)</sup> Prinzessin Marie Metternich, verh. Gräfin Esterhazy, s. H. Ritter v. Srbik, Metternich I. S. 241 f.

<sup>2)</sup> S. oben S. 109, Anm. 1.

<sup>3)</sup> Gedr. Angeberg a. a. O. I. S. 540 ff.

theilen; der Gegenstand der Vertheilung seien nur die noch herrenlosen Länder, und die Kraft des Staates sei nicht bloss eine physische, sondern auch eine moralische Stärke. Der König habe daher seinem Botschafter befohlen, nur auf Recht zu halten und an keinem Unrechte Theil zu nehmen; unter allen Fragen, die beim Kongresse verhandelt würden, sei die wichtigste die Polnische. Der König habe die Wiederherstellung und Unabhängigkeit dieses alten, tapferen und Europa so nützlichen Volkes gewünscht. Da aber der Drang der Umstände die Erfüllung dieses Umstandes unmöglich gemacht, da man nur bei Theilungsideen habe stehen bleiben müssen, so habe Frankreich sich auch dabei beruhigen müssen. Um so wichtiger sei nun aber die Frage wegen Sachsen geworden, weil hier die Grundsätze des Rechtes und des Gleichgewichtes am stärksten beleidigt seien. Man könne es nicht annehmen, dass die Könige gerichtet und zwar von demjenigen gerichtet werden können, der ihr Land besitzen will und kann, dass im öffentlichen Urtheil die Familie wie ein Volk begriffen werden könne, dass eine Konfiskation im 19. Jahrhundert von ganz Europa bestätigt werden solle, dass die Völker kein Recht haben sollen und willkürlich vertheilt werden dürfen, dass die Souverainität nur durch Eroberung erlangt wird, dass unter den Europäischen Nationen nur das Naturrecht, nicht ein usuelles Staatsrecht subsistire: Lehren, die überall verabscheut würden. Das Gleichgewicht werde in Europa durch die Vereinigung Sachsens zerrüttet: 1) indem gegen Böhmen eine grosse Angriffsmasse gebildet werde, welche die Sicherheit Oesterreichs in Gefahr bringe; 2) indem es in Deutschland einem seiner Staaten eine übermässige, den übrigen verderbliche Kraft gebe. Frankreich liebe Preussen wahrhaftig und wünsche seine Wiederherstellung wie es anno 1805 gewesen, sei auch bereit darauf zu bestehen, dass Sachsen das an Preussen überlasse, was zur Erlangung eines solchen Zustandes nöthig sei.

Die Prüfung und Beurtheilung dieser Note enthält mein Aufsatz <sup>1)</sup>. Indem Fürst Metternich auf einer Seite sich mit Frankreich zu verstärken trachtete, so suchte er, auf der andern Seite Preussen zu isoliren und die Unterhandlungen mit Rasumowsky von der mit Hardenberg zu trennen. Dieses gelang ihm nicht. Die Unterhandlung wurde sowohl in Ansehung der Gegenstände als der Gemeinschaft und Gleichzeitigkeit der Konferenzen innigst verbunden, und den 29. D e z e m b e r die Konferenz zwischen Rasumowsky, Capodistria, Hardenberg, Humboldt und Metternich, Castlereagh, Wessenberg begonnen. Hardenberg hatte den Zusatz von Castlereagh vorgeschlagen, um zu verhindern, dass er nicht einseitig von Metternich influenzirt werde und aus Vertrauen zu seiner Liebe zum Frieden. Er hatte Castlereagh sein Memoire vom 28. De-

---

<sup>1)</sup> Vom 27. Dezember, s. oben S. 109 f.

zember<sup>1)</sup> vorgelesen, der seine Zufriedenheit mit der Stellung der Frage, mit der Entwicklung der Gründe äusserte und antrug, man möchte Talleyrand mit zuziehen. Man beschloss aber in einer vorläufigen Zusammenkunft am 29. Dezember, dieses in Beziehung auf den geheimen Artikel des Pariser Friedens abzulehnen, nach dessen Inhalt die Alliirten sich vorbehielten, über die von Frankreich entrissenen Länder allein zu disponiren. In diesem Artikel hatte man über die Besitzungen, so Oesterreich in Sardinien und Italien und der Prinz von Oranien in Belgien und an der Maas erhalten sollten, [*disponirt*]; das Russische und Preussische Interesse war aber ganz übergangen, die Frage von Sachsen und Polen unberührt und sie auf diese Art so gestellt, dass es ganz von Oesterreich und England abhing, ihre Einwilligung zu ertheilen oder zu verweigern und im letzten Falle Preussen und Russland zum Kriege zu nöthigen. Das gutmüthige Vertrauen des Staatskanzlers in Castlereagh und Metternich, die Flachheit Nesselrodes und seine Ergebenheit in den Willen Metternichs brachten die Sache in eine solche Lage, die durch das politische Wiederaufleben Frankreichs noch mehr verschlimmert wurde und die, sie mag sich entwickeln, wie sie will, zwischen Preussen und Oesterreich die alte Abneigung wieder herstellt und der Ruhe und Sicherheit Deutschlands äusserst nachtheilig ist. Man behauptet zwar, der Kaiser habe die Polnische Angelegenheit in Paris nicht verhandeln wollen. Er hätte aber immer die Sächsische vornehmen können, und dann war es leicht, ihm zu beweisen, dass die Umstände günstiger für ihn im Mai waren, als sie es später sein konnten, weil hier der Eindruck, den die Ereignisse gelassen, noch lebhaft, alle gemeinen Absichten noch nicht wieder aufgelebt, die Italienischen und Belgischen Sachen noch nicht abgeschlossen waren und als ein Mittel der Unterhandlung gebraucht werden konnten; endlich war er gerüstet, hatte eine starke Reserve Armee auf der Weichsel, und Frankreich war noch in einem Zustand von Ohnmacht und Betäubung.

Die Konferenz vom 29. Dezember lief mit vorbereitenden Unterhandlungen ab<sup>2)</sup>. Graf Rasumowsky eröffnete sie. Fürst Metternich fing einen Vortrag an über die verschiedenen Naturen der abzuhandelnden Fragen, erklärte die Sächsische für eine Europäische, die mit Zustimmung aller grossen Mächte und der des Königs von Sachsen entschieden werden müsse. Fürst Hardenberg forderte ihn auf, bestimmt zu sagen, ob er Befehl von seinem Kaiser habe, die Einwilligung des Königs als wesentlich voranzusetzen; in diesem Fall müsse er jede Unterhandlung für heute abbrechen und zuerst die Befehle seines Herrn abfordern. Fürst Metternich berief sich auf die Zustimmung der Engländer zu dieser Meinung. Lord Castlereagh erklärte aber bestimmt, er werde alle vernünftigen und

<sup>1)</sup> Gemeint ist die Denkschrift vom 29. Dezember. Gedr. Angeberg a. a. O. II. S. 1863.

<sup>2)</sup> S. Angeberg, a. a. O. II. S. 1859.

gemässigten Vorschläge Preussens unterstützen, wenn sie ihm als solche erschienen, qu'il ne consentirait jamais à laisser le Roi de Saxe maître de la question. Man legte alsdann die Frage Fürst Metternich vor, ob er glaube, dass Preussen das Recht habe, die Wiederherstellung des Zustandes anno 1806 zu fordern, die er bejahte. Die andere, ob der von Preussen vorgelegte Plan, diesen Zweck zu erreichen, [*seinen Beifall habe,*] verneinte er, und die Anforderung, einen neuen zu entwerfen, lehnte er ab, lud die Russischen Minister dazu ein; die erklärten, nur verpflichtet zu sein, Preussens billige Forderungen zu unterstützen. Metternich frug hierauf, ob eine besondere Allianz zwischen Russland und Preussen subsistire, welches der Wahrheit gemäss verneint und geäußert wurde, wie keine andere vorhanden sei als die allgemeine, welche die Allirten vereinige. Castlereagh und Metternich schlugen vor, die Franzosen zur Theilnahme an der Unterhandlung zu laden, dem die beiden [*andern*] Gesandten auf Grund des article secret des Pariser Friedens widersprachen. Metternich begehrte die Versetzung des Königs von Sachsen an einen dritten Ort, welches man ablehnte.

Der Kaiser wies Alopaeus an, unter der Hand in Berlin mit dem König <sup>1)</sup> zu unterhandeln, die Annahme jedes Fragments von Sachsen abzulehnen und womöglich ihn dahin zu bringen, in eine Versetzung auf das linke Rheinufer zu willigen. Man bemerkte ihm, wie der König von zwei Parteien umgeben sei, der Sächsischen, die das Wohl ihres Vaterlandes wünsche und jedem Zerreißen entgegen sei, und der Hofpartei, die den König für jeden Preis zurück nach Sachsen wolle.

Kaiser Franz sprach laut von Krieg, sagte den ritterschaftlichen Deputirten Zobel <sup>2)</sup> — — <sup>3)</sup>, Degenfeld <sup>4)</sup>: „Der König von Sachsen muss sein Land wiederhaben, sonst schiesse ich, und auf die Völker von Deutschland kann ich zählen.“ Zobel antwortete: „Ja wenn Ihre Majestät sich selbst an die Spitze setzen.“ „Jetzt,“ erwiderte der Kaiser, „kann ich über Deutschland nichts sagen.“

Herr von Talleyrand lud Fürst Czartoryski zu einer Unterredung ein, den 29. Dezember. Er beschwerte sich, dass die Konferenzen mit Zuziehung Castlereaghs und seiner Uebergang gehalten würden; man habe diesen förmlich dazu eingeladen, er habe ihm das Einladungsschreiben gezeigt und seine Verwunderung geäußert, dass man die Französische Gesandtschaft übergangen habe; auch Fürst Metternich habe diese Meinung geäußert; solle man etwas gegen seine Person haben,

<sup>1)</sup> Von Sachsen.

<sup>2)</sup> Friedrich Freiherr von Zobel zu Giebelstatt, Vertreter der ehemaligen reichsunmittelbaren Ritterschaft des fränkischen Kreises.

<sup>3)</sup> Lücke in der Vorlage.

<sup>4)</sup> Friedrich Christoph Graf von Degenfeld (1769—1848), österreichischer Generalmajor, Vertreter der ehemaligen reichsunmittelbaren Reichsritterschaft am Rheinstrom und in der Wetterau.

so sei er bereit, sich zu entfernen. Czartoryski antwortete ihm, der geheime Artikel des Pariser Friedens bestimme, dass die Alliierten sich über die Vertheilung der Eroberungen einigten, um diese alsdann Frankreich vorzuschlagen. Er antwortete, dieses betreffe nur die im Artikel selbst verzeichneten Eroberungen, keine andern Gegenstände, und die Alliance sei durch die Erreichung des Zweckes des Krieges aufgelöst. — Dieser Satz ist falsch. Die Alliance gegen Frankreich ist durch den Frieden mit Frankreich allerdings aufgelöst; die Alliancetraktaten enthalten aber ausser der gemeinschaftlichen Kriegsführung noch andere Bestimmungen und Verabredungen zwischen den Verbündeten, namentlich die Wiederherstellung Preussens auf dem Fuss von 1806, über deren Erfüllung unter ihnen allerdings noch Verhandlungen statthaben müssen und können. Diese Antwort kann man Herrn von Talleyrand geben.

In der Zwischenkonferenz den 30. December <sup>1)</sup> wurde der Entwurf der Präliminarartikel übergeben und darüber im Allgemeinen gesprochen; der Antrag, Talleyrand bei den Konferenzen zuzuziehen, von Neuem von Metternich und Castlereagh als eine Maasregel, wozu die Klugheit rathe, wiederholt. Sie behaupten, er sei nach dem geheimen Artikel gleichfalls verpflichtet, zur Wiederherstellung von Preussen beizutragen.

Denselben Tag äusserte Kaiser Franz gegen Kaiser Alexander, er glaube, die drei Alliierten müssten sich zuerst über den Plan der Wiederherstellung vereinigen und dann Talleyrand zulassen.

Den 31. December war abermals eine Konferenz zwischen dem Staatskanzler, Humboldt, Czartoryski, Capodistria und mir, worin man übereinkam, man wolle den 2. Januar in der nächsten Hauptkonferenz erklären, wie man bereit sei, Talleyrand zuzulassen, wenn man sich unter den vier Alliierten näher vereinigt habe über den Wiederherstellungsplan.

Die Oesterreicher zogen unterdessen in Böhmen eine Armee zusammen; sie sollte von Wrede befehligt werden, der mit seinen Bayern dazustossen würde. Eine Armee soll sich bei Tetschen aufstellen und eine Armee von Franzosen soll vom Rhein her an die Elbe vorgehen.

Es sollte also Deutschland von Neuem einem bürgerlichen und Französischen Krieg preisgegeben werden wegen des Interesses eines Anhängers von Napoleon und über die Frage, ob es besser sei, ihn auf das linke Rheinufer zu versetzen oder Sachsen zu zerreißen und ihm dort ein Fragment anzuweisen. Welche Verblendung!

Man vernahm, dass in Warschau die Gemüther sehr gespannt wären über den ungewissen Zustand der Dinge und das Stillschweigen des Kaisers

<sup>1)</sup> Protokoll bei Angeberg a. a. O. II. S. 1869.

über seine Absichten auf Polen. Die Französische Partei regte sich. Sie wollte den Kaiser zwingen, die Polen wieder zu vereinigen und als ein selbständiges mit Russland vereinigttes Reich zu erklären. Czartoryski war hierüber sehr beunruhigt.

Den 1. Januar 1815. Heute kam die Nachricht an, dass der Friede zwischen Amerika und England am 24. Dezember in Gent abgeschlossen worden sei <sup>1)</sup>).

4. Januar. Da Castlereagh und Metternich fortfuhren, auf der Zuziehung von Frankreich zu bestehen und das Gegenprojekt bis dahin einzureichen ablehnten, auch der erstere sich sehr günstig in der Sache äusserte für Preussen, dass er die Entscheidung über den von Sachsen an Preussen zu gebenden Antheil nicht dem König von Sachsen überlassen, sondern jenes unterstützen werde, wenn dieser der Billigkeit nicht Gehör gebe, so beschloss man, in die Zulassung Frankreichs einzuwilligen, wenn Castlereagh jene Erklärung förmlich und verbindlich zu Protokoll geben werde, wozu er sich verstand in der Unterredung mit dem Staatskanzler. Unteressen unterhandelten Pozzo und Nesselrode unter der Hand mit Metternich, und Talleyrand suchte, Capodistria zu überreden, dass man Preussen nicht trauen dürfe. Die Nachricht von dem Frieden mit Amerika erregte bei den Bayern und Oesterreichern die Hoffnung, England werde nunmehr ihre Absicht um so kräftiger unterstützen. Als Lord Castlereagh dieses bemerkte, äusserte er, er werde fortfahren, nach denselben Grundsätzen zu verfahren und sich zu bestreben, die traktatenmässige Herstellung Preussens zu bewirken. Lord Castlereagh war am 6. Januar bei dem Kaiser Alexander und sprach in demselben Sinn. Er stellte ihm vor, es sei gefährlich, den König von Sachsen auf das linke Rheinufer zu versetzen und Frankreich einen Bundesgenossen zu geben; er glaube, man müsse Preussen einen bedeutenden Theil von Sachsen einräumen; es würde alles sehr erleichtert werden, wenn der Kaiser geneigt sein würde, mehr von Polen abzulassen. Dieser lehnte es ganz ab, sagte; seine Polnische Sache sei abgemacht, er habe bedeutend nachgegeben, und in der Sächsischen Sache habe er einen ganz einfachen Weg; sage ihm der König von Preussen, er sei befriedigt, so sei er sogleich zum Unterschreiben bereit; sei er es nicht, so werde er ihn auf jede Art unterstützen.

7. Januar. In der Konferenz erklärt Graf Rasumowsky, man sei bereit, in die Zulassung Talleyrands zu willigen, wenn Lord Castlereagh zum Protokoll seine schon oft geäusserte Meinung gäbe, dass man die Entscheidung über die Frage, wie Preussen durch einen Theil von Sachsen befriedigt werden solle, von der Vereinigung der Mächte und nicht von

<sup>1)</sup> Vgl. dazu Bd. III. S. 226, Anm. 3.

der Willkür des Königs von Sachsen abhängig machen wolle <sup>1)</sup>. Metternich hatte Bedenklichkeiten gegen das Abgeben einer solchen Erklärung, mit deren Inhalt er zwar einverstanden sei; aber Lord Castlereagh war bereit, sie in der nächsten Konferenz — 8. Januar <sup>2)</sup> — abzugeben. Graf Rasumowsky dankte Lord Castlereagh mit vieler Wärme für seine ausgezeichnete Bereitwilligkeit, zu Einigkeit und Frieden beizutragen, für die Unparteilichkeit seines Betragens in dieser wichtigen Angelegenheit. Metternich kam hierüber in Verlegenheit und fragte Graf Rasumowsky, ob er nicht auch ihm etwas Angenehmes zu sagen habe. — Die Polnischen Artikel wurden durchgegangen und mehreres über die den Polen zu gebende Verfassung gesprochen und vorbereitet.

Die Bayern wurden nun wegen der Folgen ihres bössartigen Benehmens besorgt. Montgelas tadelte die einseitige leidenschaftliche Heftigkeit des Feldmarschalls Wrede, und die Idee wegen der Pfalz und Mainz ward aufgegeben.

Der Grossherzog von Baden hatte bis zum 6. Januar die Instruktion wegen der Landstände noch nicht nach Karlsruhe abgehen lassen. Seine Faulheit war grenzenlos. Die Absendung erfolgte erst den 10. J a n u a r auf mein wiederholtes Andringen <sup>3)</sup>.

Der Kaiser befahl Pozzo, wieder nach Paris zurückzugehen und äusserte ihm, er wolle die Vermählung der Grossfürstin Anna <sup>4)</sup> mit dem Herzog von Berry <sup>5)</sup> ablehnen, weil die Verschiedenheit der Religion sie hindere. Er hatte wenig Vertrauen auf die Bourbons.

Nesselrode war äusserst niedergedrückt und gebeugt durch seine gedemüthigte Eigenliebe, durch seine Besorgnis, das Gut zu verlieren, wozu ihm Hoffnung gemacht worden von Preussen. Er unterhielt dennoch seine Verbindung mit Metternich. Rasumowsky und Capodistria begegneten ihm einst, dass er die Treppe der Staatskanzlei herunterstiege, als sie heraufgingen: „Hoho, monsieur le comte“, sagte ihm Rasumowsky und fasste ihn bei der Schulter, „vous négotiez comme cela sous cappe, venez, montez avec nous, aidez-nous à combattre“.

Die Gräfin Nesselrode suchte Capodistria auch zu gewinnen; sie sagte

<sup>1)</sup> Vgl. das Konferenzprotokoll bei Angeberg a. a. O. II. S. 1877 f.

<sup>2)</sup> Die nächste Konferenz fand nicht am 8., sondern am 9. Januar statt. Protokoll bei Angeberg a. a. O. II. S. 1879 ff.

<sup>3)</sup> S. oben S. 120, Anm. 4

<sup>4)</sup> Anna Pawlowna (1795—1865) heiratete 1816 den niederländischen Thronfolger, nachmaligen König Wilhelm II.

<sup>5)</sup> Ferdinand Duc de Berry, der Neffe Ludwigs XVIII., Sohn des nachmaligen Königs Karl X., geb. 1778, 1789 ausgewandert, hatte während seines Exils in London ein Fräulein Brown geheiratet, von der er mehrere Kinder hatte und die er nach der Restauration als nicht ebenbürtig verliess. Er erhielt unter Ludwig XVIII. den Posten eines Kavalleriegenerals. 1816 heiratete er die Prinzessin Karoline von Neapel aus der spanischen Linie der Bourbons. Er war einer der Führer der reaktionären Ultras und wurde 1820 von einem politischen Gegner ermordet.

ihm, sie wolle ihn verheiraten. „Madame“, sagte er, „je ne veux point être Russe par un mariage, mais seulement par l'exactitude à remplir mes devoirs envers ce pays. Mais tôt ou tard, je retournerai dans cette île, où se trouvent les tombeaux de mes pères.“

Den 9. [J a n u a r] wurden in der Konferenz <sup>1)</sup> die Artikel wegen Polen durchgegangen. Metternich zeigte viel Bitterkeit. Man einigte sich über die Polnischen Artikel grösstentheils, und Lord Castlereagh gab seine Erklärung in der verabredeten Art ab, der Fürst Metternich beitrug, so dass nunmehr Talleyrand bei der Konferenz am 11. sollte zugezogen werden <sup>2)</sup>. Das statistische Comité hat seine Verhandlungen den 9. geschlossen <sup>3)</sup> und wird ein von allen Mitgliedern unterschriebenes Tableau übergeben. Auch das Schweizer Comité endigte heute sein Geschäft durch Vollziehung des Schlussberichtes und des Projektes der Deklaration. Beide Stücke werden den 12. Januar in Reinschrift vollzogen und übergeben werden <sup>4)</sup>.

Den 12. J a n u a r übergab Preussen die nähere Entwicklung seines Projektes wegen seiner Wiederherstellung und forderte eine Vergrösserung von 600 000 Seelen gegen einen Zustand anno 1805 <sup>5)</sup>. Der König von Württemberg hatte ein Projekt übergeben, worin er den Kaiser aufforderte, seinen Einfluss anzuwenden, um eine Verbindung der Deutschen Fürsten zu Stande zu bringen, die bloss zur äusseren Sicherheit diene. Lord Castlereagh übergab am 14. J a n u a r eine Note an die drei Mächte Oesterreich, Preussen und Russland <sup>6)</sup>, worin er empfahl, jede Regierung möge den Polen, so ihr zu theil würden, Einrichtungen geben, die ihrer Nationalität angemessen wären, um sie mit ihrem Zustande zufrieden zu stellen, und äusserte, dass die drei Mächte einig seien wegen Wiederherstellung eines Königreichs Polen, welches aus dem Herzogthum Warschau und den Russischen Provinzen bestehe. Diese Aeusserung war wenigstens unzeitig.

Die Kommission wegen der Polnischen Angelegenheiten begann den 16. ihre Sitzungen. Die Vorschläge Czartoryskis wegen unbedingter Handelsfreiheit, wegen der gemischten Unterthanen waren unannehm-

<sup>1)</sup> Protokoll bei Angeberg a. a. O. II. S. 1878 ff.

<sup>2)</sup> Die erste Sitzung des Fünfer-Ausschusses fand am 12. Januar statt. Protokoll bei Angeberg a. a. O. II. S. 1883 f.

<sup>3)</sup> Das Comité hatte am 7. Januar zum letzten Male getagt, erhielt aber am 12. Januar einen neuen Auftrag, der es nötigte, seine Verhandlungen wieder aufzunehmen. Vgl. dazu Klüber a. a. O. V. S. 54 ff. und S. 82 ff.

<sup>4)</sup> Vollziehung und Übergabe erfolgten in der Sitzung des Comité's vom 16. Januar. Vgl. Klüber a. a. O. V. S. 258 ff.

<sup>5)</sup> S. Angeberg a. a. O. I. S. 602 ff. und II. S. 1883 ff.

<sup>6)</sup> Datiert vom 12. Januar 1815. Gedr. bei Angeberg a. a. O. I. S. 795 ff.

bar, und das Fehlerhafte zeigte Anstett in der Konferenz am 14. <sup>1)</sup>. Nesselrode schlug selbst dem Kaiser vor (am 13. J a n u a r) die Ernennung des Grafen Rasumowsky zum Reichskanzler.

Der Kaiser ward am 9. Januar von Fürst Metternich durch den Grafen Ignaz Hardegg <sup>2)</sup> zum Balle eingeladen; er antwortete diesem: „Ecoutez, vous êtes soldat, je vais vous parler avec franchise. Metternich m'a donné un désaveu — in dem Billet vom 7. November <sup>3)</sup> — si mes rapports me le permettaient, je saurais ce que j'ai à faire, mais maintenant je ne peux plus le voir.“ Er und seine ganze Familie gingen nicht hin.

Die Unterhandlungen bleiben wegen des Stillschweigens der Oesterreicher lange unterbrochen. Unterdessen gingen die Verhandlungen der Polnischen Kommission fort, die aus den Herren von Barbier <sup>4)</sup> und Hudelist <sup>5)</sup> Oesterreichischerseits, Anstett von Russischer, Stägemann, Jordan <sup>6)</sup> und Zerboni <sup>7)</sup> von Preussischer Seite bestand und die Polnische Angelegenheit zum Gegenstand hatten. Czartoryski behielt den Vortrag beim Kaiser darüber. Die Grossfürstin Katharina bemühte sich fortwährend, den Kaiser zu bestimmen, Rasumowsky zum Minister

<sup>1)</sup> Dieses oder das zuletzt genannte Datum (16. Januar) sind offenbar vom Abschreiber der Vorlage nicht richtig gelesen worden.

<sup>2)</sup> Ignaz Graf von Hardegg auf Glatz (1772—1848), Feldmarschalleutnant, während des Kongresses dem Zaren beigegeben, der ihn besonders hochschätzte. Hardegg hatte sich in allen österreichischen Feldzügen gegen das republikanische und napoleonische Frankreich ausgezeichnet und war noch bei Leipzig schwer verwundet worden.

<sup>3)</sup> S. oben S. 196.

<sup>4)</sup> Adrian Nikolaus Barbier (1758—1846), hervorragender österreichischer Finanzbeamter, Hofrat bei der k. u. k. Hofkammer. Er war 1814 bei der Armeeverwaltung im Feldzug in Frankreich gewesen und wurde auf dem Kongress zur Bearbeitung aller mit den Fragen der Kriegskontribution, sowie der aus dem Friedensschluss und den Gebietsveränderungen herrührenden Finanzfragen herangezogen.

<sup>5)</sup> Joseph von Hudelist (1759—1818), österreichischer Diplomat, seit Ende 1803 Hofrat bei der Geheimen Haus-, Hof- und Staatskanzlei, seit 1813 Staatsrat.

<sup>6)</sup> S. Bd. IV. S. 12, Anm. 3 u. S. 49, Anm. 2.

<sup>7)</sup> Joseph Zerboni di Sposetti (1760—1831), der Sohn eines aus Italien nach Breslau eingewanderten Kaufmanns. Er hatte schon 1796 u. 97 von sich reden gemacht durch seinen Konflikt mit seinem vorgesetzten Minister, dem Grafen Hoym, dem er öffentlich vorwarf, Unterschleife in der südpreussischen Verwaltung, die Zerboni entdeckt zu haben glaubte, die aber in Wirklichkeit nicht vorgekommen waren, nicht mit genügender Sorgfalt und Strenge verfolgt zu haben. Zerboni, der dabei als Vollstrecker der Bestrebungen einer von ihm gegründeten geheimen Gesellschaft zur sittlichen und politisch-wirtschaftlichen Erziehung des Menschengeschlechts handelte, kam für sein disziplinwidriges Verhalten auf die Festung, erschien aber um die Jahrhundertwende weiten Kreisen als ein politischer Märtyrer. Später hat er sich in Südproussen angesiedelt und sich im Jahre 1806 ausgezeichnet durch den mannhaften Widerstand, den er, allen Drohungen zum Trotz, dem Verlangen der Polen entgensetzte, sich ihrem Aufstand gegen die preussische Herrschaft anzuschliessen. Zum Lohn für dieses Verhalten wurde er wieder in der preussischen Verwaltung angestellt, er bearbeitete hauptsächlich die mit der Durchführung der Konvention von Bayonne zusammenhängenden Angelegenheiten. Hardenberg, der ihn persönlich sehr schätzte, nahm ihn als Sachbearbeiter mit auf den Kongress, nach dem Krieg wurde Zerboni Oberpräsident von Posen, 1824 pensioniert.

zu ernennen <sup>1)</sup>. Der Kaiser hatte ihm eine Unterstützung durch Fürst Peter Wolkonsky als Schadensersatz für sein verbranntes Haus anbieten lassen. Der Graf schlug die Summe an, so nöthig sei, ihn aus seiner Verlegenheit zu ziehen, auf 400 000 Rubel Silbergeld; er suchte sie als Anleihe nach, die der Kaiser ihm verwilligte (24. J a n u a r). Noch erfolgte aber nicht die Ernennung zum Minister.

Das Stillschweigen der Oesterreicher war veranlasst, weil sie sich mit den Engländern über die Sächsische Entschädigungsangelegenheit nicht vereinigen können, Torgau und Leipzig an Preussen nicht lassen wollen und einen neuen Antrag machten, dass Russland ihnen von Tarnopol nur 200 000 Seelen überlasse, dagegen 200 000 Seelen an Preussen auf dessen Grenze abgebe. Der Kaiser Alexander lehnte dieses gänzlich ab; er liess dieses durch den Palatin <sup>2)</sup> thun (20.—23. J a n u a r), und der Kaiser erklärte, davon abzugehen. Lord Castlereagh bemühte sich, diesen in Ansehung von Torgau zu billigen Gesinnungen zu bringen, der denn endlich einwilligte, dass es an Preussen übergehe (25. J a n u a r) und nur noch auf Leipzig bestand. Es ward demnach eine Konferenz mit Oesterreich, England, Russland, Frankreich und Preussen auf den 28. J a n u a r festgesetzt, worin das Oesterreichische Gegenprojekt übergeben wird. England ist der Versetzung des Königs von Sachsen auf das linke Rheinufer abgeneigt, weil es dessen Abhängigkeit von Frankreich besorgt.

Russland antwortete den 25. Januar auf den Württembergischen Antrag ablehnend und wiederholte seinen Entschluss, Einheit und gesetzlichen Zustand in Deutschland zu begünstigen.

Herr v. Humboldt hatte (20.—27. J a n u a r) seinen Entwurf einer Bundesverfassung umgearbeitet und dem Staatskanzler übergeben <sup>3)</sup>, der ihn Graf Münster mittheilte, welcher ihn durchzugehen beschäftigt ist.

Endlich übergab Fürst Metternich sein Gegenprojekt (d. 28. J a n u a r) und eine Note, worin er die Mässigung Oesterreichs darstellte, auf eine billige Abrundung eines Ländertheils für den König von Sachsen antrug <sup>4)</sup>. Der Antrag betrug 1 200 000 Seelen und schloss das Land auf dem rechten Saalufer und ein Stück der Oberlausitz längs der Böhmisches Grenze in sich. Die Anhänger des Königs von Sachsen waren über das Zerreißen ihres Landes aufgebracht; sie fühlten nunmehr, wie irrig der Wahn war, den sie hatten, als werde Preussen gezwungen werden, sich nur mit einem kleinen Abschnitt Sachsens zu begnügen, und das Verderben, welches dem übrig bleibenden Theil von Sachsen bevorstehe. Alle vereinigten sich nun wieder zu sagen, dass es besser

<sup>1)</sup> Vgl. jedoch unten S. 215.

<sup>2)</sup> S. oben S. 198, Anm. 5.

<sup>3)</sup> Vgl. oben S. 133, Anm. 1.

<sup>4)</sup> Beides gedr. bei Angeberg a. a. O. I. S. 677 ff.

gewesen wäre, Sachsen nicht zu theilen, Oesterreich habe nur auf seiner militärischen Grenze bestehen sollen u.s.w., und klagten Frankreich und England an, die Sächsische und Oesterreichische Sache verlassen zu haben. Den 29. J a n u a r äusserte sogar General Koller<sup>1)</sup> und der Palatin gegen den Kaiser und die Grossfürstin Maria<sup>2)</sup> diese Meinung.

Lord Wellington kam den 3. F e b r u a r an, und Castlereagh wurde wegen bevorstehender Eröffnung des Parlaments abgerufen, er eilte also, die Unterhandlungen zu Ende zu bringen, verabredete mit dem Staatskanzler die Bestimmung der Grenze zwischen Belgien und Deutschland. Bei dieser Gelegenheit kam auch eine Abgrenzung zwischen Nassau und dem Herzogthum Berg zur Sprache.

Schwarzenberg und durch ihn der Kaiser Franz wurden beunruhigt über den Marsch der Preussen vom Niederrhein nach der Elbe. Es marschirten nämlich 4 Regimenter Infanterie, 12 Kavallerie und 12 Batterien zurück; sie hielten dieses für eine kriegerische Maasregel, worüber sie aber Kaiser Alexander und der König beruhigten. Auch der Kaiser wünschte die Beendigung der Sache, er empfahl also Hardenberg, sich, ehe er sein Gegenprojekt übergeben werde, mit Castlereagh darüber zu vereinigen.

Nesselrode machte abermals den Oesterreichischen Agenten, sprach mit mir (1. Februar) sehr dringlich über die Nothwendigkeit, sich zu vereinigen, nachzugeben, damit denn doch auch die Angelegenheit wegen der Holländischen Schuld<sup>3)</sup> zustande komme. Es hatte nämlich Castle-reagh denen drei Mächten versprochen, drei Millionen Pfund von ihren Schulden an Holland und Niederland zu übernehmen. Die Russisch-Holländische Schuld betrug 80 Millionen Holländische Gulden und die fünfprozentigen Zinsenrückstände seit 1812. Sollte nun auch Russland zwei Drittel von jenen 3 Millionen, 2 pr., erhalten, so war es nur p. p. 20 Millionen, ein sehr unbedeutendes Objekt für Russland<sup>4)</sup>.

Des Kaisers Alexanders Anhänglichkeit an Preussen war etwas geringer, theils weil er überhaupt etwas veränderlich ist, theils weil er glaubte, Preussen werde durch seine Rheinischen Provinzen abhängig von Eng-

<sup>1)</sup> Franz Freiherr von Koller (1767—1826), hervorragender österreichischer Offizier, der sich besonders bei Aspern ausgezeichnet hatte. 1813 wurde er Feldmarschall-Lieutenant, im August 1813 Generaladjutant Schwarzenbergs. Im Frühjahr 1814 begleitete er als österreichischer Kommissar Napoleon auf seiner Fahrt durch Frankreich zur Einschiffung nach Elba, er war es, der unterwegs dem Kaiser seine Uniform lieh, um ihn gegen die Angriffe der Volkswut zu schützen. Er begleitete dann die Monarchen nach London und wurde kurz darauf nach Petersburg gesandt, um dem Zaren die offizielle Einladung nach Wien zu überbringen, er empfing ihn dann auch an der österreichischen Grenze und geleitete ihn nach Wien.

<sup>2)</sup> Maria Pawlowna (1786—1859), seit 1804 die Gattin des Erbprinzen, späteren Grossherzogs Karl Friedrich von Sachsen-Weimar.

<sup>3)</sup> S. oben S. 133.

<sup>4)</sup> Der Satz ist — wahrscheinlich durch den Abschreiber — verdorben.

land und Frankreich und ein wenig sicherer Bundesgenosse für ihn. Auf diesen Umstand machte ihn Capodistria aufmerksam; jene Stimmung äusserte er gegen den Kronprinzen von Württemberg, dem er sagte: „Au fond, je suis quitte des engagements avec la Prusse, puisqu'elle a pris part à la coalition contre moi“ — im Oktober 1814, wie er aus der Korrespondenz, so ihm Hardenberg <sup>1)</sup> mittheilte, ersah — „mais je les remplirai cependant“.

Der Kaiser hatte das Betragen von Bayern höchlichst missbilligt; der König von Bayern liess ein rechtfertigendes Memoire machen, worin er seine gefährliche Lage darstellte.

Der Kaiser stellte mir das Memoire des Grafen Hochberg zu. Ich liess ein Gutachten ausarbeiten, durch Graf Solms und Herrn v. Marschall, den Badenschen Minister, und schlug dem Kaiser vor, den Grossherzog zu nöthigen, eine das Erbrecht der Grafen Hochberg anerkennende Erklärung an die hier anwesenden Mächte abzugeben <sup>2)</sup>. Er versprach es, hierzu den 2. Februar den Grossherzog zu bestimmen.

Die Unterhandlungen begannen nun zwischen Castlereagh und dem Staatskanzler. Der Hauptgegenstand, um den sie sich drehten, war Leipzig. Die Engländer waren abgeneigt, mitzuwirken, dass Preussen es behalte; der Kaiser, um die Sache zu erleichtern, äusserte, Thorn überlassen zu wollen. Preussen beschwerte sich ferner, dass man aus seinem Antheil von Sachsen alle beträchtlichen Städte (als Görlitz, Bautzen, Weissenfels, Naumburg) ausgeschlossen. Endlich nach vielem Hin und Her Unterhandeln, kam denn das Schlussprojekt <sup>3)</sup> zu Stande.

Die Konferenzen begannen von neuem den 11. Februar <sup>4)</sup>, und die wesentlichen Punkte über Sachsen, Polen, Mainz, die Bundesfestung u.s.w. wurden endlich bestimmt. Castlereagh und Wellington schlugen dem Kaiser einen Artikel vor, wodurch sich die pacificirenden Mächte verbanden, jeden Kriegserheber gemeinschaftlich anzugreifen. Es ward deshalb eine Deklaration projektirt von Gentz, voll Bombast und Aufgeblasenheit <sup>5)</sup>. Der Kaiser war geneigt.

Talleyrand suchte in seiner Unterredung vom 13. Februar den Kaiser zu bewegen, dass er sich gegen Murat erkläre <sup>6)</sup>. Er war bereit, wollte aber die Einleitung Frankreich überlassen und bedang sich aus, dass Frankreich ihm nicht in den Schweizer Angelegenheiten zuwider sein solle. Diese waren zu neuen Unterhandlungen bei dem Comité ausgesetzt.

<sup>1)</sup> Dabei von Pertz' Hand: „Metternich“.

<sup>2)</sup> S. oben S. 134f.

<sup>3)</sup> Hardenbergs, dat. 8. Februar 1815. S. Angeberg a. a. O. I. S. 707 ff.

<sup>4)</sup> Protokoll bei Angeberg a. a. O. I. S. 772 ff.

<sup>5)</sup> S. Gagern, Mein Antheil an der Politik, II. S. 320. — Gentz Tagebücher (Leipzig 1873) I. S. 443.

<sup>6)</sup> Pallain a. a. O. S. 251.

Capodistria hatte dem Kaiser am 9. Februar ein Memoire über die Deutschen Angelegenheiten <sup>1)</sup> mit getheilt und darin auf die Wiederherstellung der Kaiserwürde für das Haus Oesterreich angetragen. Der Kaiser frug ihn, was ich darüber denke. Capodistria antwortete ihm, meine Meinung sei beifällig, ich glaube, man müsse aber mit den Preussen sich vereinigen, und der Kaiser gab ihm auf, dieses zu versuchen. Hardenberg äusserte in seiner Unterredung (11. F e b r u a r) seine Abneigung und gründete sie auf die Geistlosigkeit der Oesterreichischen Dynastie und Regierung. Ich bemerkte ihm, diese Unvollkommenheiten seien vorübergehend, es käme hier auf Verfassungseinrichtungen an u.s.w. Ich behielt mir eine nähere Darstellung der Befugnisse vor, so dem Kaiser beizulegen sein würden. Metternich schien mir in seiner Unterredung (12. F e b r u a r) auch geneigt zur Annahme der Kaiserwürde und versprach mir, Graf Solms und Plessen deshalb anzuhören.

Czartoryski schickte mir ein weitläufiges Memoire von Nowosilsoff unterzeichnet, worin die Gültigkeit der Bayonner Konvention dargethan werden sollte <sup>2)</sup>. Ich widerlegte es, und Czartoryski beschäftigte sich nun mit einem Artikel, worin die Bestimmung dieser Angelegenheit enthalten sein sollte, dessen Mittheilungen er mir versprach. Mein Memoire gab ich an Rasumowsky und Capodistria, um sie von dieser Angelegenheit zu unterrichten. Auch gab ich ihnen einen Aufsatz über die Lage der Deutschen Angelegenheiten, der Bayrischen <sup>3)</sup>, dessen Inhalt in die Instruktion für Rasumowsky aufgenommen wurde. Der Kaiser beschloss nämlich, die fernere Geschäftsbehandlung der bisherigen Konferenz zwischen Rasumowsky, Capodistria, Hardenberg, Humboldt, Metternich, Talleyrand und Lord Wellington zu überlassen. Die Deutschen Angelegenheiten wurden durch die Preussische Note vom 4. Februar <sup>4)</sup> wieder in Bewegung gesetzt, worin Oesterreich die Aufnahme zweier Deputirten aus den Fürsten vorgeschlagen wurde. Bayern kam nun durch den Abschluss mit Preussen, Hannover und Holland in grosse Verlegenheit. Es suchte nun mit Oesterreich sich allein abzufinden und alles Disponible auf dem linken Rheinufer an sich zu reissen, Fulda zu erhalten, welches aber dem Inhalte der Traktate, dem Interesse des Kronprinzen von Württemberg, Herzogs von Weimar u.s.w. entgegen war. Ich benachrichtigte den Kaiser von dieser Absicht den 16. F e b r u a r.

Die Anstellung von Rasumowsky scheint aufgegeben zu sein.

Der kleine Nesselrode cabalirte, drängte sich unter Leitung seiner Frau, Pozzo di Borgos in die Geschäfte ein und bewirkte ein Abkommen mit Castlereagh wegen der Holländischen Schuld, wonach England 40 Milli-

<sup>1)</sup> S. oben S. 142. Anm. 3.

<sup>2)</sup> S. oben S. 139 ff.

<sup>3)</sup> Müsste eigentlich heissen: „insbesondere der Bayrischen“; die Denkschrift selbst s. oben S. 136 ff.

<sup>4)</sup> Gedr. Angeberg a. a. O. I. S. 703 f.

onen übernahm. Der Kaiser gab die Idee von der Anstellung Rasumowskys auf, und die Grossfürstin Katharina bestätigt ihn darin <sup>1)</sup>. Der Kaiser genehmigte endlich, dass in den Konferenzen eine gemeinschaftliche, protokollirte Verabredung aufgenommen werde, um an Schweden eine Erklärung wegen Herausgabe seines Antheiles an Pommern abzugeben <sup>2)</sup>.

Den 17. [*F e b r u a r*] unterredete ich mich mit dem Kaiser über die Nothwendigkeit, die kaiserliche Würde wiederherzustellen. Ich stellte ihm alles vor, was in meinem Memoire <sup>3)</sup> enthalten ist, und er sah es lebhaft ein, äusserte, erst der Zustimmung des Königs von Preussen gewiss sein zu wollen. Ich bemerkte, dass der Staatskanzler mir nicht geneigt scheine, dass aber General Knesebeck ganz mir beigestimmt habe. Ich erbat mir die Erlaubnis, abzugehen; er frug mich, ob die Deutschen Angelegenheiten es zulieszen; ich antwortete ihm, die Hauptsachen seien festgesetzt, mir scheine, die Bayrische Sache und die Frage wegen der Kaiserwürde müsse in wenigen Tagen entschieden sein.

Den 18. [*F e b r u a r*]. Ich las heute Rasumowsky und Capodistria mein Memoire vor über die Wiederherstellung der Kaiserwürde. Nesselrode begann eine Unterhandlung mit Fürst Wrede wegen des Vizekönigs <sup>4)</sup>, und Wrede schlug vor, ihm die Sieben Inseln zu geben. Der Senat hatte Capodistria aufgetragen, die Freiheit derselben zu fordern, und Castle-reagh war auch dazu geneigt.

Wellington begann seine diplomatische Karriere mit dem Versuche, die Schweizer Angelegenheiten zu ordnen, indem er die Val Tellina den Oesterreichern zu geben vorschlug.

Den 19. *F e b r u a r* forderte Graf Rasumowsky durch eine Note Fürst Metternich auf, die Konferenzen über die noch vorhandenen und rückständigen Territorial Angelegenheiten zu endigen.

Den 20. [*F e b r u a r*] vereinigte man sich wegen der Bayonner Konvention nach dem Vorschlag des Fürsten Czartoryski, dass sie aufgehoben und die in dem Russischen Antheil liegende Banque Hypothek an Russland gegen Erlegung einer Kaufsumme überlassen werden solle. Ueber die letztere vereinigte man sich den [30. März] auf [2 500 000 Th.] <sup>5)</sup>.

Fürst Metternich hatte eine Unterredung mit Graf Solms über die Annahme der Kaiserwürde, worin er äusserte, er für seinen Theil könne dazu

<sup>1)</sup> Vgl. jedoch oben S. 211.

<sup>2)</sup> S. oben S. 134, Anm. 1.

<sup>3)</sup> Vom 17. Februar 1815; s. oben S. 142ff.

<sup>4)</sup> Von Italien, Eugen Beauharnais.

<sup>5)</sup> Lücken in der Vorlage. Ausgefüllt nach dem Text des Vertrags bei Martens, Recueil des traités conclus par la Russie, VII. S. 159.

weder rathen, noch es abrathen; im nördlichen Deutschland wünschen sie die kleineren Fürsten, aber Preussen sei abgeneigt, und Oesterreich werde dadurch in Verwicklung mit Preussen gerathen; hier sei ohnehin im Königreich Niederland ein Gegengewicht vorhanden; im südlichen Deutschland hindere Bayerns Macht jedes Eingreifen der kaiserlichen Gewalt, und hier scheine man ohnehin weniger den Wunsch nach einer Konstitution zu haben als im nördlichen. Der Graf Solms bemerkte hierauf, dass allerdings dieser Wunsch vorhanden sei, da in Württemberg alles durch den Plan zur dortigen Konstitution <sup>1)</sup> aufgereizt worden; um Ruhe zu erhalten, sei es überhaupt nöthig, dass der Kongress ein Dehortatorium erlasse an den König, mit der Einführung einer Konstitution Anstand zu nehmen, bis dass der Kongress über die allgemeinen Grundsätze entschieden habe.

Der Mecklenburgische Gesandte Herr von Plessen <sup>2)</sup>, hatte gleichfalls eine Unterredung mit Herrn von Wessenberg über die Herstellung der Kaiserwürde, worin letzterer sich äusserte, dass er es rathsam für Oesterreich halte, die Kaiserwürde anzunehmen. Unterdessen hatte der Kaiser dem Fürst von Weillburg seine Entfernung, sie anzunehmen, erklärt.

Den 24. [F e b r u a r] gab mir Fürst Hardenberg die Humboldtsche Widerlegung meines Aufsatzes wegen der Kaiserwürde <sup>3)</sup> zu lesen und äusserte, er könne als Preussischer Minister unmöglich in diese Vermehrung der Oesterreichischen Macht einwilligen; diese habe ohnehin eine Tendenz, sich mit Bayern und Frankreich gegen Russland, Preussen und England zu verbinden, seine Macht werde dadurch nur noch vermehrt; Hannover werde gleichfalls nicht einwilligen; er werde in Berlin alles gegen sich empören, wenn er einen solchen Einfluss Oesterreich einräume. Ich forderte von ihm eine Abschrift des Aufsatzes, um ihn widerlegen zu können. Er versprach ihn, sobald er vom König zurückkomme, dem er ihn eben jetzt vorlegen wolle, und drang sehr in mich, die Sache fallen zu lassen, da sie nur eine neue Veranlassung gebe zur Eifersucht zwischen Oesterreich und Preussen.

Die Idee wegen Anstellung von Rasumowsky schien der Kaiser ganz aufgegeben zu haben und seine Absicht zu sein, Nesselrode, Anstett und Capodistria nach Petersburg zu nehmen, ohne einen Minister zu ernennen. Er scheint, wenn die Bayrische Territorialsache geendigt und einige allgemeine Grundsätze über die Deutsche Verfassung festgesetzt sind, gegen den 15. März abgehen zu wollen. Nesselrode soll hier bleiben.

24. F e b r u a r. Meine Unterredung mit Lord Wellington <sup>4)</sup> begann mit seiner Aeusserung, dass es nöthig sei, die Deutschen Angelegenheiten

<sup>1)</sup> S. oben S. 129.

<sup>2)</sup> S. unten. S. 219.

<sup>3)</sup> Vom 23. Februar 1815; nicht die vom 3. März, wie Lehmann in seiner Edition (a. a. O. S. 433, Anm. 2) angibt. Vgl. unten S. 219, Anm. 1.

<sup>4)</sup> S. oben S. 145.

zu ordnen. Da Deutschland keine Einheit habe, so müsse diesen Mangel die Einigkeit zwischen Preussen und Oesterreich und die Beschaffenheit der öffentlichen Meinung ersetzen. Deutschland sei hauptsächlich nur durch Sprache und Sitte gebunden, es sei in sich durch Religion, selbst durch politisches Interesse getheilt. Die föderative Institution, so man beabsichtige, müsse durch beide Mächte und die öffentliche Meinung aufrecht erhalten werden. Diese habe sich deutlich ausgesprochen für die gesetzliche Verfassung.

Ich antwortete ihm, ich halte die Deutsche Angelegenheit in ihrer gegenwärtigen Lage für verschoben. Sie sei dahin gebracht durch das System, so die Oesterreicher anfangs gehabt, Deutschland in viele Theile zersstückeln zu lassen; alsdann seien durch eine Menge theils verderblicher, theils hinderlicher Friedensschlüsse die Resultate des Rheinbundes sanktionirt worden. Gegenwärtig habe man einen Plan der Förderation gemacht, der nicht gehn könne, da fünf dirigirende und divergirende Höfe sich nach verschiedenen Verhältnissen in den Einfluss theilten; es wäre vielleicht möglich, diesem Uebel durch die Bestellung eines Bundesoberhauptes abzuhelpen, da eigentlich das wahre politische Interesse Preussens und Oesterreichs nicht in Widerspruch stehe.

Er erwiderte, die Bildung eines solchen Oberhauptes sei jetzt nicht möglich; es müsse jedoch etwas geschehn zur Erfüllung der Verabredungen, welche sämtliche Mächte wegen der Deutschen Angelegenheit genommen und zur Befriedigung der Gemüther. Alles sei gespannt, und besonders in Preussen zeige sich ein militärisch-republikanischer Geist.

Ich bemerkte, dass es allerdings nöthig sei, in einem Land, wo eine Verfassung bestanden, wo die Menschen an einen gesetzlichen Zustand gewöhnt waren, einen ähnlichen wieder herzustellen, der Willkür ein Ende zu machen. Anarchie sei übrigens dem ganzen Wesen und Geist der Deutschen zuwider. Wolle man diese Verabredungen der Mächte in der genommenen Art endigen, so müsse man die unterbrochenen Konferenzen über die Deutsche Angelegenheit wieder aufnehmen, weshalb der Staatskanzler Hardenberg bei Fürst Metternich angetragen.

Er antwortete, dieses werde er sich angelegen sein lassen; Metternich habe ihm von einem Preussischen Plan in 120 Artikeln gesprochen<sup>1)</sup>, der zu weitläufig scheine.

Die Möglichkeit seiner Abkürzung räumte ich ein. In diesem Fall müsse man nur die wesentlichsten Elemente ausheben und die weitem Entwicklungen auf einen besondern Bundestag verweisen. Es sei überhaupt die Beschleunigung der Angelegenheiten, die den Kongress beschäftigten, sehr zu wünschen, da die Abreise der Monarchen nöthig sei. Am dringendsten sei die Aufhebung des Provisorii und die Beendigung der Bayerischen

---

<sup>1)</sup> Humboldts Entwurf (mit Kreiseinteilung), s. seine Ges. Schriften XI. S. 234 ff.

Territorialabfindungen. Das Provisorium verursache einen grossen Einquartierungsdruck für die besetzten Länder und grosse Ausgaben den verbündeten Mächten. Bei der Abfindung von Bayern müsse man Bedacht nehmen, zu verhindern, dass es nicht durch Besitzungen auf dem linken Rheinufer mit Frankreich in Berührung komme; der Geist seiner Politik werde immer für Deutschland und für seine Nachbarn verderblich sein. Es sei daher nöthig, die Bayerischen Abfindungen auf das rechte Rheinufer und auf die mit ihm grenzenden Länder anzuweisen.

Lord Wellington bemerkte, es sei doch nöthig, auf das linke Rheinufer eine grössere schlagfertige Macht zu setzen statt mehrerer kleinen, die von Frankreich leicht erschreckt und umgeworfen werden könnten, und ob ich nicht glaube, dass, wenn Oesterreich Salzburg besitze, es bei seiner Uebermacht Bayern fest in seinem Interesse halten könne.

Ich antwortete, die Aufstellung einer grösseren Macht auf dem linken Rheinufer sei nur insofern nützlich, als man sich auf deren Treue verlassen könne, was der Fall mit Bayern nicht sei. Durch die Linie von Bundesfestungen und durch die Aufstellung von Preussen und Belgien sei Deutschland gegen einen ersten Anfall von Frankreich hinlänglich gesichert. Oesterreich habe sich jetzt sehr schwach gegen Bayern bewiesen, ungeachtet seiner Uebermacht, und bei seiner moralischen Schwäche müsse man suchen, ihm alle Verwicklungen, in die es durch Bayern und Frankreich kommen könne, möglichst zu vermeiden.

Die Unterredung endigte sich mit einer Aufforderung Lord Wellingtons an mich, ihn so oft zu besuchen, als ich ihm etwas zu sagen für nöthig finde.

Der Kaiser machte sich ohne Ursache von neuem gehässig, indem er die Sache der Kaiserin Marie Louise und Eugène Beauharnais zu seiner eignen mit vieler Lebhaftigkeit machte, für die erstere Parma und Piacenza forderte, für den andern eine Souverainität in Italien; ungeachtet Kaiser Franz sich erklärt hatte, dass er auf Parma und Piacenza entsage und seiner Tochter Güter in seinen Erbstaaten geben wolle. Diese hatte an Kaiser Alexander geschrieben und seine Unterstützung erbeten. Sie ist eine flache Französische Frau, die den Schein annimmt, alles Deutsche vergessen zu haben, und sich von General Neipperg <sup>1)</sup> die Cour machen lässt.

<sup>1)</sup> Adam Albert Graf von Neipperg (1775—1829), österreichischer General. Er hatte mit Auszeichnung in allen Feldzügen Oesterreichs gegen Frankreich seit 1792 gedient, war 1811 als ausserordentlicher österreichischer Gesandter nach Schweden gesandt worden, stand Anfang 1813 wieder im Feld gegen Napoleon, wurde im Januar 1814 nach Neapel geschickt, um dort das Bündnis mit Murat abzuschliessen und erhielt dann ein Kommando in Italien gegen die Truppen von Eugen Beauharnais. Nach dem Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft wurde er der Kaiserin Marie Louise als Begleiter beigegeben, mit der er bald in vertraulichere Beziehungen trat, und die schliesslich eine morgantische Ehe mit ihm einging.

26. Februar. Ich forderte Staatskanzler Hardenberg das Memoire von Humboldt <sup>1)</sup> ab. Er schickte mir Humboldt selbst mit einer ablehnenden Antwort, weil er die Sache nachtheilig für Preussen halte und wünsche, sie möge fallen, indem sie sonst leicht wieder einen Zankapfel zwischen Preussen und Oesterreich abgeben und die Erbitterung zwischen beiden vermehren könne. Er meinte, bei dieser Lage der Sachen müsse man, um grössere Nachtheile zu vermeiden, sie fallen lassen. Ich erinnerte, es sei nöthig, da der Kanzler mir nicht die Gründe seines Widerspruchs vollständig mittheilte, dass er sie selbst dem Kaiser vorlege und sich hierzu eine Audienz ausbitte, womit Herr v. Humboldt einverstanden war.

Kurz nachher kam Herr von Plessen, der mir erzählte, dass Wessenberg das Vortheilhafte der Wiederherstellung der Kaiserwürde einsähe und ihm eine nähere Unterredung zugesagt habe. Ich hielt es daher für nöthig, dem Kanzler (27. Februar) die Beherzigung dieser Sache von neuem in einem besonderen Briefe <sup>2)</sup> anzuempfehlen.

Rasumowsky hatte dem Kaiser den 26. Februar die Schwierigkeiten angezeigt, die der Staatskanzler früher gemacht hatte, und zur Antwort erhalten, man müsse Beharrlichkeit zeigen. Der Staatskanzler hatte den 2. März eine Audienz beim Kaiser über diese Angelegenheit und sprach mit ihm besonders über die Schwierigkeit, die öffentliche Stimme für die Kaiserwürde in Berlin und bei der Armee zu gewinnen, worin er aber ganz irrig war, indem in einer Unterredung, so ich mit Grolmann hatte, dieser ganz bestimmt sich für die Kaiserwürde äusserte. Der Staatskanzler schickte mir den 4. März das Humboldtsche Memoire <sup>3)</sup>, ein verworrenes, sophistisches, schlecht stilisirtes Machwerk.

Unterdessen wurden die Bayrischen Territorialsachen abgehandelt. Metternich antwortete nicht auf die Note des Grafen Rasumowsky wegen Fortsetzung der Konferenzen <sup>4)</sup>, und dieser unterliess es, ernstlich und kräftig auf eine Antwort zu dringen. Er unterhandelte mit Wellington, Wrede und Nesselrode, der sich durch seine Beharrlichkeit und seine Gemeinheit mit Hilfe des Fürsten Peter Wolkonsky wieder eingedrängt hatte und immer nur suchte, in Metternichs Sinn die Sache zu endigen, gleichgültig wie, und unfähig, dieses Wie zu beurtheilen. Der Staatskanzler übergab am 2. März dem Kaiser ein Tableau der Bayrischen Forderungen, welches er mir zur Prüfung zustellte <sup>5)</sup>. Ich hatte ihm den 3. ein Memoire des Grossherzogs von Baden übergeben, worin dieser seine Gründe gegen die Abgabe der Pfalz an Bayern auf-

<sup>1)</sup> S. oben S. 216, Anm.3.      <sup>2)</sup> S. oben S. 145f.

<sup>3)</sup> Vom 3. März 1815. S. oben S. 145, Anm. 3.

<sup>4)</sup> S. oben S. 215 die Aufzeichnungen vom 19. Februar.

<sup>5)</sup> S. Steins Denkschrift vom 5. März oben S. 147f.

stellte; er hatte es selbst dem Kaiser zustellen wollen, konnte aber keine Audienz erhalten und gab es also der Kaiserin, die es mir mit dem Auftrag zusandte, dem Kaiser es vorzulegen. Ich überzeugte ihn, dass es hierbei weniger auf das Interesse von Baden als auf das von Deutschland ankomme, dass Bayern, indem es Mannheim und Hanau erhalte, das übrige südliche Deutschland vom nördlichen abschneide, mit Frankreich sich in Berührung setze und zwischen Oesterreich und Frankreich mitten inne stehe, um mit beiden vereint oder mit jedem Einzelnen in diplomatische Verbindung zu treten. Dieses sei umso schlimmer, da eine Verbindung zwischen Oesterreich, Frankreich und Bayern gegen Russland und Preussen vorzusehen sei und diese durch Bildung einer solchen Linie zwischen Main und Neckar umso gefährlicher werden werde <sup>1)</sup>. Der Kaiser überzeugte sich hiervon, liess den 4. März den Grossherzog rufen, der aber wegen eines Katarrhfiebers im Bette lag und nicht kommen konnte.

Capodistria machte den Kaiser gleichfalls aufmerksam auf jene Alliance und auf die Abhängigkeit, in welche Preussen durch seine Provinzen am Niederrhein komme, und die Nothwendigkeit, sich ein festes, politisches System zu bilden. Er meinte, gegenwärtig komme alles darauf an, die vorliegenden Angelegenheiten aufzulösen und mit Preussen in gutem Vernehmen zu stehen.

Der Kaiser schien die Idee wegen Rasumowsky ganz aufgegeben zu haben. Nesselrode hatte sich wieder eingedrängt; die Verhandlungen in Konferenzen mit Ausschluss von Rasumowsky und Capodistria hatten wieder begonnen, also war von Bildung der Territorialverhältnisse nicht viel Erfreuliches zu erwarten, vielmehr vorherzusehen, dass Bayern werde unverhältnismässig begünstigt werden. Der Deutsche Bund selbst konnte nur etwas sehr Unvollkommenes werden, wenn man bei der Idee blieb, kein Oberhaupt zu wählen.

Aus dem Halbverhältnis, in dem ich stand, konnte nur Lebensüberdruß entstehen; ich hatte Influenz ohne durchgreifende Leitung, und Influenz auf höchst unvollkommene Menschen, die als Werkzeuge zur Erreichung grosser Zwecke gebraucht werden sollten. Zerstreung, Mangel von Tiefe des Einen <sup>2)</sup>, Stumpfheit und Kälte des Alters des Andern <sup>3)</sup>, Schwachsinn, Gemeinheit, Abhängigkeit von Metternich des Dritten <sup>4)</sup>, Frivolität aller war Ursache, dass keine grosse, edle, wohlthätige Idee

<sup>1)</sup> Vgl. ebenfalls die Denkschrift vom 5. März.

<sup>2)</sup> Lehmann liest hier (a. a. O. S. 437) „der Einen“. Ich folge der Lesart von Pertz, der diese Ausführungen seiner Darstellung einverleibt hat (Stein, IV. S. 346). Gemeint ist zweifellos Alexander.

<sup>3)</sup> Ebenso lese ich hier im Unterschied zu Lehmann den Singular statt des Plural. Gemeint ist wohl Hardenberg.

<sup>4)</sup> Auch hier schliesse ich mich der Lesart von Pertz an. Gemeint ist Nesselrode.

im Zusammenhang und Ganzen ins Leben gebracht werden konnte. Aus diesen unglücklichen Verhältnissen herauszukommen, bedurfte es nur eines kräftigen Entschlusses, und es ist rathsamer, ihn bald zu nehmen, ehe die Erbärmlichkeit des Ganzen sich entwickelt hat, sich denen Leiden des Zustandes zu entziehen und sich von der Verantwortlichkeit desselben loszusagen <sup>1)</sup>).

4. M ä r z. Nesselrode wollte mit Capodistria über die Bayerische Angelegenheit sprechen, war aber ganz verwundert zu hören, dass er davon unterrichtet sei und dass er die Pläne der Bayern missbillige: „Ce sont des idées du Baron Stein“. Er antwortete ihm, der Kaiser thue in Deutschen Angelegenheiten nichts ohne meine Meinung. Nesselrode wollte also die Sache heute, 5. März, dem Kaiser vorlegen; es war also gut, dass dieser darauf vorbereitet war. Metternich sagte zu Rasumowsky, er werde Wessenberg an den Staatskanzler schicken, um ein Gegenprojekt zu machen auf die Forderung der Bayern. Dem Kaiser übergab ich den 5. März ein Memoire über die Bayerischen Ansprüche auf Vergrösserung, das er dem Grafen Rasumowsky statt Instruktion zustellen liess <sup>2)</sup>).

Den 7. und 8. [M ä r z]. Wessenberg, Grolman, Hoffmann <sup>3)</sup>, der Staatskanzler entwarfen einen neuen Plan zur Auseinandersetzung zwischen Oesterreich und Bayern. Ich hatte eine Unterredung mit Lord Wellington über diesen Gegenstand und sprach dem Inhalt meines Memoires <sup>4)</sup> gemäss. Er bemerkte, dass Fürst Wrede übertrieben fordere und nur ein Recht habe, auf die Erfüllung des Friedens von Ried <sup>5)</sup> zu dringen; dass die Gefahr für Deutschland nicht gross wäre, wenn es durch die Rheinpfalz durchschnitten werde, weil Bayern dennoch in der Abhängigkeit von Oesterreich und Preussen bliebe; dass es ferner durch den Besitz von Hanau einen Anlehnungspunkt zu erhalten suche; das politische Betragen Bayerns sei vor 1805 sehr gut und freundschaftlich gegen Oesterreich gewesen. Frankfurt müsse frei bleiben.

Meine Antwort war, der Besitz der Rheinpfalz und von Mannheim werde dann gefährlich für Deutschland, wenn Preussen und Oesterreich uneinig seien. So nothwendig es sei, diese Verbindung zwischen den beiden Mächten zu ihrem eignen Wohl und zum Wohl von Deutschland zu erhalten, so leicht sei ein Missverständnis möglich, und in diesem Fall sei der Besitz dieser Linie Deutschland äusserst nachtheilig. Unter Kurfürst Karl Theodor <sup>6)</sup>, einem Fürsten von altem Schrot und Korn, sei das Betragen von Bayern gut gewesen, das gegenwärtige Kabinet sei

<sup>1)</sup> Vgl. oben S. 147.

<sup>2)</sup> S. oben S. 147f.

<sup>3)</sup> S. Bd. III. S. 54, Anm. 4.

<sup>4)</sup> Vom 5. März.

<sup>5)</sup> „Wien“ in der Vorlage.

<sup>6)</sup> Dem Vater Maximilians I., er regierte von 1777—1799.

höchst übel gesinnt; einen Anlehnungspunkt bedürfe Bayern nicht auf dem Main; als Waffenplatz sei es <sup>1)</sup> ungeschickt gelegen, zum Waffenplatz könne ihm nur Ingolstadt, Donauwörth oder Nürnberg dienen.

Die Nachricht von der Unternehmung Napoleons (7. März) hatte allgemeine Besorgnis verbreitet und die Parteien einander sehr genähert. Sie war Lord Wellington zugekommen. Er war bedenklich wegen der übeln Stimmung der Französischen Armee und wegen des Einverständnisses, das Napoleon in ihr hatte. Kriegslust, Hang zur Ungebundenheit, Rachsucht, beleidigter Dünkel, Unwillen über Verluste der Dotation, des Ansehens beherrschten das Heer und das Volk, und ein Ausbruch dieser feindseligen Gemüthsart war zu befürchten. In Italien herrschte allgemeines Missvergnügen über verlorene Nationalität, über manche Fehler der Oesterreichischen Verwaltung. Murat war bereit loszuschlagen <sup>2)</sup>. Die Oesterreichische Armee war kaum 40 000 Mann stark. Dieser Zustand erregte allgemeine Besorgnis. Die Kabinete näherten sich und suchten die noch übrig gebliebenen Streitigkeiten zu ordnen. Der Kaiser erklärte sich laut, er sei bereit, an der Spitze seiner Armee den Frieden von Paris aufrecht zu erhalten. In einer Unterredung mit Capodistria äusserte er dasselbe, sagte aber, er werde sich nun seine Bedingungen vorher machen und sich nicht neuen Schwierigkeiten und Einstreuungen seiner Allirten aussetzen, wenn es zur Entwicklung der öffentlichen Angelegenheiten komme. Er wolle keine Vergrößerung, müsse aber Subsidien haben, um den Krieg fortzusetzen.

Ich bemerkte Capodistria, dass es nöthig sei, eine Deklaration von Seiten der acht Mächte zu erlassen, dass sie entschlossen und gesonnen seien, den Frieden von Paris aufrecht zu erhalten. Hiedurch werde man die Franzosen warnen und ihnen die Gefahr eines fremden Krieges wieder vor Augen bringen <sup>3)</sup>.

Die Kaiserin reiste den 9. März ab. Sie war traurig; ihr Verhältnis mit dem Kaiser war kalt und zurückgezogen; sie hat überhaupt etwas Schüchternes im Charakter, eine der Empfindlichkeit nahekommende

<sup>1)</sup> Hanau.

<sup>2)</sup> Murat eröffnete den Kampf sofort nach der Landung Napoleons in Frankreich, wurde nach anfänglichen Erfolgen am 2. Mai 1815 bei Tollentino vernichtend geschlagen und musste am 19. Mai aus Neapel fliehen. Er ging nach Frankreich, doch hatte Napoleon ihm den Treubruch von 1814 so wenig verziehen, dass er ihn auch jetzt in der Stunde der Gefahr nicht mehr sehen wollte. Nach dem Zusammenbruch von Waterloo entkam Murat seinen royalistischen Verfolgern mit Mühe und Not nach Korsika. Von hier aus schiffte er sich im Herbst 1815 mit einer Handvoll Abenteurern nach Neapel ein, um sein Königreich zurückzuerobern. Er geriet aber sofort bei der Landung in Gefangenschaft, wurde vor ein Kriegsgericht gestellt, zum Tode verurteilt und am 13. Oktober 1815 erschossen.

<sup>3)</sup> Eine solche Deklaration wurde am 13. März 1815 erlassen, sie sprach gleichzeitig die Achtung Napoleons aus. Gedr. bei Angeberg a. a. O. II. S. 912 f. Vgl. auch das Protokoll der Sitzung vom 13. März, ebd. S. 910 f.

Zartheit; es ist keinem Zweifel unterworfen, dass sie bei mehrerer Lebhaftigkeit, Gewandtheit, Offenheit dem Kaiser sich mehr annähern würde. Unterdessen sollte er doch selbst einen höheren Werth setzen und bethätigen auf so viel Zartheit, Mässigung, Bildung, Würde, Resignation und Grazie. Etwas zu der Entfernung mag das Klatschen und Hin- und Hertragen des Königs von Bayern beigetragen haben.

Die Kaiserin liess den 8. März ihren Bruder <sup>1)</sup> und mich zu sich kommen, um ihn zu bestimmen, dass er eine Erklärung abgebe zum Vortheil des Erbrechts der Grafen Hochberg. Er wandte vor, er wolle die Eheverträge seiner Schwester einsehen und die darin enthaltene Renunciation. Die Kaiserin bemerkte, dies sei ganz überflüssig; denn, sei das Erbrecht des Grafen Hochberg gültig, so schliesse es die Weiber aus; sei es ungültig, so hätten seine Töchter ein ausschliessendes Erbrecht. Nach einigen Einwürfen versprach er endlich, eine befriedigende Erklärung an die Monarchen abzugeben. Den folgenden Tag liess er mir durch seinen Minister Berckheim <sup>2)</sup> sagen, er wolle noch Anstand nehmen, weil ihm die Bayern in der Pfälzischen Sache schaden könnten <sup>3)</sup>. Ich antwortete, die Sache sei zu seinem Vortheil eingeleitet, und die Bayern würden ihm nichts helfen.

11. März. Die Nachricht von Buonapartes Landen in der Nähe von Grasse, Departement du Var, beunruhigte nicht wenig. Der Kaiser hatte bereits den 9. seinem Geschäftsträger in der Schweiz eine Erklärung geschickt, worin er fest seine Gesinnung aussprach, die Stipulationen vom Pariser Frieden aufrecht zu erhalten. Die Befehle wegen Einstellung der Demobilisierung der Preussischen Armee waren abgegangen, eine Militärkonferenz ward zwischen Schwarzenberg, Wolkonsky und Knesebeck abgehalten. Die Gemüther wurden durch die Besorgnisse über die Zukunft einander näher gebracht; die Französische Gesandtschaft war sehr zufrieden von der Abgabe der Erklärung des Kaisers. Der König von Bayern ängstigte sich, und man konnte vorhersehen, dass die Territorialsache sehr bald würde geendigt sein.

Auch die Beschleunigung der Verfassungssache war nöthig, um die Gemüther der Einwohner zu beruhigen. Ich schlug daher vor, dass man schleunig über die wesentlichsten Punkte sich vereinigen und sie bekannt machen möge, die nähere Entwicklung aber den hier versammelten Bundesdeputirten überlassen möge. Graf Münster war dieser Meinung; der Staatskanzler Hardenberg, der nur an den Krieg dachte, glaubte, man müsse die Sache aussetzen.

<sup>1)</sup> Den Grossherzog von Baden. Wegen des Erbfolgerechts der Grafen von Hochberg s. oben S. 134, 151.

<sup>2)</sup> S. oben S. 97, Anm. 3.

<sup>3)</sup> S. oben S. 134, Anm. 2.

Unterdessen war die Korrespondenz entstanden mit dem König von Württemberg über seine Behauptung, dass er die Verfassung ohne Einwirkung des Deutschen Comités einzuführen berechtigt sei und die Beschwerden der Mediatisirten nicht zu berücksichtigen brauche <sup>1)</sup>. Hierüber wurde ein gemeinschaftliches Schreiben von Hannover, Preussen und Oesterreich verabredet, 7. März, das — <sup>2)</sup>

Gegen die Annahme der Kaiserwürde bildete sich eine inländische Partei, Graf Zichy <sup>3)</sup>, Ugarte <sup>4)</sup>, und diese hinderte Metternich, der übrigens Gentz sehr ernsthaft seine undeutschen Aeusserungen verwies. Wessenberg war für die Annahme.

Die neuesten Ereignisse hatten den Kaiser bewogen, dem Graf Rasumowsky, 9. März, die Staatskanzlerstelle durch Nesselrode antragen zu lassen; er nahm die Sache in Ueberlegung und war den 11. noch nicht entschlossen. Ihn beunruhigte die Schwierigkeit der Stelle, sein Alter und die Besorgnis über die unsystematische Art des Kaisers, die Geschäfte zu behandeln.

„Metternich ist sehr gut und wohlwollend; er ist aber faul, eitel und stolz“ sagte mir seine Freundin, die Gräfin F. W. <sup>5)</sup>. Der König von Sachsen hat den ihm von Metternich, Talleyrand und Wellington (9. März) gemachten Antrag, den ihm übrig gelassenen Theil von Sachsen anzunehmen, verworfen und ihnen eine Note, welche eine Negotiation einleiten sollte, übergeben <sup>6)</sup>, deren Inhalt aber ganz trocken von den Ministern abgelehnt wurde. Man vermuthet jedoch, dass er noch nachgeben werde. Es ist merkwürdig, dass diese Minister dem König dieselben Gründe entgegenstellen mussten, um seine Weigerung der Annahme zu widerlegen, deren sich Russland und Preussen gegen sie zur Begründung der Ansprüche auf Sachsen bedienten.

Den 14. [März] erschien die Aechtung Napoleons <sup>7)</sup>, die ich bereits den 8. zu erlassen, dringend empfohlen hatte. Ein sonderbarer Wechsel der Dinge. Er, der mich am 15. Dezember 1808 ächtete, wird gegenwärtig in einen ähnlichen und weit schlimmeren Rechtszustand durch einen Beschluss der grossen Europäischen Mächte gesetzt.

<sup>1)</sup> S. oben S. 149.

<sup>2)</sup> Lücke in der Vorlage. — Die Note vom 7. März ist gedr. bei Klüber a. a. O. VI. S. 613 ff.

<sup>3)</sup> S. unten 237, Anm. 3.

<sup>4)</sup> Alois Graf Ugarte (1749—1817) seit 1802 böhmischer und österreichischer Oberstkanzler, seit 1813 ausserdem Staats- und Konferenzminister, ein politischer Gegner Metternichs.

<sup>5)</sup> Flora Wrba (1779—1857)? Sie war eine Base Metternichs, eine gefeierte Schönheit und eine geistig hochstehende Frau, die viele bedeutende Männer um sich sammelte.

<sup>6)</sup> S. Angeberg a. a. O. II. S. 905 ff.

<sup>7)</sup> Datiert vom 13. März. Gedr. Angeberg a. a. O. II. S. 912f.

Noch hat Metternich das Schreiben an den König von Württemberg nicht abgehen lassen <sup>1)</sup>. Die Spannung in Schwaben steigt unterdessen. Die Mediatisirten protestirten förmlich gegen die Württembergische Konstitution. Im Badenschen brechen Unruhen aus wegen der Strenge, womit man die Accise erhebt.

Der Grossherzog stellte mir den 14. ein Schreiben an den Kaiser Alexander zu, worin er erklärte, dass er das Erbrecht der Grafen von Hochberg anerkenne, welches vom Kaiser beifällig beantwortet wurde <sup>2)</sup>.

Die Umwälzung in Frankreich ist eine Folge der tiefen Verderbnis der Nation, die, von Rachsucht und Raubsucht geleitet, die Herrschaft eines Tyrannen der milden und gesetzlichen Regierung eines verständigen, frommen Königs vorzog, jenen überall mit Frohlocken aufnahm und sich freudig zum Eroberungs und Plünderungskriege vorbereitete. Sie vergass den geistigen und physischen Druck, unter dem sie gelebt hatte, die Willkür, die über ihr Leben und Eigenthum schaltete, die Vernichtung des Handels, die Vergeudung des Lebens ihrer Kinder und wünschte nur, von neuem über die benachbarten Völker herzufallen und sie zu berauben und zu unterdrücken. Das Signal zu einem neuen Kampf ist also gegeben. Gott wird die Waffen der Verbündeten segnen und das verderbte Volk züchtigen für seine Verbrechen. Die Französische Gesandtschaft, die hier so manches verwirte und verderbte, die Bayerische <sup>3)</sup>, die die Flamme des Krieges anzublase suchte, mussten nun die Hülfe Preussens und Russlands nachsuchen, von denen sie das erstere zu vernichten, das letztere Europa verdächtig zu machen suchten. Sie <sup>4)</sup> behauptet, die Revolution sei allein ein Werk der Zusammenverschwörung des Heers, die der grösstentheils gutgesinnten Nation einen verhassten Tyrannen aufdrängt.

Kaiser Alexander blieb bereit und entschlossen, den Kampf wieder zu beginnen und gab selbst das Kommando auf über seine Armeen, das er sich hätte vorbehalten, wenigstens auf die Entfernung von — <sup>5)</sup> dringen sollen. Auf den geäusserten Wunsch des Kaisers Franz vertrug sich Kaiser Alexander wieder mit Metternich. Der erstere benutzte das gegenwärtige Ereignis, um den Russischen Kaiser zu bitten, seiner Abneigung gegen Metternich nicht mehr Gehör zu geben. Er versprach es, sagte, Unversöhnlichkeit sei gegen die Pflicht eines Christen, und hatte seitdem wieder mehrere Konferenzen mit ihm (16. — 19. März). Das Französische Volk ist meuterisch, aufrührerisch, wie es seine Ge-

<sup>1)</sup> Vom 7. März s. oben S. 150, Anm. 1.

<sup>2)</sup> S. das Schreiben Steins an Alexander vom 14. oder 15. März 1815, oben S. 151.

<sup>3)</sup> „baris“ in der Vorlage.

<sup>4)</sup> Die französische Gesandtschaft.

<sup>5)</sup> Unleserliche Abkürzung in der Vorlage. Pertz, der diese Ausführungen seiner Darstellung einverleibt hat (Stein IV. S. 384) nimmt an, dass Langenau, Schwarzenbergs Generalstabschef, gemeint ist. Vgl. über Langenau Bd. IV. S. 274 Anm. 1.

schichte lehrt. Dieser Zug ist eine Folge seines Leichtsinns, seiner Beweglichkeit, seines Dünkels, seiner Habsucht; Laster, die durch Religiosität und Sittlichkeit nicht mehr gebändigt sind. Die gegenwärtigen Ereignisse haben den Charakter einer Verschwörung in der Armee, nicht einer Revolution, die in dem Gesamtwillen der Nation ihren Entstehungsgrund findet, wie man sich durch die Vergleichung ihres Gangs und ihrer Fortschritte mit denen der Revolution von 1789 überzeugen kann. Diese war rasch, allgemein, hochauflammend; die gegenwärtige zeigt sich theilweise, verrätherisch, schüchtern. Diese Bemerkung machte ich an Capodistria, der diese Frage aufwarf und in einem Memoire, so er dem Kaiser übergab, abhandelte (2 1. u. 2 2. M ä r z). Er ward hierzu veranlasst durch den Entwurf zu einem Allianztraktat zwischen England, Russland, Oesterreich und Preussen, worin man sich gegen die Unternehmung Napoleons verband, aber sehr unbestimmt wegen der Subsidiën stipulirte. Nach seiner Meinung sollte man von England bestimmt Subsidiën fordern, ferner von Oesterreich das Versprechen, dass die Kaiserin und ihr Sohn allen Ansprüchen auf die Kaiserwürde entsagen.

Der Prinz Eugène Beauharnais genoss ferner den Schutz des Kaisers Alexander, der sich hiezu von Kaiser Franz die Einwilligung ausbedang, als dieser seinen Wunsch äusserte, er möchte sich mit Metternich vertragen. Eugen sagte laut, die von den verbündeten Mächten erlassene Deklaration werde die Französische Nation gegen sie aufbringen und zur Unterstützung von Napoleon vereinigen; auf dem linken Rheinufer, in Polen und Sachsen werde ein Aufstand ausbrechen.

2 2. M ä r z. Der König von Sachsen acceptirte den ihm angewiesenen Theil, behielt sich nur vor, einige Notablen zu sich zu berufen, um diese von der Nothwendigkeit der Annahme zu überzeugen. In Dresden, bei der Sächsischen Armee, auf dem linken Rheinufer zeigte sich ein übler, Napoleon geneigter Geist.

Die mittleren und kleineren Stände gaben den 2 3. M ä r z abermals bei Oesterreich und Preussen eine Note ab <sup>1)</sup>, wodurch sie auf den Abschluss eines Grundvertrags über die Deutsche Verfassung antrugen, und sie durch Herrn von Plessen, den Mecklenburgischen Gesandten, durch Graf Keller, den Kurhessischen, und durch Senator Smidt, den Bremischen, überreichen liessen.

Der Geist in Dresden, bei den Sächsischen Truppen, in Warschau und zum Theil am Niederrhein war sehr verderbt. Die Freude vieler über Napoleons Ankunft zeigte sich theilweise auf eine unwürdige Art (bei vielen).

---

<sup>1)</sup> Datiert vom 22. März 1815. Gedr. bei Klüber a. a. O. I, 4. S. 43 ff.

Joseph Bonaparte <sup>1)</sup> schrieb an den Oesterreichischen Geschäftsträger in der Schweiz, Herrn von Schraut, einen höchst merkwürdigen Brief. Er eröffnete ihm, dass der Wunsch der Nation und der Armee Napoleon zurückgerufen, um sie von der unwürdigen Regierung der Bourbons zu befreien, qui était un rêve pénible. Diesem Brief lag ein Bulletin bei, welches erzählte, Paris und die nördlichen Garnisonen seien besetzt, eine provisorische Regierung, bestehend aus Cambacérés <sup>2)</sup>, Davout, Sieyès, Caulaincourt, abgeordnet; er habe Herrn v. Schraut Eröffnungen zu machen, die für die Ruhe Europas von der grössten Wichtigkeit seien. Man sieht hieraus, dass die Verschwörer auf den Erfolg der Unternehmungen der Generale Lefebvre-Desnouettes <sup>3)</sup>, Lallemand <sup>4)</sup> und Drouet <sup>5)</sup> mit Sicherheit gerechnet und dass Joseph Buonaparte ein Mitwisser und Mitschuldiger war. Da jene Unternehmung fehlschlug, da die öffentliche Meinung, besonders die in dem Preussischen Staat,

<sup>1)</sup> S. Bd. IV. S. 628, Anm. 3.

<sup>2)</sup> Napoleons ehemaliger Kollege im Konsulat, ein hervorragender Jurist und einer der Schöpfer des Code civil. Napoleon sicherte sich seine juristischen Fähigkeiten auch während des Kaiserreichs, indem er ihn zum Erzkanzler erhob und ihm die Herzogswürde verlieh. Als der Kaiser Anfang 1814 ins Feld zog, wurde Cambacérés Präsident des Regentenschaftsrats. Während der 100 Tage nahm er seine alte Stellung als Grosskanzler wieder ein, wurde nach der zweiten Restauration verbannt und durfte erst 1818 nach Frankreich zurückkehren. Eine politische Rolle hat er dann nicht mehr gespielt. Gest. 1824.

<sup>3)</sup> Charles Comte de Lefebvre-Desnouettes (1733—1822), ein in den Revolutionskriegen und in den napoleonischen Kriegen durch Tapferkeit emporgekommener Soldat, der von Toulon bis Waterloo oft in der unmittelbarsten Umgebung Napoleons gefochten hatte, so besonders noch im Feldzug von 1812. Er kommandierte auch die Eskorte, die Napoleon nach Elba brachte. Der Kaiser hatte ihn zum Kommandanten der Gardejäger ernannt, ein Kommando, das er auch unter der Restauration behielt. Auf die erste Nachricht von der Landung Napoleons verliess er mit seinem Regiment die Garnison und versuchte, sich des Arsenal von La Fère zu bemächtigen. Dieser Versuch schlug fehl. Lefebvre, von seinen Soldaten verlassen, fand trotzdem den Weg zu Napoleon und kämpfte noch einmal unter seinen Augen bei Waterloo. Von den zurückgekehrten Bourbonen verfolgt und zum Tode verurteilt, floh er nach Amerika. Bei dem Versuch, von dort nach Belgien zurückzukehren, ist er in einem Schiffbruch umgekommen.

<sup>4)</sup> Die Brüder Charles François Antoine und Henri Dominique Lallemand waren beide begeisterte Anhänger Napoleons und tapfere Offiziere, die bei der Restauration der Bourbonen im Dienst geblieben waren. Auf die Nachricht von der Rückkehr des Kaisers schlossen sie sich dem Unternehmen Lefebvres an und wurden wie dieser nach der 2. Restauration zum Tode verurteilt. Auch sie gingen nach Amerika, wo der jüngere (1777 bis 1823) bald eine sichere Existenz fand, während sein älterer Bruder (1774—1839) nach abenteuerlichen Irrfahrten 1831 nach Frankreich zurückkam und dort seinen alten militärischen Rang und später auch einen Sitz in der Pairs-Kammer erhielt.

<sup>5)</sup> Jean Baptiste Drouet, Comte d'Erlon (1765—1844), einer der tapferen Glücksritter des Kaiserreichs, der sich besonders im Kriege gegen Preussen, in Spanien und in Tirol ausgezeichnet hatte. Auch er diente zunächst unter den Bourbonen weiter, beteiligte sich an dem Unternehmen Lefebvres und wurde bei dessen Scheitern verhaftet. Der Erfolg Napoleons befreite ihn aus der Gefangenschaft, er kämpfte noch einmal für seinen Kaiser bei Waterloo und ging nach der 2. Restauration ins Exil nach Deutschland. 1825 durfte er nach Frankreich zurückkehren, wurde unter Louis Philipp reaktiviert, 1834 Gouverneur von Algier, 1843 Marschall von Frankreich.

sich laut gegen den Tyrannen aussprach und diese wieder auf die Stimmung der Armee wirken musste, da ferner die Erklärung der Mächte, alle ihre Streitkräfte anwenden zu wollen, um Napoleon zu bekämpfen, die Gefahr eines Einrückens in Frankreich darstellt, da die Marschälle und die ersten Generale treu blieben und kräftig handelten, da alle Autoritäten, alle Departements sich gegen Napoleon erklärten, da der König Ruhe und Festigkeit zeigte, so ist mit hoher Wahrscheinlichkeit der Untergang Napoleons zu erwarten. Die Höflinge sollen sich elend und feig benommen haben, Herr von Blacas warf sich zu den Füßen Ludwigs XVIII., um ihn zu beschwören, sich zu entfernen, er blieb aber standhaft <sup>1)</sup>).

Den 2 3. [M ä r z] übergab Herr v. Plessen, Graf Keller und Senator Smidt die Note vom 22. März an Fürst Metternich und Hardenberg. Sie setzten mündlich den Antrag hinzu, um Abgabe einer Erklärung wegen der Annahme der Kaiserwürde. Fürst Metternich gab die bestimmte Versicherung ab, dass der Kongress nicht auseinandergehen solle, ehe da die Grundlage der Deutschen Verfassung gelegt worden sei. Die Kaiserwürde könne Oesterreich jetzt nicht annehmen wegen des Widerspruchs von Bayern und Preussen. Herr v. Plessen bemerkte, dass wenigstens eine kräftige einzige Direktion bestehen müsse. Eine ähnliche Antwort gab Fürst Hardenberg. Wegen der Kaiserwürde erklärte er aber, dass er hiezu nicht stimmen könne, weil sie, gehörig stark, der Unabhängigkeit von Preussen nachtheilig, schwach hingegen unnütz sein würde; eine Direktion allerdings sei erforderlich, Humboldt sei beschäftigt, einen gedrängten Extrakt aus seinem Plan zu machen <sup>2)</sup>).

Die Ereignisse in Württemberg <sup>3)</sup> wurden heute, den 2 6. M ä r z , hier bekannt und erregten den höchsten Grad von Freude bei allen Gutgesinnten. Das gesetzliche, ernste, feste Betragen dieser Versammlung machte den grössten Kontrast mit der Handlungsweise der Franzosen. Die Besatzung von Lyon liessen der Graf von Artois und Macdonald aufmarschiren; sie konnten sie nicht dazu bringen, „Vive le Roi“ zu rufen. Sie schrien: „Vive la France,“ „Vive le Maréchal“; so wie sich die Truppen von Napoleon zeigten, so rief alles: „Nous voulons fraterniser“, stürzten ihnen zu, rissen den Marschall vom Pferd, der sich zu retten Mühe hatte, da die Buonaparteschen Husaren ihn drei Meilen weit verfolgten.

2 7. M ä r z ward ein Alliancetraktat zwischen Oesterreich, Russland, England und Preussen unterzeichnet <sup>4)</sup>, wodurch man sich verband, mit

<sup>1)</sup> Ludwig XVIII. verliess Paris am 19. März. Er ging nach Gent.

<sup>2)</sup> Vgl. dazu Schmidt, a. a. O. S. 444 ff.

<sup>3)</sup> S. Cottas Brief an Stein, oben S. 152, sowie Pertz, Stein IV. S. 390.

<sup>4)</sup> Der Bündnisvertrag stammt vom 25. März. Gedr. bei Angeberg a. a. O. II. S. 971 ff.

wenigstens 450 000 Mann gegen Buonaparte und für die Aufrechterhaltung des Pariser Traktats vom 31. Mai <sup>1)</sup> 1814 zu kämpfen. Der Subsidienpunkt blieb vorbehalten.

Die Bitterkeit der Sachsen nahm gegen Preussen immer zu und zeigte sich auf die unverständigste Weise: bei dem Ausschreiben der Centralsteuer <sup>2)</sup>, bei dem Vertheilen der Akten u. s. w. Die erstere war nöthig, um die aus dem Russischen Durchmarsch herrührende Forderung zu befriedigen.

Bei dem durchaus verderbten Sinn der Armee musste man sich bestreben, sie zu schwächen und als Gegengewicht die National-Bewaffnung zu befördern und zu vervollkommen. In diesem Sinn arbeitete Graf Dupont <sup>3)</sup>. Da man aber eine politische Rolle im Ausland zu spielen nicht aufgeben wollte, da Talleyrand eine entscheidende Sprache in der Sächsischen Angelegenheit führte und diese einen Anlehnungspunkt bedurfte, so gab man der Armee mehrere Haltung und Stärke und stellte an ihre Spitze den Marschall Soult <sup>4)</sup>. Es spann sich unterdessen eine Zusammenverschwörung an. Schon vor zwei Monaten hatte Barras eine Unterredung mit Herrn von Blacas, worin er ihm Aufmerksamkeit auf Buonapartes Intriguen empfahl <sup>5)</sup> und auf dessen Verbindung mit Murat, darauf drang, dass man Buonaparte verhaften möge, wo er es alsdann übernahm, Murat zu bewegen, die Krone niederzulegen. Blacas liess diesen Vorschlag unbeachtet, auch Talleyrand war durch seine Aufgeblasenheit ganz verblendet. Pozzo forderte ihn mehrere Male auf (Oktober und November 1814), die Verhaftung Napoleons bei dem Kongress in Anregung zu bringen. Er erhielt zur Antwort: „N'en parlez pas, c'est un homme mort.“ Sprach man ihm von dem meuterischen Geist der Armee, so sagte er: „Le roi peut faire marcher 150 000 hommes et les dissoudre“. Als er den 8. März darauf drang, nach Pressburg zu gehen, um die Angelegenheit mit dem König von Sachsen zu ordnen <sup>6)</sup>,

<sup>1)</sup> Eigentlich vom 30. Mai.

<sup>2)</sup> Vgl. Bd. IV. S. 457, Anm. 9 u. S. 613.      <sup>3)</sup> S. oben S. 160, Anm. 1.

<sup>4)</sup> Soult hatte sich nach der Niederlage Napoleons ganz auf Seiten Ludwigs XVIII. gestellt, der ihm zunächst ein Divisionskommando und im Dezember 1814 das Kriegsministerium anvertraute. Nach der Landung Napoleons entzog ihm jedoch Ludwig XVIII. das Portefeuille, und Soult, der zunächst einen Aufruf gegen Napoleon veröffentlicht hatte, trat wieder zum Kaiser über. Er kämpfte tapfer bei Ligny und Waterloo, suchte aber nach dem Zusammenbruch charakterlos wieder die Stellung zu wechseln, was ihm diesmal nicht gelang. Er wurde aus Frankreich verbannt und lebte in Deutschland, bis ihm 1819 die Rückkehr gestattet wurde. 1820 trat er als Marschall von Frankreich wieder in die Armee und nahm später unter der Regierung Louis Philipps als Kriegsminister und zeitweilig auch als Aussenminister wieder eine bedeutende Stellung ein. 1845 nahm er seinen Abschied. Gest. 1851.

<sup>5)</sup> S. oben S. 161.

<sup>6)</sup> Der König von Sachsen war Anfang März von Friedrichsfelde bei Berlin, wo er bisher gefangen gehalten wurde, nach Pressburg übersiedelt. Über die Verhandlungen Metternichs, Talleyrands und Wellingtons mit Friedrich August in Pressburg s. Flathe, Geschichte Sachsens. III. S. 318 ff.

so bemerkte Graf Rasumowsky, dass es dringend nöthig sei, die Erklärung des Kongresses gegen Napoleon zu beschliessen und abzusenden; er beharrte auf seiner Meinung und sagte: „C'est une affaire majeure, celle de l'acceptation du Roi de Saxe, il faut avant tout le terminer.“ Die Erklärung ging also erst am 14. März ab und hatte Paris, wo sie bereits hätte den 16. sein können, den 20. noch nicht erreicht, konnte also, da der König den 21. abreiste, nicht bekannt gemacht werden, und sehr lange herrschte in Paris die Meinung, die Deklaration sei untergeschoben und Oesterreich unterstütze Napoleon. Auch hatte der Französische Gesandte in Turin, Marquis d'Osmond <sup>1)</sup>, während des Winters 1814 die Minister von den Umtrieben der Buonapartisten mit ihrem Oberhaupt benachrichtigt. Alle durch den General — <sup>2)</sup> den 2. April die übrigen Glieder der Gesellschaft und durch — <sup>3)</sup> eingegangene Nachrichten bestätigten, dass die Unternehmung von Napoleon gegen den Willen der Nation und nur durch die Unterstützung des grössten Theiles der Armee gelungen sei, dass er sich genöthigt sehe, mit den Jakobinern zu unterhandeln und ihnen zu schmeicheln, daher die Entwaffnung der Nationalgarde, die ertheilte Pressfreiheit u. s. w. Die Niederträchtigkeit Neys war ohne Grenzen. Er küsste dem König mit Inbrunst die Hand, vergoss Thränen, liess sich von ihm 500 000 Francs bezahlen, um seine Schulden zu tilgen, da er für ihn jetzt in den Tod gehe, und sagte: „Je vous amènerai le tigre muselé“. Wie er dieses Napoleon erzählte, setzte er lachend hinzu: „J'ai intérieurement bien ri du gros cochon <sup>4)</sup>“.

Die zwischen Preussen, Oesterreich, Russland und England verabredete Territorialvertheilung und Ausgleichung nahm Fürst Wrede den 4. April nicht an und behielt sich seine Erklärung vor <sup>5)</sup>. Die störrige und be-

<sup>1)</sup> René Eustache Marquis d'Osmond (1751—1838), französischer Diplomat des ancien régime, der 1792 ausgewandert war. Unter dem Kaiserreich lebte er in Frankreich, trat aber nicht in den Dienst Napoleons. Unter Ludwig XVIII. wurde er zunächst Gesandter in Turin (1814—1815), dann in London. Diesen Posten bekleidete er bis 1819, dann hat er in der französischen Politik keine Rolle mehr gespielt.

<sup>2)</sup> Lücke in der Vorlage.

<sup>3)</sup> Lücke in der Vorlage.

<sup>4)</sup> Diese Anekdote entspricht wohl nicht dem wahren Sachverhalt. — Ney, der nach der Niederlage Napoleons im Frühjahr 1814 sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt hatte, war durch allerlei demütigende Zurücksetzungen der Hofgesellschaft bald verärgert worden und hatte sich aufs Land zurückgezogen. Anfang März erhielt er ein Kommando in Südfrankreich und den Befehl, gegen Napoleon zu marschieren. Seine Gesinnung war zunächst zweifellos loyal, da er das ganze Unternehmen des Kaisers durchaus nicht billigte. Der allgemeinen Begeisterung aber, die die militärischen Kreise und besonders die alten Soldaten Napoleons erfüllte, konnte auch Ney sich nicht entziehen, und so warf er sich mit plötzlicher Wendung auf die Seite des Kaisers. Nachdem er bei Waterloo mit dem Mute der Verzweiflung gekämpft hatte, verbarg er sich vor der Rache der Bourbonen auf dem Schlosse Bessons. Dort wurde er am 5. August 1815 verhaftet, sogleich nach Paris gebracht, vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und am 7. Dezember 1815 erschossen. Er starb wie Murat als tapferer Soldat.

<sup>5)</sup> Vgl. dazu Angeberg a. a. O. II. S. 1013, 1021, 1054.

schränkte Aufgeblasenheit des Mannes hat nachtheilig gewirkt bei den Verhandlungen über die Deutsche Verfassung, die er lähmte, bei den Missverständnissen über Sachsen, die er vermehrte und erbitterte, endlich jetzt bei der Auseinandersetzung wegen der Länder, die er aufhält. In zwei Konferenzen konnte man sich nicht vereinigen, weil Bayern suchte, die Länder zu behalten, die es besass und verwaltete, und hierdurch verwickelte sich die Angelegenheit immer mehr. Murat fing nun gleichfalls die Feindseligkeiten an, und alles vereinigte sich, um das Verderbliche des Ganges der Kongressangelegenheiten recht fühlbar zu machen und die Verlegenheit Metternichs zu vermehren, der sich darin durch Leichtsinns und eine gewisse Empfänglichkeit und Gutmüthigkeit gesetzt hatte.

Am Münchener Hof war der Geist sehr böseartig.

8. April. Die Rückreise des Königs Ludwigs XVIII. war so eilig, dass Herr v. Jaucourt <sup>1)</sup>, der Stellvertreter des Herrn v. Talleyrand, die Papiere über die neuesten Verhandlungen bei dem Kongress in Wien liegen liess und unter ihnen den Allianztraktat vom 4. Januar 1815 <sup>2)</sup> zwischen Frankreich, Oesterreich, England und Bayern gegen diejenigen Mächte, welche übertriebene Anmassungen sich erlauben würden. Bassano stellte diesen Traktat dem Russischen Geschäftsträger Butjakin zu, der ihn dem Kaiser Alexander vorlegte. Der Kaiser war hierüber aufgereizt; er ward roth und unwillig, äusserte aber, er werde nicht weniger mit Beharrlichkeit und Nachdruck Napoleon bekriegen. Einige Zeit darauf versicherte Talleyrand an Nesselrode, nur unwichtige Papiere seien von Jaucourt zurückgelassen, und da Nesselrode zu zweifeln schien, so fuhr er fort und sagte: „Ah, je sais de quoi vous voulez parler; c'est ce traité; il a été fait sans mauvaise intention; quant à moi, j'ai voulu rompre la quadruple alliance.“ Der Bösewicht!

Dieser <sup>3)</sup> lebte zwischen der Ungebundenheit der Soldaten und der Uebermacht der Franzosen; jene drückten und reizten die Einwohner; diese schrieben ihm sein Benehmen vor und zwangen ihn, Fouché <sup>4)</sup> und Carnot <sup>5)</sup> ins Ministerium zu nehmen, Pressfreiheit zu ertheilen, den Ent-

<sup>1)</sup> Arnauld François Marquis de Jaucourt (1757—1852), Mitglied der gesetzgebenden Versammlung und Vertreter der Idee eines konstitutionellen Königtums, war 1792 ausgewandert, nach dem Staatsstreich Napoleons zurückgekehrt, aber nicht in den Dienst des neuen französischen Staates getreten. Er war von Talleyrand, mit dem er persönlich befreundet war, ins Aussenministerium berufen worden.

<sup>2)</sup> Genauer vom 3. Januar 1815. S. oben S. 111, Anm. 1.

<sup>3)</sup> Bezieht sich auf Napoleon, von dem am Schluss des vorletzten Satzes die Rede war. Der dazwischenliegende Satz ist offenbar nachträglich von Stein eingeschaltet worden.

<sup>4)</sup> S. oben S. 161, Anm. 7.

<sup>5)</sup> Carnot hatte seit dem Umsturz der republikanischen Verfassung durch Napoleon immer in stiller Opposition gegen das herrschende Regime gestanden und auch keinerlei

wurf zu seiner neuen Konstitution bearbeiten zu lassen; er lebte in Spannung und Angst, umgeben von seinen Gardien. Da man <sup>1)</sup> die für den Mai zusammenberufene Versammlung <sup>2)</sup> in guter Stimmung erhalten wollte, so beschloss man auf Talleyrands Anraten, eine Deklaration zu erlassen, worin man bestimmt aussprach, der Zweck des Krieges sei Entsetzung Napoleons, um auf diese Art die Entscheidung der Frage wegen Wiederherstellung der Bourbons dem Urtheile der Nation anheimzustellen <sup>3)</sup>.

Eine ungewöhnliche Erscheinung war eine Vorstellung, so namens der Sächsischen Nation von Deputierten der Sächsischen Landstände eingereicht worden (31. März), worin sie auf Erhaltung ihrer Integrität antrugen.

Nach den von dem Dänischen Gesandten, General Waldersdorf, mitgebrachten Nachrichten hatte sich eine Partei Missvergnügter gegen die Bourbons gebildet, so aus Konstituanten, Regiciden und Napoleonisten bestand und eine Veränderung in der Regierung zu erhalten suchte, um Herrschaft und Reichthümer zu erlangen. An ihrer Spitze waren Carnot, später Fouché, der noch lange der Regierung Beweise von Anhänglichkeit gab, aber zuletzt sie verliess. Der Postdirektor Ferrand <sup>4)</sup> liess an der Spitze des Postwesens La Valette <sup>5)</sup>, einen Bonapartisten, der alle Nachrichten unterdrückte, die über die vorhandene Gährung eingingen. Der Polizeiminister André <sup>6)</sup> erbat sich von Bassano <sup>7)</sup> einen vertrauten

---

bedeutende Staatsstellung angenommen. Erst als Anfang 1814 der Kampf den Charakter eines Verteidigungskrieges annahm, stellte er sich Napoleon zur Verfügung und leitete die Verteidigung von Antwerpen, das er auch bis zur Abdankung des Kaisers hielt. Nach der Rückkehr Napoleons übernahm er das Amt eines Innenministers als Vertreter der demokratischen Strömungen in Frankreich. Nach dem Zusammenbruch wurde er von den zurückkehrenden Bourbonen geächtet und ging nach Deutschland, wo er in Magdeburg 1823 gestorben ist.

<sup>1)</sup> Die europäischen Mächte.

<sup>2)</sup> Gemeint ist wohl das sogenannte Maifeld, das Napoleon am 1. Juni in Paris abhielt, um das Resultat der Volksabstimmung über die von Napoleon eingeführte Verfassung zu verkündigen. Vgl. Fournier, Napoleon (4. Auflage) Bd. III. S. 330 ff.

<sup>3)</sup> S. Pallain-Baillet a. a. O. S. 330, 334, 355, 375. Dazu Angeberg a. a. O. II. S. 1181 ff.

<sup>4)</sup> Antoine François Ferrand (1751—1825), französischer Parlamentsbeamter des ancien régime, 1789 ausgewandert, 1801 zurückgekehrt, war auch unter der napoleonischen Herrschaft ein getreuer Royalist geblieben und wurde 1814 Staatsminister und Direktor des Postwesens, eine Stellung, die er auch nach der zweiten Restauration der Bourbonen wieder einnahm.

<sup>5)</sup> Antoine Marie Comte de La Valette (1769—1830), einer der getreuesten Anhänger des Kaisers, dessen Adjutant er im Feldzug von 1796 gewesen war, und der ihn später an die Spitze der Postverwaltung gestellt hatte. Die Bourbonen machten ihm nach der zweiten Restauration den Prozess wegen Hochverrats, und er entging dem Tode nur durch die romantisch-mutige Tat seiner Frau, die ihn aus dem Gefängnis befreite, indem sie die Kleider mit ihm tauschte. La Valette lebte dann in Deutschland bis zu seiner Begnadigung im Jahre 1822.

<sup>6)</sup> S. oben S. 161, Anm. 6.

<sup>7)</sup> S. oben S. 161, Anm. 5.

Mann in sein Departement, der ihm seinen Freund Mounier <sup>1)</sup> gab. Auf die Empfehlung eines Emigranten, Herrn v. Bruges <sup>2)</sup>, ward Soult <sup>3)</sup> angestellt, indem er versicherte, er werde ihn durch seinen Freund, der im Hofkriegsrathe angestellt war, beobachten lassen. Die Partei sieht aber Napoleon nur als ihr Werkzeug an, das sie zu zertrümmern bereit ist und vielleicht bald zu zertrümmern genöthigt sein wird, um sich selbst zu retten, da das Heer jetzt nicht über 120 000 Mann stark ist, es an Waffen fehlt, von denen die Fabriken monatlich nur 15 000 Stück liefern können. Es scheint, dass St. Montereau von ihnen hergesandt worden, um sich über die Lage der hiesigen Angelegenheiten zu erkundigen, über die Maasregeln der Verbündeten u. s. w.

Um die Partei und die Gegner der Partei und die Gegner der Bourbons <sup>4)</sup> nicht zur Verzweiflung zu bringen, hatte man die Deklaration zu erlassen beschlossen. Es fanden sich aber Anstände wegen einer Stelle, so die Integrität von Frankreich ausdrückte: Clancarty <sup>5)</sup> fand auch Bedenken, weil sie nicht hinlänglich deutlich die Absicht, Ludwig XVIII. wieder herzustellen, ausdrückte. Man besorgte, der Kaiser Alexander werde aus Abneigung gegen die Bourbons, insbesondere Ludwig XVIII., bereit sein, die Ordnung der Thronfolge zu ändern, vielleicht zum Vortheil des Herzogs von Orleans. Alles dies gründete sich aber nur auf Vermuthungen, auf einen Artikel in der Frankfurter Französischen Zeitung u. dgl., auf Aeusserungen, auf die Besorgnisse des Einflusses von La Harpe <sup>6)</sup>, eines Kopfes voll unverdauter, metapolitischer Ideen und eines Herzens voll gekränkter Eitelkeit und Bitterkeit.

<sup>1)</sup> Claude Philipp Edouard Mounier (1784—1843), den Sohn des aus der Revolutionsgeschichte bekannten französischen Politikers und Staatsphilosophen? Der junge Mounier, der ursprünglich in der Armeeverwaltung angestellt, dann von 1808—13 Cabinetsekretär Napoleons gewesen war, wurde dann Intendant der kaiserlichen Gebäude und bekleidete dieses Amt (mit entsprechender Aenderung der Bezeichnung) auch unter Ludwig XVIII. Es ist deshalb fraglich, ob er überhaupt hier gemeint ist. Er war nicht Bonapartist, sondern hing innerlich den von seinem Vater vertretenen konstitutionellen Ideen an und entzog sich deshalb auch dem Dienst des Kaisers nach dessen Rückkehr aus Elba durch eine Reise ins Ausland.

<sup>2)</sup> Henri Alphonse Vicomte de Bruges (1764—1820), französischer Offizier, der beim Ausbruch der Revolution ausgewandert war und in der Emigrantentruppe Condés, später auf San Dominigo gegen Frankreich gefochten hatte. Nach der Restauration erhielt er ein Kommando in Frankreich.

<sup>3)</sup> S. oben S. 229, Anm. 4.

<sup>4)</sup> So in der Vorlage.

<sup>5)</sup> Richard Trench Earl of Clancarty (1767—1837). Er hatte vor 1813 nur in der inneren englischen Politik eine Rolle gespielt, begleitete im Herbst dieses Jahres den Prinzen von Oranien auf seiner Expedition nach Holland und wurde englischer Gesandter am niederländischen Hof. Im August 1814 wurde er zu einem der englischen Vertreter beim Kongress ernannt. Dort bearbeitete er hauptsächlich die mit der sächsisch-polnischen und italienischen Frage zusammenhängenden Probleme. Später kehrte er auf seinen Posten nach Holland zurück und blieb dort bis 1822.

<sup>6)</sup> S. Bd. IV. S. 108, Anm. 3.

18. bis 23. April. Die Deutschen Sachen scheinen endlich vorzurücken. Der Humboldt'sche Entwurf <sup>1)</sup> fand wegen seines schwankenden Ausdrucks wenig Beifall. Herr v. Plessen und Wessenberg haben einen andern gemacht <sup>2)</sup>; da man mit den Deutschen Ständen wegen der Acception zur Allianz zu unterhandeln anfangt, so erneute der Mecklenburgische Gesandte, Herr von Plessen, seinen Antrag wegen Beschleunigung des Abschlusses der Fundamental-Bundesartikel. Herr von Humboldt und Graf Nesselrode gaben ihm deswegen bestimmte Versicherungen <sup>3)</sup>. Kaiser Alexander bestand den 23. April darauf, dass ich noch hier bleibe bis zum Abschluss der Deutschen Angelegenheiten. Auch Metternich versicherte mich den 24. April, sie würden zustande kommen, da ich ihm die Nothwendigkeit eines Abschlusses vorstellte zur Beruhigung des Volks und wegen der zu ergreifenden Maasregeln. Die Bayerischen Angelegenheiten waren insoweit geendigt (24.) <sup>4)</sup>; nur fehlte die Einwilligung von Württemberg, Kurhessen, Darmstadt und Baden. Beide letztere waren abgeneigt, sich auf das linke Rheinufer zu versetzen und die Bayrische Grenze so nah von Mannheim und Darmstadt bringen zu lassen. Das ganze Bayerische Abfindungsgeschäft war auf eine nachtheilige Art eingeleitet. Es umspannt das ganze südliche Deutschland mit Bayerischen Besitzungen, es entzieht Oesterreich die Stadt und Festung Salzburg; es zerreisst in diesem Augenblick den Zusammenhang und die innere Verfassung der kleinen Staaten, die Truppen stellen und mancherlei Anstrengungen machen sollen. Man thut daher besser, die ganze Ausgleichung bis nach dem Frieden auszusetzen. Der Krieg selbst wird neue Verhältnisse herbeiführen, die man zu einer zweckmässigen . . . <sup>5)</sup> benutzen kann. Ueberhaupt ist die gegenwärtige Grösse von Bayern für Deutschland nachtheilig. Es drückt auf alle seine Nachbarn, es strebt nach Vergrösserung, der Geist seiner Regierung ist verderbt, und man kann von seiner Treulosigkeit, seinem Ehrgeiz und seinem Groll gegen Preussen und Oesterreich alles erwarten. Seine Beschränkung auf das Land zwischen Donau und Lech ist für die innere und äussere Ruhe Deutschlands wesentlich, und man darf von dem Geist seiner Regierung erwarten, dass es selbst hierzu eine gerechte Veranlassung geben werde. Es ist daher rathsam, es aus dem Deutschen Bund zu lassen und sein politisches Leben durch die Aufnahme in denselben nicht zu verbürgen. Seine Anmaasungen lassen es nicht zu, dass es sich den Beschränkungen des Bundesvertrags unterwerfe; man kann ihn also nur mit Bayerns Umgehung abschliessen und das Uebrige vom Gang der Ereignisse abwarten. Herr v. Plessen hat an Münster geäussert,

<sup>1)</sup> S. oben S. 156, Anm. 1.

<sup>2)</sup> S. oben S. 168 f.

<sup>3)</sup> S. Angeberg a. a. O. II. S. 1103 f. und S. 1109 f.

<sup>4)</sup> Die (nicht ratifizierte) Convention ist vom 23. April 1815 datiert. Gedr. bei Angeberg a. a. O. II. S. 1104.

<sup>5)</sup> Lücke in der Vorlage. Zu ergänzen wäre etwa: „Ausgleichung“.

er glaube, man könne ohne Bayern schliessen. Münster meinte, die Mittelmächte müssten die kleinen schützen, und hiezu sei Bayern nöthig.

Es kam endlich auch dahin, dass alle Umtauschungen in Deutschland, welche die einzelnen Territorien würden zerrüttet haben, bis nach dem Kriege ausgesetzt blieben, dass Preussen in den Besitz von dem ihm zustehenden Antheil Landes auf dem linken Rheinufer gesetzt wurde, Oesterreich den übrigen Theil nimmt, und dass das Abkommen mit Bayern nach dem Krieg unter günstigeren Umständen wird getroffen werden können. Dieser schwankende Zustand der Dinge ist eine Folge des verderblichen Traktates in Ried und lässt zwischen Oesterreich und Bayern ein fortdauerndes Princip von Feindseligkeit, da Oesterreich immer noch seine Ansprüche auf das Innviertel, das Hunsrückviertel u. s. w. behält und zu gelegner Zeit wird geltend machen.

Der Traktat wegen Polen ward endlich zwischen Oesterreich <sup>1)</sup> und Preussen den 5. Mai <sup>2)</sup> unterzeichnet. Die Polen blieben aber missvergnügt, dass der Kaiser nicht seine alten Provinzen mit dem Herzogthum Warschau unter dem Namen eines Königreichs Polen vereinigt habe. Es herrscht fortwährend unter ihnen eine Gährung, die durch die Heftigkeit des Grossfürsten Konstantin gegen einige Polnische Generale noch vermehrt wurde. Der Traktat gestattet den freien Verkehr mit Polnischen Produkten in sämtlichen Polnischen Provinzen; hierdurch wird der Tarif von 1811, der Russland sperrte, umgeworfen, was für Russland selbst wohlthätig ist.

Die Konferenzen wegen des Verpflegungswesens in Deutschland nahmen wegen der Dazwischenkunft Englands und Hannovers einen sehr langsamen Gang. Da man in Deutschland einrückte und eine volle und unmittelbare Bezahlung der grossen Heere nach Preisen, die die Gewinnsucht der Lieferanten erhöhte, unmöglich war, so schlug ich Lieferungen der Länder auf einen dreimonatlichen Bedarf nach reduzirten, herabgesetzten, mit den Fürsten verabredeten Preisen vor, Bezahlung theils baar, theils in Kreditpapieren, Vertheilung Deutschlands in drei Lieferungskreise <sup>3)</sup>. Hierüber begannen nun mit den Fürsten Unterhandlungen und Verabredungen, denen aber Graf Münster aus den in der Anlage <sup>4)</sup> enthaltenen Gründen sich beizutreten weigerte und von den Engländern unterstützt wurde. General Vincent <sup>5)</sup> ward beauftragt,

<sup>1)</sup> Zu ergänzen: „Russland“.

<sup>2)</sup> Vielmehr am 3. Mai. Der Vertrag ist gedruckt bei Angeberg a. a. O. II. S. 1146 ff.

<sup>3)</sup> S. Steins Denkschrift vom 3. April 1815 oben S. 164.

<sup>4)</sup> Die hier und im Folgenden erwähnten Anlagen fehlen. Zur Sache vgl. Pertz, Stein IV. S. 401 ff.

<sup>5)</sup> Karl Freiherr von Vincent (1757–1834), österreichischer General, der mit grosser Tapferkeit und Umsicht in allen Feldzügen Oesterreichs gegen Frankreich bis 1809 ge-

hierüber mit dem König der Niederlande in Unterhandlungen zu treten. Unterdessen gingen die Verhandlungen der Kommission fort; die Bayern verweigerten abermals jede Theilnahme an dem Lieferungs-geschäft.

8. M a i. Endlich begannen die Unterhandlungen über die Deutschen Angelegenheiten<sup>1)</sup>. Fürst Metternich hatte einen Entwurf zu einer Bundesakte durch Herrn von Wessenberg entwerfen lassen<sup>2)</sup>. Die Konferenzen nahmen ihren Anfang den 1 l. M a i, und es war nun nicht mehr nöthig, dass die Angelegenheit von Russlands Seite von neuem betrieben wurde. Ich hatte nämlich den 5. Kaiser Alexander vorgeschlagen, eine Note übergeben zu lassen, welche die Beschleunigung der Sache von neuem empfahl. Er genehmigte es. Ich gab dazu ein Promemoria an Capodistria<sup>3)</sup>. Da aber Fürst Metternich den 7. Mai erklärte, dass die Deutschen Konferenzen anfangen sollten, so konnte dieser Schritt unterbleiben.

Vorfall mit Stassart<sup>4)</sup> vide Anlage<sup>5)</sup>. Aehnliche Briefe waren an Metternich u. s. w. gerichtet.

Revolte des Sächsischen Garderegiments;<sup>6)</sup> schändliche Resultate der Intriguen der unverständigen Anhänger des Königs.

Der Kaiser Alexander gewann durch seine Menschenfreundlichkeit und wohlwollendes Betragen die Liebe der Einwohner; ihm gefiel ihre Gutmüthigkeit, Herzlichkeit, und diese Eindrücke werden in der Zukunft

kämpft hatte. Seitdem war er nur noch in diplomatischen Missionen verwandt, unter anderem war er österreichischer Bevollmächtigter im Hauptquartier Bernadottes. 1814 wurde er Generalgouverneur der besetzten Gebiete in Belgien und Holland bis zur Errichtung des Königreichs der vereinigten Niederlande. Den Feldzug von 1815 machte er als kaiserlicher Bevollmächtigter im Hauptquartier Wellingtons mit und wurde bei Waterloo verwundet. Nach dem Krieg war er ausserordentlicher Botschafter in Paris bis 1825 und wurde dann pensioniert.

<sup>1)</sup> S. Schmidt a. a. O. S. 454 ff.

<sup>2)</sup> S. Schmidt a. a. O. S. 453 f. und Klüber a. a. O. II. S. 308 ff.

<sup>3)</sup> Vom 6. Mai 1815 S. oben S. 168 f.

<sup>4)</sup> Godwin Joseph Augustin Stassard (1780—1854), belgischer Herkunft, unter dem Kaiserreich Armeé-Intendant und als solcher 1806—1808 Fronvogt der von den Franzosen besetzten Kurmark und Berlins, zuletzt Präfekt in Holland. Nach dem Zusammenbruch der französischen Herrschaft am Niederrhein kehrte Stassard nach Paris zurück und wurde Ordonnanzoffizier bei Joseph Bonaparte. Während der 100 Tage versuchte Napoleon, ihn als politischen Emissär in Süddeutschland zu verwenden und durch ihn auch mit Metternich anzuknüpfen. Stassard wurde jedoch in Linz verhaftet und nach Frankreich zurückgesandt (s. Pertz, Stein IV. S. 397 ff.). Nach der Katastrophe von Waterloo trat Stassard, der zweifellos ein tüchtiger Verwaltungsbeamter war, in den Dienst seines Heimatlandes und wurde Gouverneur der Provinz Namur, später von Brabant. Schliesslich hat er in der Staatsverwaltung des selbständigen Königsreichs Belgien mehrere hohe Staatsämter bekleidet. — Vgl. Bd. III. S. 429, Anm. 2.

<sup>5)</sup> Die Anlage fehlt.

<sup>6)</sup> In Lüttich am 30. April 1815. S. über den ganzen Vorfall Flathe a. a. O. III. S. 332 f.

wohlthätig wirken <sup>1)</sup>. Er äusserte gegen die Grafen Wr̄bna <sup>2)</sup>, Zichy <sup>3)</sup>, Auersperg<sup>4)</sup>, er hoffe wieder nach Wien zu kommen, von dem er sich ungern trenne; er sähe Europa als eine grosse Familie an, und da er der jüngste der Regenten wäre, so müsse er seine Freunde, so oft es die allgemeine Ruhe erfordere, besuchen. Er besuchte eins der Wirtshäuser im Prater, unerkant von den Gästen, liess sich Bier und Tabak geben, bezahlte den gewöhnlichen Preis und entfernte sich unbemerkt. In Württemberg rückte das ständische Wesen sehr fort; vide Schreiben von Cotta d. d. 7. Mai <sup>5)</sup>.

---

<sup>1)</sup> Hier folgte sehr wahrscheinlich ursprünglich gleich anschliessend der übernächste Satz. Der Eindruck, den Alexander bei der wiener Bevölkerung hinterliess, war übrigens sehr viel weniger günstig, als Stein hier annimmt. Vgl. dazu Fournier, Geheimpolizei... S. 33 ff.

<sup>2)</sup> Rudolf Graf von Wr̄bna-Freudenthal (1761—1823), österreichischer Staatsmann. Aehnlich wie Stein war auch er nach beendigtem Studium der Rechtswissenschaft zum Bergfach übergegangen und war dann in der österreichischen Bergverwaltung bis Anfang des neuen Jahrhunderts tätig gewesen. Dann hatte er sich für einige Zeit zur Verwaltung seiner Güter beurlauben lassen und trat 1805 wieder in den Staatsdienst zurück. Als Landeshofkommissar erwarb er sich 1805 grosse Verdienste um die Stadt Wien und den österreichischen Staat durch seine umsichtige und aufrechte Haltung während der Besetzung Wiens durch die Franzosen. Im folgenden Jahre wurde er zum Oberstkämmerer ernannt und blieb seitdem der Vertraute und unzertrennliche Begleiter und Ratgeber des Kaisers bis zu seinem Tode im Jahre 1823.

<sup>3)</sup> Graf Karl Zichy, Staats- und Konferenzminister (Innenminister) ehemals (1802—08) Hofkammerpräsident. Er gehörte zu den politischen Gegnern Metternichs und war einer wenigen österreichischen Staatsmänner auf dem Kongress, die zur preussisch-russischen Partei hielten.

<sup>4)</sup> Maximilian Graf Auersperg (1771—1850), österreichischer General, der sich besonders bei Wagram und Leipzig ausgezeichnet hatte.

<sup>5)</sup> Fehlt. Vgl. Steins Antwort vom 18. Mai, oben S. 170.